

KIRCHE IN LATEINAMERIKA

SONDERNUMMER DER LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN

BERLIN(WEST) APRIL 1979 Solidaritätspreis DM 8,-



Wanderer es gibt keinen Weg, der Weg entsteht
beim Gehen. Der Weg das sind deine Fußstap-
fen und sonst nichts.

Antonio Machado

Diese Sondernummer umfaßt Berichte, Analysen und
Dokumente zur Situation der Kirche in Lateinamerika -
unter besonderem Bezug auf die Bischofskonferenz in
Puebla.

Umfang: 208 Seiten; Preis DM 8,-

Zu beziehen bei: LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN,
c/o FDCL, Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 77

7. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

Dezember 1979

Solidaritätspreis DM 2,-

»Unsere Siemenswelt«



Aus dem Inhalt dieser Nummer:

BRD: SIEMENS — NEIN DANKE! — SPD UND MENSCHENRECHTE —
ZENSUR FÜR EXILIERTER — **BOLIVIEN:** HINTERGRÜNDE DES PUT-
SCHES — **CHILE:** STREIKS — **KOLUMBIEN:** VOLKSBEWEGUNGEN
— SOLIDARITÄTSGRUPPENTREFF — **LATEINAMERIKA:** PRAKTIKEN
EINES KIRCHLICHEN FORSCHUNGSINSTITUTS

INHALT

ZU DIESEM HEFT	3
I. BRD	
— Zensur des Deutschlandbildes eines exilierten Lateinamerikaners.....	5
— SPD und Menschenrechte.....	11
— Elektromultis und Terror.....	13
II. NICARAGUA	
— Antwort auf den Leserbrief von W. Middendorf.....	23
III. JAMAICA	
— The harder they come.....	26
IV. SOLIDARITÄT	
— Friedenspreis für »Mütter der Plaza de Mayo«.....	29
V. URUGUAY	
— Rettet das Leben der politischen Gefangenen.....	34
VI. BOLIVIEN	
— Aktuelle Entwicklung.....	35
— Aktuelle Wirtschaftslage.....	37
— Leserbrief.....	40
VII. CHILE	
— Proteste, Streiks — vorbeugend zuschlagen.....	45
VIII. PERU	
— Die verschlungenen Pfade der APRA — III. Teil.....	51
— Brief von Raimundo Sanabria.....	59
IX. KOLUMBIEN	
— »Lieber kämpfend sterben...«.....	61
— Stadtteilbewegung.....	63
— Volkskirche und Volksbewegung.....	65
— Vereinte Opposition stellt sich den Wahlen.....	68
— Erklärung der Kolumbienkomitees.....	70
X. LATEINAMERIKA	
— Die Geschichte vom ILV.....	73
XI. INFORMATIONEN	
— Seminar über Theologie der Befreiung.....	76

Impressum:

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
Jahrgang 7 der
CHILE-NACHRICHTEN

erscheinen monatlich
(mindestens 11mal im Jahr)

Redaktionsschluß dieser Nummer: 6.12.1979

Abo-Preis: DM 30,-

Vorauszahlung auf:
Sonderkonto des Chile-Komitees — „Hilfe für Chile“
PSA Berlin-West, Eilfriede Kohut, Nr. 380087-108
Bankleitzahl 100 100 10; Kennwort: Neu-Abo '79

Adresse:

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
c/o FDCL
Savignyplatz 5
1000 Berlin 12
Tel. 030/313 50 65

Redaktion:

Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.: Gisela Sommer

Der Nachdruck von Artikeln aus den
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
ist mit Quellenhinweis gestattet. Beleg-
exemplare erbeten.

ZU DIESEM HEFT

In dieser Nummer dokumentieren wir Osvaldo Bayers Briefwechsel mit dem Institut für Auslandsbeziehungen der Bundesrepublik Deutschland, weil wir sehen, daß das Deutschlandbild eines lateinamerikanischen Exilierten, das er entwirft, nicht gegen Deutschland gerichtet ist, wie fälschlich von Seiten des Instituts behauptet wurde. Vielmehr sehen wir, daß er an einem Deutschlandbild festhält, in dem der Kampf für Demokratie zentral ist. Daß man sich umgekehrt in Deutschland Mühe gibt, sich für einen Demokratisierungsprozeß in Argentinien einzusetzen wird deutlich an der Entscheidung der Evangelischen Studentengemeinden den Friedensnobelpreis im Februar 1980 an die Frauen der Plaza de Mayo zu geben, die die Angehörigen von Verschwundenen sind.

Daß von den SPD Bundestagsabgeordneten, die unlängst Argentinien besuchten, dieses Problem nicht einmal zur Kenntnis genommen wird, ist das Gegenstück dazu. Gerade jetzt erreicht uns noch die Nachricht, daß das lateinamerikanische Forschungsinstitut der Friedrich Ebert Stiftung (ILDES) auf einem internationalen Seminar für Menschenrechte in Quito im November die lateinamerikanische Gesellschaft für Menschenrechte aus der Taufe gehoben hat. Dabei drängen sich uns zwei Fragen auf: 1. Warum wird neben Habeas (vgl. LN 69) und amnesty international — zwei Organisationen, die in dieser Frage bereits ihre Stimmen erhoben haben — eine weitere gegründet?! 2. Ist es nicht ein Widerspruch, daß die Abgeordneten derselben Partei dieses Problem schlicht nicht wahrnehmen wollten.

Es besteht der Verdacht, daß bundesrepublikanische Konzerne in Lateinamerika sich der Terrorbanden bedienen ebenso wie die Militärregime, um sich gegen ein heimische Konkurrenz und oppositionelle Gruppen durchzusetzen.

Damit kapitalistische Unternehmen Fuß fassen können, bereitet das "Instituto Linguístico de Verano" in Ländern der Dritten Welt den Boden. Die Frage ist, ob sich der mexikanische Entschluß, dieses Institut nicht mehr länger im Lande zu belassen, durchsetzen kann, da in anderen Ländern entsprechende Entschlüsse gefaßt worden sind, ohne jemals umgesetzt zu werden.

Eine Beeinflussung von außen in Richtung destabilisierender Maßnahmen der USA gegenüber der demokratisch-sozialistischen Regierung Jamaikas ist in der letzten Zeit festzustellen.

Daß die Außenbestimmtheit durch die Maßnahmen des Internationalen Währungsfonds und der neuen bolivianischen Regierung — Abwertung bei gleichbleibenden Löhnen, folglich Verschlechterung der Lage der Lohnabhängigen — von bolivianischen Bauern und Arbeitern nicht so einfach hingenommen wird, zeigt ihre Aktion des Versorgungsboykotts der großen Städte. In Chile können wir in der letzten Zeit trotz einer zunehmenden Zahl von Verhaftungen eine anwachsende Volksbewegung feststellen: 2 Streiks und eine gegen die Regierung gerichtete 15 Tausendköpfige Demonstration zu Anlaß einer Beerdigung. Auch hier gilt "um einen gefallenen Genossen zu trauern heißt weiterzukämpfen." Wie wichtig der Kampf für die lateinamerikanischen politischen Gefangenen auch hier bei uns ist, zeigen die Artikel zu Uruguay und Kolumbien.

Der Nicaragua Beitrag in dieser Nummer ist eine Antwort auf den Brief von W. Middendorf.

PREISERHÖHUNG

Vor genau drei Jahren erhöhte die Redaktion der LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN zum ersten und bis heute zum letzten Mal den Einzelverkaufspreis der LN. Der Abonnementspreis von DM 30.- pro Jahr ist seit der Nummer 10, also seit rund sechs Jahren, unverändert. Wahrscheinlich ist das einmalig in der Geschichte des Zeitschriftenverlagswesens. Aber nun sind diese Preise nicht mehr zu halten. Unsere Ausgaben für Druck und Papier sind besonders in letzter Zeit stark gestiegen. Unsere Buchhaltung hat errechnet, daß wir dieses Jahr jedes Heft mit 0,45 DM subventionierten. Das war nur aus zwei Gründen möglich:

- 1.) wegen jahrelanger schlampiger Kostenkalkulation
- 2.) durch gut verkaufte Sondernummern, die die Verluste der Monatszeitschrift ausgleichen konnten. (Die letzte Sondernummer konnte bislang nur ungenügend verkauft werden, deshalb wurde jetzt die Fehlkalkulation noch augenfälliger fälliger.

Deshalb müssen wir jetzt die Preise der LN ab Januar erhöhen. Der Einzelverkaufspreis beträgt dann 3,- DM, (von dem uns die Buchhandlungen wieder 30% also 0,90 DM abknöpfen!) Der Jahresabonnementspreis wird dann 35,-DM betragen. Unsere Leser/innen die bislang gewohnt waren, die LN beim Buchhändler zu kaufen, möchten wir daran erinnern, daß uns jedes feste Abonnement hilft, dem sonst drohenden Ruin zu entgehen.

LIEBE ABONENTEN,

WIR HABEN EUCH UNSERE PREKÄRE
FINANZSITUATION DARGESTELLT!
WIR BITTEN AUCH DESHALB EURE ABOS
AB JANUAR = 35.- DM
PÜNKTLICH ZU BEZAHLEN!!!

DAS REDAKTIONSKOLLEKTIV

BRD

Eine demokratische Stimme wird zum
Schweigen gebracht

Der argentinische Schriftsteller und Journalist, Osvaldo Bayer, wurde vom Lateinamerika-Referat des INSTITUTS FÜR AUSLANDSBEZIEHUNGEN, Stuttgart, gebeten, einen Vortrag auf dem LATEINAMERIKA-KOLLOQUIUM 1979 in Achern zum Thema "BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND: DAS BILD EINES LATEINAMERIKANISCHEN EXILIERTEN" zu halten. Nachdem er den Text seines Referats der Kolloquiumsleitung vorab zur Überprüfung hatte einreichen müssen, wurde Osvaldo Bayer mit Brief vom 17.9.79 wieder ausgeladen.

Er hatte es gewagt, u.a. auch vom Deutschland der "Mitläufer", der Banken, der Leopard-Panzer, usw. zu reden.

"Wenn ich an die finanzielle und politische, an die direkte und indirekte Unterstützung der deutschen Regierung für die (argentinische) Militärdiktatur denke, würde ich emotionell antworten: Die Bundesrepublik ist ein Land, in dem nicht gestattet wird, daß eine Universität den Namen von Carl von Ossietzky trägt, aber dessen Bundespräsident einen Schreibtisch im Nationalsozialismus besaß mit dem entsprechenden Parteibuch, während jener eine Nummer in Bergen-Belsen trug. ...Es ist das Land, in dem im Fernsehen und sogar in der Post meines Dorfes die Fahndungsbilder der als Linksterroristen Verdächtigen ausgehängt sind, in dem aber nirgendwo die Bilder der Nazis von Auschwitz oder Treblinka, die noch nicht gerichtet wurden, zu sehen sind."

Wie wir wissen, ist es gefährlich, in der Bundesrepublik solche Gedanken zu äußern. Osvaldo Bayer hat dies nicht zum ersten Mal in der BRD erfahren müssen. Das Bild der Bundesrepublik, das Osvaldo Bayer in seinem Referat als sein persönliches Bild beschreibt, hat sich in dieser "Affäre" wieder einmal bewahrheitet.

Am 13. und 15. November veröffentlichte die FRANKFURTER RUNDSCHAU das besagte Referat als Dokumentation. Doch auch die Redaktion der FR hatte sich in einem Vorspann d-e-u-t-s-c-h-e-r-w-e-i-s-e um Inhalt des Referats wohlweislich distanziert. "Die Anmerkungen des Lateinamerika-Referats des Instituts für Auslandsbeziehungen sind sicher nicht unberechtigt. Auch die Frankfurter Rundschau zum Beispiel hat ein anderes "Deutschlandbild" als Osvaldo Bayer" (FR, 13.11.79, S.10).

Wir veröffentlichen im folgenden Auszüge aus dem Briefwechsel zwischen Osvaldo Bayer und Herrn GÜNTER W. LORENZ vom Institut für Auslandsbeziehungen, der der Ausladung Osvaldo Bayers vom Achern-Kolloquium folgte:

"Sehr geehrter Herr Günter W. Lorenz,

(6. Oktober 1979)

der arrogante und brutale Ton Ihres Briefes hat mich stark bedrückt, hat mich deprimiert. Plötzlich fühle ich mich in meiner Menschenwürde vergewaltigt... Was habe ich mir zuschulden kommen lassen, um nicht nur einen Brief in einem solchen Ton zu erhalten, sondern obendrein von der Gästeliste gestrichen zu werden sowie die Ablehnung meines Referats zu erfahren? Vielleicht, in aller Schlichtheit, aber konsequent meine Erfahrungen als Exilierter, mein Bild vom heutigen Deutschland beschrieben zu haben? Und ich sage mein Bild, weil ich durch die ganze Arbeit hindurch meine ständigen Zweifel beschreibe,

von meiner "Krankheit" des Exils spreche, schon von der ersten Seite an eingestehe, nicht objektiv sein zu können...

Doch nach Ihrem Brief muß ich feststellen, daß dieses, mein Bild von Deutschland, weit mehr der Wirklichkeit entspricht, als ich es angenommen hatte. Er bestätigt mir, daß es auch in der Bundesrepublik - wie in vergangenen Zeiten - Kreise gibt, in denen die kleinen Geister, die Schreibtischtäter entscheiden, wer demokratisch ist und wer nicht, wer verdienstvoll ist und wer nicht, wer die Ausgestoßenen sind, die Unwürdigen, unter den Auserlesenen zu sitzen.

..(Der Brief) es ist das Dokument der Arroganz. Sie erlauben sich diesen Ton, weil ich ein hier unbekannter Schriftsteller bin; ein Mensch, ...der durch seine Eigenschaft als Exilierter immer wieder zu hören bekommt, "es wird schon seinen Grund haben" - ständig parate Wörter der satten Bürger, die niemals gegen den Staat "gesundigt" haben.

In Ihrem Brief...beziehen Sie sich auf ein telefonisches Gespräch, in dem wir überein gekommen wären, wie ich den Vortrag schreiben sollte...Am Telefon beschränkten Sie sich lediglich darauf, mir zu wiederholen, was Sie mir bereits in Ihrem Schreiben (Februar 1979) gesagt hatten. Ich zitiere daraus: "kritische und ehrliche Analyse der Konfrontation mit der deutschen Realität, persönliche Erfahrungen und Abweichungen vom ersten Eindruck Deutschlands und seinem Wandel - oder auch nicht. Es kann und soll sich um eine sehr persönliche und kritische Reportage eines gut beobachtenden Journalisten und Schriftstellers handeln, der zu unterscheiden und zu beurteilen weiß"

Im gleichen Brief instruieren Sie mich über die Charakteristika des Vortrags und schreiben wortwörtlich: "die zwei Impulsreferate, die in Wirklichkeit Impulse auslösen, die Diskussion in Gang bringen oder sogar anheizen sollen..."

Sie schreiben: "meine Wahl war damals spontan auf Sie gefallen, weil ich Sie als zwar kritischen, aber ausgeglichenen und unabhängigen Autor in Erinnerung hatte". War ich für Sie "ausgeglichen und unabhängig", solange ich nicht wunde Punkte berührte, solange ich nicht den Schleier über Verstecktem lüftete? In Bezug auf meine politische Unabhängigkeit gibt es zwei unbestrittene Zeugnisse: In meiner Heimat hat die peronistische Regierung eines meiner Bücher durch Dekret verboten, und später haben mich die Militärs - die die Peronisten entmachteten - auf ihre Todeskandidatenliste gesetzt. Außerdem finden Sie in meinen Vorträgen...ständig einen Aufruf zum Respekt gegenüber den aus dem Volkswillen hervorgegangenen Regierungen sowie für den Erhalt der öffentlichen Freiheiten...

Sie schreiben: "Ihr Beitrag enthält eine Fülle gehässiger und diffamierender Formulierungen, insbesondere gegenüber der Bundesrepublik Deutschland". In diesem Satz läßt sich deutlich erkennen, was man in Sozialpsychologie "totalitäre Gesinnung" nennt. Sie sprechen von der deutschen Bundesrepublik als von einem Ganzen. Jede Kritik an einem ihrer Staatsmänner, an einer ihrer Organisationen oder an der sozialen Wirklichkeit wird sofort als ein Angriff auf den ganzen Staat angesehen. Da werden keine Differenzierungen gemacht. Da klingt ein wenig der Slogan durch: "Man ist entweder für oder gegen Deutschland".

Es ist allgemein bekannt, welches die Ergebnisse dieser Denkungsweise waren. Ich möchte hier klar machen, daß ich keineswegs die Bundesrepublik Deutschland kritisiert habe, sondern meine Meinung über bestimmte Entwicklungen, Aspekte, gewisse Kräfte, denen ich ein Fehlen an Demokratie konstatiere, geäußert habe. In diesem Sinne habe ich nichts erfunden. Viele deutsche Intellektuelle...haben sich vor mir auf diese Weise geäußert...Das Konzept, von der deutschen Bundesrepublik als von einem Ganzen zu sprechen, ist genau die Methode, die

die Videla-Diktatur anwendet: Die Kritik der Exilierten an dem Militarismus, die Anklage wegen der Morde, werden als "antiargentinische Kampagne" abgestempelt, und selbstverständlich werden wir - die wir uns die Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen in unserem Land wünschen - tagtäglich als "Landesverräter" bezeichnet. Herr Lorenz: Auf Ihre Beschuldigung hin werde ich nur mit einem Satz des mutigen deutschen Journalisten Egon Erwin Kisch antworten. Als er 1937 in Australien ankam, wollte ihn die Einwandererbehörde nicht an Land gehen lassen, weil er eine "Kampagne gegen Deutschland, ein befreundetes Land" führe. Kisch antwortete ohne seine Ruhe zu verlieren: "Nein, ich führe eine Kampagne für Deutschland, gegen den Nationalsozialismus". Ich umschreibe diese Worte und sage: Nein, mein Referat ist für die Bundesrepublik Deutschland, für ihre Verfassung und ihre Demokratie; gegen ihre als Demokraten maskierten Feinde...

Sie beschuldigen mich, "alte Klischees zu pflegen, neue Vorurteile zu schaffen, neue Barrieren zwischen unseren Völkern aufzurichten". Aber tatsächlich steht in meinem Schreiben genau das Gegenteil. Ich versuche Klischees zu durchbrechen und Vorurteile aufzuräumen, die in einigen europäischen Ländern gelten und auch noch aufgeblasen werden, nämlich daß die Konzentrationslager, die Greuelthaten gegen politische Häftlinge, massiver Mord an Unschuldigen, ausschließliches Recht der jüngeren Vergangenheit Deutschlands gewesen sind. Ich stelle dagegen in meiner Arbeit fest, daß jedes Volk, das einem Terrorregime verfallen ist, aus Passivität und Mitläufertum oder dem "misch dich nicht ein" die gleichen Exzesse begehen kann: Bücherverbrennung, Verhöhnung und Exil seiner Intellektuellen, Folter, Schändung der Menschenwürde, Mord an Andersdenkenden. Das wollte ich beweisen, füge aber hinzu, daß es in Deutschland nicht nur rückschrittliche, aus einem jahrhundertelangen Absolutismus entstandene Kräfte und einem entsprechenden Wirtschaftssystem gibt, sondern auch einen sehr großen und wichtigen Sektor, der keine Opfer im Kampf um die Erhaltung der Demokratie scheut.

Ihre Argumente, wie z.B. "neue Barrieren zwischen unseren Völkern aufzurichten", sind geflügelte Worte aus protokollarischen Reden von Politikern, die korrupt bis auf die Knochen sind. Die wirklichen Schranken, Herr Lorenz, sind Aufrüstung, das Scheitern internationaler Begegnungen wie die der UNCTAD, Hunger, Kindersterblichkeit, Diktaturen, die immer größer werdende Zahl von politischen Flüchtlingen. Und die beste Art der Völkerverständigung ist zu erfahren, was sie denken, was für Vorstellungen sie haben, welche Zweifel, welche Beschuldigungen sie hervorbringen. Daher hat es keinen Zweck, den Intellektuellen, die diese Meinungen äußern, den Mund zu verbieten, sie zu zensurieren, ihnen auf internationalen Treffen, wie z.B. dem Kolloquium in Achern, das Wort zu entziehen.

Die einzige Art, sich kennenzulernen, ist die freie Diskussion und der freie Ausdruck der Gedanken. Demokratie ist nämlich das Recht zu sagen und die Pflicht zu hören...

Der letzte Absatz Ihres Briefes läßt deutlich Ihre Verachtung mir gegenüber erkennen. Er bezieht sich auf die Honorare. Analysiert man den Satz, so bemerkt man die Respektlosigkeit gegenüber jemandem, den man nutzen wollte, aber der nicht nützlich war. Man warf mir ein paar Mark zu, damit ich schweige...Sie können sich wohl vorstellen, daß jemand, der wie ich seine Familie, seine ganze Existenz aufs Spiel gesetzt hat, nur um die Rechte der vom Videla-Regime Verfolgten zu verteidigen, keinen Pfennig eines Schreibtisch-Torquemadas, mit dem man eine mögliche devote Intervention bezahlen wollte, annehme. Zuerst dachte ich, das Geld an das Institut für Auslandsbeziehungen zurückzusenden. Doch dann beschloß ich, es den Waisen der von der argentinischen Militärdiktatur ermordeten Patrioten zu stiften. Auf

gewissermaßen symbolische Weise erstatte ich dem argentinischen Volk ein millionstel Teil dessen zurück, was die Diktatur ihm genommen hat, um damit im vergangenen Jahr Waffen in der Bundesrepublik zu kaufen, die heute der Repression dienen.

Herr Lorenz, wer das Wort verbietet, tötet eine Taube im Flug.
Es ist letztlich ein ehrenloser Beruf. Hochachtungsvoll, Osvaldo
Bayer

Anwortschreiben von Günter W. Lorenz

8. Oktober 1979

Sehr geehrter Herr Bayer,

"...Dennoch möchte ich nicht versäumen, einige Anmerkungen zum Inhalt Ihres Briefes zu machen, zumal Sie auch in ihm mit Unterstellungen und Beschuldigungen argumentieren, die wir nicht akzeptieren können. Damit sind wir bereits bei Ihrem Referat: Sie scheinen der Meinung zu sein, daß "Kritik" und "Beleidigung" identische Begriffe sind. Niemand möchte Sie daran hindern, Ihre Meinung über die Bundesrepublik Deutschland zu haben. Eine ganz andere Sache aber ist es, wie diese Meinung formuliert wird;... Auch auf die Gefahr hin, von Ihnen erneut bezichtigt zu werden, ohne ausreichenden Grund Ihr Manuskript abgelehnt zu haben, möchte ich auf weitere Auseinandersetzungen verzichten. Wir haben viele Gründe gehabt, die Sie uns in Ihrem Text selbst beigegeben haben. (Überdenken Sie allein mal die Stelle, in der Sie von der Rede des Bundespräsidenten bei der Beerdigung von Herrn Schleyer sprechen, den Sie zwar als den "Arbeitgeberpräsidenten" bezeichnen, dabei aber mit keinem Wort erwähnen, warum der Bundespräsident diese Rede gehalten hat, und warum Schleyer beerdigt werden mußte)...

Ganz entschieden möchte ich den Vorwurf zurückweisen, wir hätten "Zensur" geübt. Niemand bestreitet Ihnen das Recht, Ihre Meinung zu äußern, gleich welcher Art die auch sein mag. Wohl aber haben wir das Recht, ein Colloquium so zu gestalten, wie wir uns das vorstellen, und uns die Thematik nicht von Außenstehenden vorschreiben zu lassen. Ihr Referatstext hat aber nichts mit der Colloquiumsthematik mehr zu tun... Wir haben von Ihnen auch kein "Kniefall-Referat" verlangt und werden das nicht tun. Auch hierbei können Sie es nicht unterlassen, mit Unterstellungen zu arbeiten. Wir haben Ihnen die beiden Honorare in Höhe von DM 770,- ... belassen, weil Sie dafür eine Leistung erbracht hatten, nämlich das Schreiben und Übersetzen, und weil es uns in der Tat unwürdig erschienen wäre, Ihnen die Rückgabe des Geldes und den Verlust der Zeit zuzumuten. Daß Sie auch diese Entscheidung in Ihrem Sinne interpretieren und mit Beleidigungen beantworten, spricht wohl für sich. Was Sie mit dem Geld tun, bleibt völlig Ihrer freien Entscheidung überlassen...

Mit freundlichen Grüßen

Günter W. Lorenz

Anwortschreiben von Osvaldo Bayer

31. Oktober 1979

Sehr geehrter Herr Günter W. Lorenz,

mit meiner Antwort vom 6. Oktober auf die Entscheidung des Instituts, mit zu verbieten, auf dem Lateinamerika-Colloquium 1979 zu sprechen, hatte ich meinen Briefwechsel mit dieser offiziellen Institution für beendet angesehen. Aber Sie bestehen mit einem weiteren Brief darauf. Ihre Suche nach irgendeinem gültigen Argument bringt Sie in so evidente und schmerzliche Widersprüche, daß ich mich gezwungen sehe, Sie zu beantworten...

Sie könnten 100 Seiten schreiben und das Unerklärbare zu erklären versuchen, aber Sie werden es nicht schaffen... Zum Beispiel ist es sehr witzig und gleichzeitig traurig, wenn Sie schreiben: "Ganz unterschieden möchte ich den Vorwurf zurückweisen, wir hätten Zensur geübt". Darauf antworte ich Ihnen: Wenn Das-Wort-Verbieten keine Zensur ist, was ist es dann? Wenigstens in meiner Sprache, im Spanischen, bedeutet es das. Und was es auf Deutsch bedeutet, da könnten wir Günter Kunert, Robert Havemann, Jurek Becker, Rudolf Bahro, Reiner Kunze fragen. Sie kennen sehr gut das Gefühl der Ohnmacht, wenn man etwas sagen will und irgendein Herr im Dienste irgendeiner Institution sagt: Nein. Da gibt es keinen Unterschied zu dem, was ich gerade erfahren habe.

Lesen Sie, Herr Lorenz, noch einmal den Beschluß, den Sie selbst unterschrieben haben, und vergleichen Sie ihn mit denen des Dr. Göbbels von 1933, mit denen aus Prag gegen Pavel Kohut und viele andere, mit denen aus der D.D.R. gegen Stefan Heym - um nur einen zu nennen -, und Sie werden dieselben Argumente wiederfinden: "wegen Diffamierung der Bundesrepublik", "wegen Diffamierung des Staates"...

Lesen Sie zum Beispiel das Dekret Videlas, welches das neueste Buch von Alvaro Yunque verbietet. Es scheint eine Durchschrift Ihres Briefes zu sein, Herr Lorenz...

In meinem Brief bat ich Sie um die Namen derjenigen, die geraten hatten, meinen Vortrag zu verbieten, weil dies nach Ihnen "mehrere Mitarbeiter unseres Instituts und Fachleute" waren. Sie beantworten diese Bitte nicht, sondern weisen in Ihrem zweiten Brief darauf hin, daß die Entscheidung von Ihnen, vom Generalsekretär des Instituts und vom Chef der Arbeitsgruppen gefällt worden war. Natürlich nennen Sie sie nicht mit Namen. Aber nach der Zeitschrift "Der Spiegel" vom 25.5.79, unter dem Titel "Affären - Enorme Verdienste - Ein renommierter Verleger sitzt in Untersuchungshaft", konnte ich mich davon in Kenntnis setzen, daß der Generalsekretär - einer meiner Richter - der Herr Michael Rehs ist.

...In meiner Antwort akzeptierte ich Ihr Angebot, mir die Einzelheiten oder Argumente mitzuteilen, auf die sich Ihre drastische Entscheidung gründete. In Ihrem letzten Brief erwähnen Sie nur einen Grund: Daß ich in meinem Referat nicht spezifiziert hatte, warum das Begräbnis Schleyers stattfand und warum Präsident Scheel dabei gesprochen hatte. Meine Antwort darauf ist sehr einfach: Diese Details, die Sie von mir fordern, sind in aller Welt bekannt. Und ich füge hinzu: Sie sind besonders in den lateinamerikanischen Ländern mit Militärdiktaturen bekannt. Man denke nur an die Verbreitung, die dies in Argentinien, Uruguay, Chile und Paraguay hatte. Wochenlang war dies die wichtigste Nachricht im Fernsehen, Radio und in der Presse. Niemand zuvor wurde ein so absurdes und feiges Verbrechen - wie auch das an Moro - so von den faschistischen Diktaturen für die eigene Propaganda verwendet. Ihr Vorwurf gegen mich ist ungerecht, weil ich in meinem Referat den Aufruf von Heinrich Böll, Heinrich Albertz, Helmut Gollwitzer und Kurt Scharf wiedergebe, in welchem sie für das Leben von Schleyer bitten...

Daß Sie den Fall Schleyer erwähnen, könnte man als opportunistisch ansehen, nämlich mich in irgendeiner Weise als "Sympathisanten" abzustempeln. Diese Methoden sind Tiefschläge, Herr Lorenz. In meinem Vortrag habe ich mit Klarheit ausgedrückt, daß ich die republikanischen Institutionen und die demokratischen Freiheiten verteidige.

Ehe ich schließe, möchte ich Ihnen ausdrücken, daß es offenbar mein Fehler war, Ihre Einladung anzunehmen, und zwar aus Mangel an Information über Ihre Person. Wenn ich gewußt hätte, daß Sie Angestellter des Springer-Konsortiums sind (wie Sie es in der spanischen Zeit-

schrift ABC vom 5.8.79 angeben), dann hätte ich aus einem ethischen Prinzip heraus Ihre Einladung nicht akzeptiert. Und ich hätte sie auch nicht akzeptiert, wenn ich gewußt hätte, daß Sie die im wahren Sinne des Wortes antidemokratische Regierung Pinochet besucht und begrüßt haben (vgl. El Mercurio/Chile, 29.12.74). Ihre Erklärung in ABC, warum Sie diesen Besuch machten, ist wahrlich bedauerlich. Vergleichen Sie sich, Herr Lorenz, mit dem deutschen Bundesminister Hans Matthöfer, der Pinochet und Gefolge als "Mörderbande" qualifizierte.

Wenn ich nur diese zwei Details Ihres Betragens gewußt hätte, dann hätte ich niemals Ihr Angebot angenommen...Aber ich kann Ihnen noch rechtzeitig sagen: Die Geschichte des lateinamerikanischen Faschismus, die Geschichte des Martyriums und des Exils seiner Demokraten, muß noch geschrieben werden. Dann werden ohne Zweifel auch die Namen der "Mitläufer" erscheinen, der inneren und äußeren Helfershelfer der Diktatoren. Dann werden die Kinder fragen: "Und du gabst den Pinochets, den Videlas, den Somozas die Hand?"

Hochachtungsvoll, Osvaldo Bayer.

PS: Eine der ältesten und berühmtesten deutschen Universitäten hat mich eingeladen, meinen verbotenen Vortrag in einem ihrer Säle zu halten. Das erfüllt mich mit Dankbarkeit. Es wird am selben Tag sein, an dem ich ihn auf dem Colloquium von Achern hätte halten sollen. Stolz bin ich auch auf den ausführlichen Kommentar, den der WDR über die Zensurmaßnahme des Instituts gesendet hat. Die Fakten geben mir recht, daran zu glauben, daß es sich noch lohnt, für die freie Meinungsäußerung zu kämpfen. Hier, auf deutschem Boden, gibt es Kräfte, die wachsam sind.

SPENDET FÜR DEN WIDERSTAND IN ARGENTINIEN



Pschk. Berlin-West E.Kohut Nr. 380 087-108
Kennwort: Argentinien - Hilfe

Schwafel, Schwafel

Mehr als nur ein Kopfschütteln ernteten die SPD-Parlamentarier Jungmann, Kuhlwein und Penner nach der Rückkehr von einer 14-tägigen Informationsreise nach Argentinien und Uruguay. In einer Erklärung - die von der interessierten Öffentlichkeit mit Betroffenheit aufgenommen wurde - verbreiteten sie wenig Erhellendes und viel Widersprüchliches

"Wir wollten Gespräche führen, Ansatzpunkte für politische Kontakte suchen und nicht in den bekannten Tatsachen wühlen" - mit diesen Worten umriß der Wuppertaler SPD-MdB Dr. Willfried Penner die Ziele der Informationsreise. In den Gesprächen vor Ort - geredet wurde mit Regierungsvertretern, Parteipolitikern, Gewerkschaftern und Hilfsorganisationen für Gefangene - unterblieb der Gebrauch des "Reizworts" Menschenrechte daher auch tunlichst. Originalton Penner: "Wir haben dieses Wort nie benutzt." Nicht sonderlich überzeugend, aber für Bonner Politiker und Diplomaten ist die jeher lasche Form des Auftretens in Sachen Menschenrechte bekanntlich nicht unüblich. Verwunderlich ist bloß, so die Meinung von Beobachtern, dies ausgerechnet aus dem Munde des Vorsitzenden der "Arbeitsgruppe Menschenrechte" in der SPD-Bundestagsfraktion zu hören. Nochmal Dr. Penner, der nach eigenem Eingeständnis nicht missionarisch tätig sein konnte und durfte, über das Wirken der Delegation: "Wir haben lediglich bei unseren Gesprächen auf konkrete Verletzungen aufmerksam gemacht."

Zweifelhafte Interpretation

Betroffen zeigte man sich vor allem im Bereich von Amnesty International, den Jusos sowie bei zahlreichen Solidaritätskomitees. Auslöser für den Unmut war eine Erklärung der drei SPD-MdB, die nach Abschluß der Reise bekannt wurde. In ihr vertreten die Parlamentarier Ansichten, wie sie auch von CDU-Politikern nicht gerade selten geäußert werden. In der Verlautbarung heißt es: "Die gegenwärtige politische Lage in Argentinien und Uruguay ist nur erklärbar auf dem Hintergrund einer bedrängten innenpolitischen Situation vor Übernahme der politischen Macht durch das Militär. Besonders der Terrorismus hat beide Länder schwer erschüttert. Bei der notwendigen Bekämpfung von terroristischer Gewaltkriminalität hat es Erfolge gegeben." Zwar seien "Übergriffe und Entgleisungen" passiert, aber "die Rückkehr beider Staaten zur Demokratie erscheint möglich." Die öffentliche Verurteilung der beiden Diktaturen, so die SPD-Menschenrechtler, könne den politischen Gefangenen eher schaden. Eine "gewisse Zurückhaltung" in der Öffentlichkeit sei daher angebracht.

Dies entspricht genau der offiziellen Außenpolitik der BRD, die Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Peter Hermes, noch treffender formuliert hat: was die Menschenrechtsverletzungen betrifft, so "verspricht ein offenes Wort unter Freunden (damit gemeint sind auch die Diktatoren, Anm. d. Red.) mehr Wirkung als öffentliche Anklage." (vgl. EUROPA-ARCHIV 25.7.79, S. 427) Zu fragen ist, ob mit solch einer Taktik die Menschenrechtsverletzungen faktisch nicht doch gebilligt werden. Diese Art der Zurückhaltung in der Öffentlichkeit, gepaart mit einem "offenen Wort unter Freunden" mag mit dazu beigetragen haben, daß der deutsche Student Klaus Zieschank von den argentinischen Machthabern nicht freigelassen, sondern ermordet wurde. Sicherlich hängt die Zurückhaltung gegenüber Menschenrechtsverletzungen auch damit zusammen, daß die guten wirtschaftlichen Beziehungen zu Diktaturen durch "öffentliche Anklagen" nicht getrübt werden sollen.

Besonders ärgerlich an dem Politiker-Statement ist die zum Vorschein kommende – gewiß nicht beabsichtigte – partielle Übereinstimmung mit Auffassungen der militärischen Machthaber am Rio de la Plata. So etwa die Behauptung, der "Terrorismus" habe die beiden Länder schwer erschüttert. Übersehen wird, daß die jeweiligen gesellschaftlichen Strukturen bereits zerrüttet waren. Die 1966/67 einsetzende Gewalt von oben – Militärdiktatur in Argentinien sowie "legale" Beseitigung der bürgerlichen Demokratie in Uruguay – mußte schließlich Gegengewalt produzieren. Langanhaltende terroristische Aktivitäten, z.B. der "Tupamaros" in Uruguay, hat es nicht gegeben. Gerade diese Stadtguerilla zeichnete sich lange Zeit eher durch den Robin-Hood-Charakter ihrer Aktionen aus. Erst ab 1970 radikalisierte sie sich. Ihr "Sündenfall" war die Ermordung des US-Folterspezialisten Mitrione – die einzige nachweisliche Tötung. Problematisch in diesem Zusammenhang ist ferner die abstrakte und unhistorische Übertragung der Vokabel "terroristische Gewaltkriminalität" aus dem BRD-Sprachgebrauch, da sie den konkreten gesellschaftlichen Bezugsrahmen in Argentinien und Uruguay unberücksichtigt läßt.

Das Auftreten der "Tupamaros", die bereits 1972 zerschlagen wurden, stellt sich differenzierter dar, als es die SPD-Politiker glauben machen wollen. Die bis heute praktizierte Unterdrückung durch die militärischen Machthaber in Montevideo (vgl. den Uruguay-Artikel in diesem Heft) kann deshalb nicht mehr mit acht Jahre zurückliegenden Aktionen der militanten Linken erklärt werden. Gleichwohl verkünden die SPD-Politiker hoffnungsvoll, daß die Rückkehr zur Demokratie besonders in Uruguay möglich erscheine. Daß auch Sozialdemokraten zu ganz anderen Einschätzungen kommen können, beweist ein Pressecommuniqué der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments zu Uruguay. In einem Resolutionsentwurf für das Europaparlament heißt es, "daß die uruguayische Diktatur ihre Macht zu legitimieren und die Weltöffentlichkeit zu täuschen versuche, indem sie den politischen Parteien restriktive Weisungen wie auch eine einseitige Verfassung mit Einheitskandidaten für die Scheinwahlen von 1981 aufzwingt."

Auch in Argentinien waren die Aktionen der Guerillaorganisationen bestenfalls einer der Gründe für den Militärputsch vom März 1976. Bedeutender waren die Massenaktionen der Arbeiterschaft. Es zeugt ferner nicht von einem durchdachten Urteil, wenn die Gewaltregimes am Rio de la Plata von totalitär in autoritär umgedeutet werden – so jedenfalls MdB Penner in einem Gespräch mit der Wuppertaler Zeitung vom 21.11. Zu den Realitäten in beiden Ländern gehört nach wie vor, daß Menschen gefoltert, ermordet oder verschleppt werden. Allein die Zahl der Verschwundenen bewegt sich in Argentinien nach Schätzungen zwischen 10 000 und 30 000. Angesichts der "furchtbaren Gewißheit über erschütternde Tatsachen" (Penner) ist in der Presseerklärung demgegenüber dämpfend von "Übergriffen und Entgleisungen" die Rede.

Im Gegensatz zur SPD-Delegation bringen andere Argentinien-Besucher unmißverständlichere Informationen von ihrer Reise mit. So etwa die Theologie-Professorin Dorothee Sölle. "Werbefachleute, Philosophen und Juristen" seien dabei, "das Menschenressergesicht zu schminken und zu pudern." Wo die Theologieprofessorin deutliche Parallelen zum Hitlerfaschismus sieht, entdeckt der Volksvertreter das Zusammenschweißen schärfster politischer Gegensätze. "Es ist, als ob sich ein Dach über alle Mißstände deckt und die Bevölkerung wie ein Mann hinter dem Staat stehen läßt." (Penner) Krönender Abschluß der Deutungsversuche argentinischer Realitäten und Probleme durch den Vorsitzenden der "Arbeitsgruppe Menschenrechte": "Es ist mehr die Mentalität der Menschen, die an baskische Anarchie und sizilianisches Mafiosotum erinnert." Oh er dabei an seine parteipolitischen und gewerkschaftlichen Gesprächspartner gedacht hat?

Elektromultis und Terror

Durch das brasilianische Elektrokartell, zu dem u.a. die Siemens - AG und die schweizerische Brown Boveri & Cie. AG (BBC) gehören, soll eine Tarnorganisation finanziert worden sein, die Entführerbanden, Folter- und Todeskommandos unterhielt. In einer Art Eigenjustiz wurden Multi- Kritiker, Gewerkschafter und Linke verfolgt. Vor dem brasilianischen Kartellgericht gab der BBC- Präsident, Oswaldo Ballarin, zu, mit einer solchen Organisation zusammengearbeitet zu haben. Dies geht aus neuen Materialien über schmutzige Praktiken der Multinationalen Konzerne in Brasilien hervor, die von Kurt Mirow, Autor des Buches "Die Diktatur der Kartelle", kürzlich vorgelegt wurden.

Mirow, der seit Jahren über die Methoden der Elektromultis in Brasilien recherchiert, berichtet über seine Erfahrungen mit den Einschüchterungspraktiken der Multis:

Am 29. August 1979 brechen zwei Bewaffnete in das Haus des deutsch-brasilianischen Unternehmers Kurt Mirow in Rio de Janeiro ein. Die beiden Söhne von Mirow und eine Gouvernante werden gefesselt und misshandelt. Anschließend wird das Haus drei Stunden lang systematisch durchsucht; als die Täter schließlich nach offenbar ergebnisloser Suche flüchten, bleiben Wertgegenstände und Bargeld im Wert von ca. 10 000.- Cruzeiros unangetastet zurück. Nur ein Kofferradio und andere Kleinigkeiten verschwinden.

Während die brasilianische Polizei versucht, den Überfall als Aktion "gewöhnlicher Diebe" hinzustellen, vermutet Mirow, daß die stundenlange Durchsuchung einem einzigen Objekt galt: einer Kiste mit 60 kg Original - Dokumenten aus dem Archiv des internationalen Elektrokartells IEA (International Electrical Association), die Mirow im März 1979 von unbekannter Seite zugespült worden war. Im April 1979 hatte Mirow den Mitgliedern der IEA, zu denen so namhafte Konzerne wie Siemens und Brown Boveri gehören, die Rückgabe des Dossiers angeboten, unter einer einzigen Bedingung: Eigentumsnachweis.

Die Vorgeschichte

Daß gerade Mirow in den Besitz der belastenden Kartellunterlagen gelangte und jetzt Opfer eines terroristischen Übergriffs wurde, entspringt keinem Zufall. Als Mitinhaber der brasilianischen Elektrofirma CODIMA Maquinas e Accessorios SA und Vorstandsmitglied der Exportfirma Herm. Stoltz SA, Rio de Janeiro, bekam er früh den Druck des internationalen Kartells der Elektromultis zu spüren. Dem kleinen, aber erfolgreichen Lieferanten von Elektromotoren verkauft General Electric Ende 1965 z.B. 200 Liter schadhafter Isolierlacke, die trotz aller Qualitätskontrollen nach 48 Stunden Betriebsdauer verdunsteten. Folge: bei allen Turbogeneratoren, die CODIMA in den Jahren 1965, 66 und 67 an brasilianische Zuckermühlen lieferte, traten innerhalb

von 24 bis 48 Stunden nach Inbetriebnahme Schadensfälle auf, die zur völligen Vernichtung wesentlicher Anlageteile führten.

Weitere Schikanen folgten, so z.B. eine unerklärliche Kürzung der Kreditlinie bei der Banco do Brasil. Aber im Gegensatz zu den meisten brasilianischen Betrieben, die entweder die Waffen streckten oder nach dem Motto handelten "if you can't win them, join them" sprich dem Kartell beitraten, ließ sich der Zwerg CODIMA auf den Kampf ein und ging vor Gericht. Kurt Mirow legte eine umfassende Dokumentation über die Multi-Kartelle und ihre Vernichtungskampagnen gegen die einheimische brasilianische Industrie an und verarbeitete sie in einem Buch: "Die Diktatur der Kartelle". Was nun folgte, fasst Mirow in einem Brief vom 3. Sept. '79 an den Vorstand der Siemens-AG als massgebendem Partner des IEA Kartells wie folgt zusammen:

(Auszug aus dem Brief Mirows vom 3. Sept. '79 an Dr. Karlheinz Kaske, stellvertretender Vorsitzender der Firma Siemens AG, München und Mitglied des Verwaltungsrates des Kartells International Electrical Association (IEA).)

Juli 1972

Olympio de Abreu, vortragender Richter eines gegen die Brown Boveri vor dem brasilianischen Kartellgericht CADE eröffneten Verfahrens, wird nachts um 2 h in seiner Wohnung telefonisch bedroht.

5. November 1972

Bewaffneter Überfall auf mein leerstehendes Apartment in Sao Paulo, in dem ich in jener Nacht hätte übernachten sollen.

19. Dezember 1972

Einbruch morgens 4 h in das brasilianische Kartellamt CADE, in dem zu jener Zeit als einziges wichtiges Verfahren ein Prozess gegen das IEA - Mitglied BROWN BOVERI wegen Dumping geführt wird.

11. Juli 1973, 15 h

Herr Riban versucht im Auftrag der Brown Boveri, Julio Raja Cabaglia, Gutachter des brasilianischen Kartellamtes CADE, zu bestechen.

November 1974

Unbekannte verfolgen einen Tag lang in Sao Paulo den Unterzeichner dieses Briefes.

23. Mai 1975

Die brasilianische Zeitung "O ESTADO DE SAO PAULO" veröffentlicht die sonst nur dem Unterzeichner bekannte Reiseroute seiner durchgeführten Europareise. Die Meldung der Zeitung erwähnt u.a. auch einen drei Tage vor dieser Veröffentlichung durchgeführten Frankreichbesuch.

Juni 1975

Herr Robert Lentz Plassing (auf die Person wird weiter unten eingegangen. Red.) teilt Herrn Hans-Ulrich Stoltz (Stoltz ist

Mitinhhaber der kleinen Elektrofirma Herm. Stoltz AG, Rio de Janeiro, die wie Mirows CODIMA Pressionen des Elektrokartells ausgesetzt war. Red.) und dem Unterzeichner mit, daß es wenig Zweck habe, vor einer brasilianischen parlamentarischen Untersuchungskommission über die Tätigkeit multinationaler Gesellschaften zu berichten, und Probleme der Elektroindustrie und der IEA zur Sprache zu bringen, da sich die internationale Elektroindustrie, laut Worten des Herrn Plassing, längst mit Herrn Abgeordneten Herbert Levy, dem Berichterstatter der Kommission, geeinigt habe.

Juli 1975

Teilhaber des Büros Plassing drohen mit Kindesentführung und anderen Repressalien.

Juli 1976

Dem Unterzeichner wird eine Kopie des ersten Entwurfs des Buches "Die Diktatur der Kartelle" in portugiesischer Sprache entgegengebracht. Diese Kopie dient der späteren Eröffnung eines Militärgerichtsverfahrens gegen den Unterzeichner und wird dem Gerichtsverfahren als Beweismittel beigelegt.

September 1976

Der brasilianische Justizminister Armando Falcao unterzeichnet die Verbots- und Beschlagnahmeorder des noch nicht in endgültiger Fassung geschriebenen, geschweige denn veröffentlichten Buches "Die Diktatur der Kartelle".

5. Dezember 1976

Bombenanschlag mit Sachschaden auf das Verlagshaus Editora Civilizacao Brasileira.

17. Februar 1977

Veröffentlichung des Buches "Die Diktatur der Kartelle".

24. Februar 1977

Beschlagnahme des Buches "Die Diktatur der Kartelle".

8. März 1977

Siemens verlangt vom Unterzeichner, von der Veröffentlichung (der Übersetzung Red.) des Buches "Die Diktatur der Kartelle" in Deutschland Abstand zu nehmen.

November 1977

Rechtsanwälte der Firma Siemens verlangen vom ROWOHLT VERLAG, Hamburg, das Buch "Die Diktatur der Kartelle" nicht zu veröffentlichen.

August 1977

Eröffnung eines Militärgerichtsverfahrens gegen den Unterzeichner wegen durch Veröffentlichung des Buches "Die Diktatur der Kartelle" erfolgter angeblicher Verletzung der brasilianischen Staatssicherheit.

8. April 1977

Das oberste brasilianische Militärgericht befindet einstimmig, das Verfahren gegen den Unterzeichner zu archivieren. Das Richter-

Kollegium lobt das Buch "Die Diktatur der Kartelle", welches anschliessend freigegeben wird und im Laufe eines Jahres 17 Auflagen mit über 100.000 verkauften Exemplaren erreicht.

Die Schreiben Mirows an Siemens, wie auch entsprechende FDCL-Anfrage, blieben ohne Antwort.

Daß Siemens systematisch gegen unliebsame Publikationen vorgeht, ist in der BRD spätestens im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen den Wagenbach-Verlag wegen der Veröffentlichung des Buches "Unsere Siemenswelt" von Delius bekanntgeworden. Delius hatte anlässlich des 125jährigen Bestehens des Hauses Siemens eine satirische Festschrift verfasst, in der er eine Kreditmanipulation darstellte. Bekannt ist auch die Beteiligung des Konzerns an dem zur Überwachung des Publikationsmarktes gegründeten (Unternehmer-) "Arbeitskreises Information" (Aki).

Es ist verständlich, daß Firmen wie Siemens ihre Praktiken gegenüber Aussenseitern nicht gerne publik machen. Die Kartellmitglieder kontrollieren ihre Vormachtstellung durch folgende Methoden:

1. Kooperation mit ehemaligen Konkurrenten
2. Preiskämpfe
3. Bildung von Abhängigkeiten der nationalen Unternehmen von IEA-Mitgliedern:
 - a) durch Abnahme größerer Mengen der Produkte des Unternehmens,
 - b) durch Lieferung von Vorprodukten,
 - c) durch Blockierung des Zugangs zu wichtigen Vorprodukten oder Rohstoffen,
 - d) durch die Drohung eine eigene Produktionsstätte mit denselben Produkten aufzubauen.



Nachdem ein Konkurrent so in die Knie gezwungen worden ist, wird ihm von einem der IEA - Mitglieder ein Übernahmeangebot gemacht. Wenn ein Elektrokonzern (bzw. eine seiner nationalen Tochterfirmen) gegen einen nationalen Konkurrenten vorgeht, so ist dies in der Regel keine Einzelinitiative, sondern die Durchführung eines Beschlusses, der in einer der regelmäßigen IEA-Sitzungen getroffen wurde. - Hier wird festgelegt, welcher Konkurrent als nächster zu bekämpfen ist, wie die Kampftaktik auszusehen hat, wie hoch die Mittel sind, die die IEA für diese Kampagne zur Verfügung stellt und welches Konzernmitglied als "fighting leader" öffentlich gegen feindliche Unternehmen auftreten soll durch aggressive Konkurrenz, Verleumdungskampagnen... (Mirow S.106, Die Diktatur der Kartelle)

Für die Kosten solcher Kampfmaßnahmen steht bei der IEA ein Kampffonds bereit, der sich aus regelmäßigen Beiträgen der IEA-Mitglieder rekrutiert. Das lokale Kartell der IEA-Mitglieder auf dem brasilianischen Markt traf 1967 ein Abkommen, demzufolge 2 % des Vorjahresumsatzes an den Kampffonds zu entrichten sind. (s. Carlos Silva; los gigantes de la lamparita), Demnach müßte Siemens für das Jahr 1975 156 Mio \$ eingezahlt haben, die AEG 102 Mio \$, Phillips 201,4 Mio \$, GEA 268 Mio \$... (Nach Umsatzzahlen aus Movimento Nr.119 vom 10.10.77).

Der private Terror gegen konkurrierende Unternehmen ist eigentlich nur die logische Fortsetzung einer Kette von Erpressungen und Kampfmaßnahmen am Rande der Legalität.

Verbindungen des Elektrokartells zu privaten Terrorgruppen

Als ausführende Instanz des Terrors tritt im Falle Mirow und Stoltz immer wieder die Firma CIA (Consultores Industriais Associados S/C = Vereinigung industrieller Berater) des R. L. Plassing in Erscheinung. Der brasilianischen Menschenrechtsbewegung ist er als einer der Führer der Untergrundorganisationen bekannt, die Gewerkschafter verschwinden lassen, mit Foltern Geständnisse erpressen und neben den staatlichen Geheimdiensten einen eigenen Apparat für Entführungen und Repressionen unterhalten. In den Archiven des brasilianischen Heeres und der Luftwaffe ist er als Rechtsterrorist erfasst. Wegen seiner Untergrundtätigkeit wurde er von der britischen Zeitung "The Economist", deren Mitarbeiter er längere Zeit war, entlassen.

Durch die Veröffentlichung regierungsamtlicher Untersuchungen über das Elektrokartell IEA in Brasilien ist jetzt erstmals an den Tag gekommen, daß Plassing auch direkt für Brown - Boveri - Brasilien tätig geworden ist. In einer Aussage vor dem brasilianischen Kartellgericht CADE mußte Oswaldo Ballarin, der Präsident der Firma Brown Boveri, zugeben, Robert Plassing zu kennen und an seine "Public-Relation"-Firma Aufträge gegeben zu haben.

Ballarin hat selber schon mehrfach Beispiele für spezielle Public Relation Arbeit geliefert. So 1974, als er als Vertreter von Nestlé deren zwielichtige Absatzmethoden für Babymilch in Lateinamerika bei einem Senatshearing in Washington unter dem Vorsitz von Edward Kennedy verteidigte. Noch bekannter wurde er durch seinen an die Öffentlichkeit gelangten Brief von 1973 an den Nestlé-Vorstand Altweg. In diesem Schreiben schildert er seine Bemühungen, einen Un-

ersuchungsbericht der UNO- Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) über die Praktiken der Multis unter der Federführung der angeklagten Konzerne selber verfassen zu lassen. Dies sollte dann als FAO - Dokument veröffentlicht werden. Nach dieser Aussage Ballarins vor dem Kartellgericht blieb der schweizer Konzernzentrale nichts anderes übrig, als die Kontakte mit Plassing zu bestätigen. (vergl. NZZ vom 23.11.'79). ab- Die BBC leugnet jedoch, daß es sich dabei um Terroraufträge gehandelt habe und führt weiter aus:

" Selbstverständlich hat die Brown-Boveri-Tochtergesellschaft in Brasilien keine Beziehungen zu extremen Untergrundorganisationen irgendwelcher Färbung. Brown-Boveri-Brasilien ist ein Bestandteil der brasilianischen Wirtschaft, und wir sind überzeugt, daß wir durch sie einen Beitrag am Aufbau dieses Landes geleistet haben und auch in Zukunft leisten werden. Wir haben uns dort langfristig engagiert. Unabhängig von unserer grundsätzlichen Einstellung würden politische Eskapaden unseren Geschäftsinteressen vollkommen zuwider laufen." (Neue Züricher Zeitung, 23.11.'79)

Geschäftsinteressen und die Doktrin der nationalen Sicherheit

Das BBC- Kommuniqué verschweigt eine wichtige militärisch-strategische Besonderheit des brasilianischen Wirtschaftssystems.

Langfristiges Engagement von Unternehmen schließt auch immer einen Beitrag zur nationalen Sicherheit mit ein.

Nach der "Doktrin der nationalen Sicherheit" ist es eine grundlegende Aufgabe aller Teile der Gesellschaft, für die Aufrechterhaltung der nationalen Sicherheit zu sorgen. Das Konzept ist folgendermaßen formuliert: "Das Volk liefert die Mittel, der Staat die Aktionen zur Erhaltung der nationalen Sicherheit".

Mit Hilfe dieser Doktrin wurde von den Militärs nach ihrem Sieg 1964 eine Organisation geschaffen, (GMPI = ständige Gruppe für industrielle Mobilisation), die sowohl von den Militärs als auch von den Unternehmen getragen wurde. Der Heranbildung dieser besonderen Form der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Militärs ist der angesehene Journalist der konservativen Zeitung VEJA, Carlos FON, in seinem soeben veröffentlichten Buch: " A historia da repressao politica no Brasil ", Sao Paulo, 1979, nachgegangen.

Neben der GMPI zur Bekämpfung äußerer Feinde brachte der dän.-brasilianische Industriekaufmann Boilensen eine Gruppe von Unternehmern zusammen, die nach der Überlegung, daß zur Erhaltung der nationalen Sicherheit auch der Krieg nach innen nötig sei, begann, Sicherheitsorgane mit Geld und Ausrüstung zu unterstützen. Diese Zusammenarbeit zwischen Industrie und Polizeiorganen im Rahmen der GMPI entstand mit der Bildung eines Fonds zur Zahlung von Gehaltsaufbesserungen an Angehörige der Sicherheitsorgane, und zwar besonders nach erfolgreichen Operationen gegen "subversive Elemente".

Zur Perfektionierung wurden zwei Unternehmensberaterfirmen - Consultores Industriais Associados S/C des bewußten Plassing und die Intelligence Assesoria Integral gegründet, die unter dieser

Tarnung für die Beschaffung und Verwaltung der Gelder sorgte. Von den 4 bekannten Direktoren der beiden Unternehmen- Paulo Henrique Sawaia Filho; der Marinekommandant a.D. Helio Viana; der Exjournalist R.Plassing und der Oberst a. D. der Landarmee Alvaro Galvao haben sich nach Angaben von Carlos Fon zwei persönlich an der Folterung politischer Häftlinge beteiligt: Paulo Henrique Sawaia junior und R.L. Plassing.

Die Summe, die von diesen beiden Tarnfirmen den Organen für politische Repression monatlich zugeleitet wurde, wird von Carlos Fon auf mehrere Millionen Cruzeiros geschätzt. Nicht alle Zahlungen von Unternehmen an staatliche Sicherheitsorgane oder an Plassings Firma erfolgten auf freiwilliger Basis. Mirow selbst er innert sich an einen Versuch Plassings, von CODIMA einen monatlichen Beitrag von 50.000 Cruzeiros zu erpressen. In den multinationalen Unternehmen scheinen die Geldeintreiber jedoch auf großzügigeren Beitragswillen gestoßen zu sein. Journalist Carlos Fon schreibt ihnen den größten Teil der monatlichen Zahlungen zu. Neben der finanziellen Unterstützung der offiziellen Repressionsorgane begann die GMPI schon bald nach Beginn der Militärdiktatur 1964 mit dem Aufbau von Terrororganisationen, deren Dachorganisation die "Operacion Bandeirantes" (OBAN) ist, der informell Angehörige aller Sicherheitsorgane angehören. Treibende Kraft auf diesem Gebiet war der dänisch-brasilianische Unternehmer Boilensen. Diese "Operacion Bandeirantes" startete eine mörderische Terrorkampagne gegen jeden, der sich gegen die Unternehmerinteressen zur Wehr setzte. "Einige Opfer der OBAN starben auf brutale Art und Weise. Paulo Stewart, Student, Sohn eines amerikanischen Presbyterianer-Missionars, wurde mit dem Mund am Auspuff eines Autos festgebunden zu Tode geschleift." (Mirow, Die Diktatur der Kartelle, S. 28)

Wie wir sehen, bedient sich nicht nur die Militärdiktatur der Terrororganisationen, sondern auch die Multis. Der Grund für die Regierung ist im wesentlichen die Erhaltung der eigenen Machtstellung, indem versucht wird, einige Oppositionelle, die Widerstand gegen die Regierung organisieren wollen, auszuschalten. Dies ist auch für die Multis von Vorteil, wenn man etwa an die Unterdrückung von Streiks denkt. Auf diese Weise werden stabile Verhältnisse und ein günstiges Investitionsklima geschaffen. Hinzu kommt die Verdrängung nationaler Konkurrenzunternehmen, die von der nationalen Regierung geduldet oder gefördert wird, um die Auslandsinvestitionen zu garantieren.

Geschichte der Elektrokartelle

Zur besseren Verständnis der Zusammenarbeit unter den multinationalen Unternehmen folgt ein historischer Überblick über die Entstehung der Elektrokartelle, die auf eine lange Tradition zurückblicken, und deren Entwicklung als Beispiel für die Geschichte und Arbeitsweise anderer Kartelle stehen kann.

Mit der Erfindung der Glühbirne begann 1878 die schnelle Ausbreitung der Elektroindustrie. Heute greift sie direkt oder indirekt in alle Bereiche des täglichen Lebens ein. Die Reihe von Produkten dieser Branche erweitert sich ständig. Sie reicht von der Glühbirne zu Turbinen, von Pönn zu komplizierten Einzelteilen für Überschalljagdbom-

ber, vom Mixer zu Raketen, von der Straßenbeleuchtung zu Apparaten für den Krankenhausbedarf, vom Kühlschrank zu Computern usw. Die Elektroindustrie beschäftigt heute in der ganzen Welt rund 10 Mio. Menschen.

Am Vorabend des 1. Weltkrieges stellten die Elektroprodukte kaum 1 % des Welthandels, heute sind es 7 %, d.h., daß sich dieser Sektor 7 x schneller entwickelt hat als der gesamte Welthandel.

1973 lag die Verkaufsziffer der Elektroindustrie 24 x höher als 1939. Und für die nächsten Jahre wird mit einer jährlichen Wachstumsrate von 7-8 % gerechnet.

Nach den ersten Jahren harter Konkurrenz (die Preise fielen und die Produktion nahm ab) erkannten die Produzenten in der Elektroindustrie rasch, daß sie ein gemeinsames Interesse an der Marktbeherrschung hatten und eine Zusammenarbeit dringend notwendig war. So kamen die ersten Preisabsprachen noch im 19. Jahrhundert zwischen den zwei großen Firmen der deutschen Elektroindustrie - Siemens und AEG - zustande. Doch Preisabsprachen allein genügten nicht, um den Markt zu beherrschen. Weitere Ziele waren:

- den Markt nach bestimmten Produkten und Gebieten aufzuteilen,
- die Technologie (Patente) gegenüber Außenstehenden zurückzuhalten,
- Qualitätsabsprachen (z.B. die Herabsetzung der Brenndauer von Glühlampen).

Die Ausdehnung der Märkte machte auch internationale Absprachen unumgänglich. So wurden bis in die 20er Jahre hinein einige kontinentale Preis- und Marktabsprachen getroffen. Mit den britischen und nordamerikanischen marktbeherrschenden Firmen wurden Marktaufteilungen vorgenommen.

Das Phoebuskartell

Das erste umfassende internationale Abkommen wurde am 24. Dez. 1924 schriftlich ratifiziert. Das Phoebuskartell war geboren. Das Abkommen wurde von den Hauptproduzenten der Lampenindustrie jedes Landes unterzeichnet. Später gliederten sich noch eine Reihe kleinerer Produzenten - meist gezwungenermaßen - an. Während die General



Electric of America (GEA), die rund 65 % des US-Marktes für Glühlampen kontrollierte, offiziell nicht am Kartell beteiligt war, traten ihm ihre Tochtergesellschaften in Brasilien, Mexiko und China bei. Durch regen Patent- und Informationsaustausch zwischen der IGE (International General Electric), holding der GEA für Operationen im Ausland, und Mitgliedern des Kartells bestand eine ziemlich starke Abhängigkeit von der amerikanischen Korporation. Doch vor allem durch die große Aktienbeteiligung der GEA in vielen Mitgliedsfirmen des Phoebuskartells sicherte sie ihre Vorherrschaft auf dem Weltmarkt. So besaß die GEA gegen 1935

- 44 % des Aktienkapitals der französischen Cie. de Lampes,
- 29 % der deutschen Osram (entstanden aus der Fusion von Siemens, der AEG und der Auergesellschaft auf dem Gebiet der Glühlampenproduktion),
- 10 % (und später mehr) der holländischen Philips,
- 10 % der ungarischen Tungsram,
- 46 % der britischen AEI,
- 34 % der britischen GEC (General Electric Co.),
- 100% der brasilianischen GESA,
- 100% der chinesischen Edison General Electric,
- 40 % der japanischen Tokyo Electric.

Im Phoebuskartell wurden Abkommen getroffen über:

- einen kompletten Patentaustausch unter den Mitgliedern,
- Preisfestsetzungen für jedes Land durch lokale nationale Treffen,
- Sicherung der Monopolstellung der Mitglieder auf den einheimischen Märkten

Der Verwaltungssitz des Kartells wurde in Genf eröffnet. Von dort aus wurden die Mitgliedsbeiträge verwaltet, der Erwerb unabhängiger Lampenproduktionen durch die Phoebuskartellmitglieder überwacht, die später dazu verwendet werden konnten, außenstehende Firmen, die zu stark mit den Mitgliedsfirmen konkurrierten, zu bekämpfen. 1939 wurden im Phoebuskartell 80-90 % der europäischen Lampenindustrie abgewickelt.

International Electric Association

Die Lampenindustrie machte schon in den 20er Jahren nur noch einen kleinen Teil der Elektroindustrie aus. Mittlerweile wurden alle Arten von elektrischen Geräten, bis hin zu Turbinen, Generatoren ect. hergestellt. In der Lampenindustrie standen die Direktoren und Geschäftsführer der einzelnen Firmen in engem Kontakt durch die Ringe. Ein Ring entspricht dem Zusammenschluß mehrerer Produzenten eines einzigen Produktes. Es entstanden immer mehr Ringe, die nach einem globalen Zusammenschluß suchten. Hinzukam die Weltwirtschaftskrise und die darauf folgende Depression. Die Produzenten hatten in ihren eigenen Ländern Absatzschwierigkeiten und drängten auf neue Märkte. Da das Phoebuskartell sich nur auf nationale Marktaufteilungen in der Lampenproduktion beschränkte, drohte in Ländern, die nicht im Kartell erfaßt waren - sprich zumeist Entwicklungsländern -, ein harter Konkurrenzkampf aufzubrechen, der nicht im Interesse der Produzenten lag. So verschmolzen sich am 13. Dez. 1930 schließlich viele Ringe durch die Gründung der INCA (International Notification and Compensation).

Deren Ziele waren die gleichen wie die des Phoebuskartells, nur auf viel umfassendere Weise. Die wichtigsten neuen Aspekte waren, wie es schon der Name sagt, Abkommen über Notification und Compensation: Das beinhaltet: Mitteilung von Angebotsnachfragen und Vereinbarungen über Angebote (wer bietet was zu welchen Preisen) und die Gründung eines Kompensationsfonds, in den die Kartellmitglieder, die den Auftrag erhalten, eine gewisse Summe zur Entschädigung derjenigen einzahlen, die nicht am Geschäft beteiligt sind.

Die Gründungsfirmen der INCA waren

- AEG und Siemens in Deutschland,
- BTH (British Thomson Houston), GEC, Metrovick und EE (England Electric) in Großbritannien,
- Brown Boveri & Cie. in der Schweiz,
- Westinghouse Electric International und die IGE in den USA.

1934 wurde INCA in IEA (International Electrical Association) umgetauft, an der Struktur des Kartells änderte sich jedoch nichts.

Die GEA und Westinghouse Electric (nach der GEA zweitgrößte amerikanische Korporation, die von der Rockefeller- und Mellon-Gruppe kontrolliert wird) traten dem Kartell nur indirekt durch die EAEA (Electrical Apparatus Export Association), US-Kartell für den Export, bei. Das ließ ihnen alle Freiheiten, verschiedene Abkommen mit anderen Firmen zu treffen.

Bis zum Ausbruch des 2. Weltkrieges traten der IEA neben den "9 Großen" noch rund 50 weitere Firmen bei.

Der 2. Weltkrieg brachte Probleme für das Funktionieren des Kartells mit sich, doch amerikanische und britische Mitgliedsfirmen versuchten, die Organisation aufrechtzuerhalten und bezahlten teilweise ihre Quoten und Beiträge weiter. So konnte schon am 8. Juni 1945 ein neues Abkommen zwischen den Firmen der Alliierten Länder und denen Deutschlands ratifiziert werden. Der erneute Zusammenschluß, der den Namen der IEA beibehält, legte fest, alles Eigentum der alten IEA beizubehalten und deren Verpflichtungen voll zu übernehmen.

In den 60er Jahren gewann die Elektronikindustrie an Bedeutung. Der Marktführer auf diesem Gebiet, die amerikanische ITT, schloß sich damals ebenfalls der IEA an. Allerdings schied sie 1973 zumindest offiziell wieder aus, verblieb jedoch als "Beobachter" bei allen Verhandlungen und Abkommen. An ihrer Position änderte sich nichts.

1967 traten auch die großen japanischen Produzenten der Elektroindustrie - Hitachi, Toshiba und Mitsubishi - der IEA bei, um auf dem Weltmarkt mithalten zu können und um sich gleichzeitig der amerikanischen Konkurrenz auf dem japanischen Markt zu erwehren.

1974 wurde der Sitz der IEA von London nach Lausanne verlegt, da in England umfangreiche antimonopolistische Untersuchungen gegen sie angestrengt wurden.

All diese Angaben sind zwar bekannt, doch nur auf informeller Ebene. Schriftliche Abkommen der Kartelle werden streng geheimgehalten, da sie gegen die Antitrustgesetze verstoßen.

Einzelne Abkommen unter den Kartellmitgliedern konnten allerdings schon des öfteren registriert werden. So wurden schon 1947 und Anfang der 50er Jahre mehrere Mitgliedsfirmen der IEA in einen riesigen Skandal wegen monopolistischer und unlauterer Methoden verwickelt. Gegen EAEA, GEA, IGE, WE und WEI wurde sogar ein Prozeß angestrengt und einige Führungskräfte wanderten ins Gefängnis.

1963 wurden viele der in der IEA geschlossenen Abkommen vom Bundeskartellamt registriert. 1971 bekannte das Bundeskartellamt die Existenz von mindestens 12 Kartellen, die große Teile der Elektroindustrie beherrschen.

In vielen Ländern wurden schon Untersuchungen gegen die Kartelle angestrengt, doch konnten sie nur klägliche Erfolge verzeichnen und bremsen keineswegs die Ausbreitung der Multinationalen Firmen.

An dieser Stelle wäre eine Untersuchung über die Auswirkungen der Elektrokartelle auf die Entwicklungsländer angebracht, in denen die Elektromultis sich immer stärker durchsetzen. Leider müssen wir dies aus Zeit- und Platzgründen auf einen späteren Zeitpunkt verschieben.

Quellenverzeichnis: Karl Rudolf Mirow "Die Diktatur der Kartelle", Richard S. Newfarmer (UNCTAD) "The international market power of transnational corporations", Carlos Silva "Los gigantes de la lamparita", Carlos Per "A historia da repressao politica no Brasil", Movimento Nr. 119 vom 10.10.77, Neue Zürcher Zeitung vom 23.11.79,

NICARAGUA

Zum Leserbrief von Werner Middendorf

(10 Thesen zur Revolution in Nicaragua)

Wie soll man auf einen Leserbrief eingehen, dessen Inhalt man in mindestens fünf verschiedenen Richtungen interpretieren kann? So jedenfalls ging es uns in der Redaktion, als wir versuchten, uns gegenseitig verständlich zu machen, wie ein jeder von uns den Text verstanden hat. Somit wäre die erste Kritik bereits zu Papier gebracht, ohne daß ich auf den Inhalt eingegangen wäre: eine Stellungnahme, die sich selbst als Beitrag zu einer Diskussion versteht, in der wohl nur die wenigsten von uns bereits eine feste Meinung haben, sollte entweder seine Fragen und offenen Antworten deutlich machen, oder aber (wenn es für den Autor keine Fragen zu Nicaragua mehr geben sollte), klar sagen, wohin seiner Meinung nach der Wagen rollt. Der Leserbrief von Werner Middendorf tut beides nicht.

Der Beitrag bringt nur deswegen eine Diskussion in Gang, weil er in seiner gedanklichen Konfusion eine atmosphärische Kälte gegenüber der nicaraguanischen Revolution zum Ausdruck bringt, die einen frieren läßt. Nach W.M. reduzieren sich die Aktivposten der "Bilanz des Aufstandes" auf drei Punkte (siehe S. 45, These 1): 40.000 Tote, eine zu 80% zerstörte Landwirtschaft und Industrie sowie eine ungläubliche Hungersnot. In der Tat; wer dies als die wesentlichen "Erfolge" des Volksaufstandes sieht, der muß ihn ablehnen, muß ihn bekämpfen. Aber so leicht macht es W.M. dem Leser dann doch wieder nicht. In guter kaufmännischer Manier werden nämlich die "Kosten" der Revolution am "Betriebsergebnis" gemessen. Wären die 40.000 Menschen im Kampf um die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft gestorben, dann hätte W.M. vielleicht ein Auge zugedrückt. So aber ging es lediglich um die Durchsetzung der "ordentlichen Lohnarbeit", sprich: die Ablösung der Tyrannenherrschaft Somozas durch die Tyrannei des Kapitals. Da kommt man eben hin, wenn man nicht in antiimperialistischer Klarsicht dem Volksaufstand die Perspektive gibt, ein für alle mal den Kapitalismus auszurotten und statt dessen das Volk in die "Demokratie" schlittern läßt. Ich glaube nicht, daß ich dem Leserbrief gerechter werde, wenn ich die einzelnen Belege M.'s für diese seine Grundthese heranziehe (Bürgerliche in der Regierung, alte Somozisten in der neuen Armee, die reformistische Wirtschaftspolitik der Junta usw.).

Versucht man die positiven Aspekte des Leserbriefes herauszustellen, so stößt man zumindest auf einen wichtigen Punkt: In der Tradition der westdeutschen "Neuen Linken" gibt es eine Geschichte der Ausblendung ökonomischer Zwänge, in denen sich Befreiungsbewegungen befinden, vor allem dann, wenn sie sich siegreich durchgesetzt haben (vgl. die Polemik gegen die FRELIMO in Mozambique, die jahrelang politisch wie militärisch gegen den Cabora Bassa-Staudamm kämpfte, ihn nach dem Sieg aber zu einem der strategischen Stützpfiler ihres Wirtschaftsprogramms machte). Diese Ausblendung ist - auch wenn sie kennzeichnend für den "spontanen Massencharakter" der antiimperialistischen Bewegung war - dafür verantwortlich, daß die emotionale Identifikation zusammenbricht, wenn die Politik der entsprechenden Befreiungsbewegungen unter ökonomische Zwänge gerät und dadurch der Linken fremd wird. So ist es ganz typisch, daß die breite Bündnis-

politik der FSLN vor dem Sieg auf große Anerkennung in der Linken traf, aber sofort nach dem Sieg, als die Bündnispolitik fortgesetzt wurde und sich in konkreten Zugeständnissen an die Bündnispartner niederschlug, mit Skepsis bis Ablehnung bedacht wurde. In keinem Programm der FSLN wird man einen Satz finden, der darauf hindeutet, daß es nach der Befreiung von der 43jährigen Somoza-Herrschaft um den Aufbau des Sozialismus in Nicaragua gehen würde. Allen Tendenzen der FSLN (selbst den "Proletarios") war klar, daß nur die Aufnahme eines Teils der oppositionellen Bourgeoisie in das Bündnis auch nach dem Sieg Garant für einen Wiederaufbau des Landes unter demokratischen und antiimperialistischen Vorzeichen sein könne. Demokratie und Antiimperialismus bedeuten in Nicaragua nach der jahrzehntelangen Tyrannei und einem Völkermord, der selbst in der Geschichte Lateinamerikas seinesgleichen sucht, die Form der Freiheit, für die man kämpft und gelitten hat und für die man nach wie vor zu Kampf und Leiden bereit ist. Ich möchte die These wagen, daß bei einer "freien Wahl" in Nicaragua heutzutage wahrscheinlich 90 oder mehr Prozent der Bevölkerung für die FSLN stimmen würden. Würde aber die Frage zur Abstimmung gestellt: "Wollt Ihr, daß wir in Nicaragua eine freiheitlich kommunistische Gesellschaft errichten?", so ginge das Abstimmungsergebnis mit umgekehrten Vorzeichen wahrscheinlich auch mit 90% aus. Dies wäre dann überhaupt nicht das Ergebnis der falschen Politik der FSLN, sondern schlichtweg Ausdruck des demokratischen-antiimperialistischen Freiheitswillen des Volkes, der nach wie vor von den Wirkungen einer 43jährigen antikommunistischen Erziehungsdiktatur Somozas, des Pentagon und der übrigen "freien Welt" durchsetzt ist.

Daraus aber nun den Schluß zu ziehen, daß sich dann eben der Kampf nicht gelohnt habe, ist einfach verwegen, falsch und in höchstem Maße unsolidarisch. In Nicaragua hat keine Revolution stattgefunden, sie ist dabei zu beginnen! Bei all ihrer Widersprüchlichkeit, sind jetzt die Keimformen einer neuen Gesellschaft zu erkennen:

- 180 ehemalige Somoza-Industriebetriebe werden verstaatlicht und sollen in Arbeiterselbstverwaltung übergehen,
- die fruchtbarsten Ländereien wurden (bzw. werden schrittweise) an die Bauern vergeben, die den Boden bearbeiten,
- die nationalen Banken wurden verstaatlicht,
- der Außenhandel wurde verstaatlicht,
- die reichen Goldminen wurden verstaatlicht,
- ein öffentliches Gesundheitswesen, zu dem jeder kostenlos Zugang hat, wird eingerichtet,
- eine Alphabetisierungskampagne läuft an, die den Menschen nicht nur Lesen und Schreiben beibringen soll, sondern sich ganz bewußt als politische Bewußtseinsarbeit versteht,
- demokratische Massenorganisationen wurden errichtet (CDS = Comités de Defensa Sandinista), die auf dem Prinzip basisdemokratischer Mitbestimmung arbeiten und weit über ihre unmittelbare Aufgabenstellung hinaus (politische Arbeit und Organisierung auf Stadtteilebene) politisch Einfluß nehmen können und dazu von Junta und FSLN aufgefordert werden.

Das alles sind natürlich nur Ansätze. Aber sie lassen sehr wohl erkennen, daß es der FSLN um mehr geht, als nur "die alte Scheiße" im neuen Klobecken zu verkaufen. Wir haben in den letzten Nummer der LN Kritik an den wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Junta geübt, wir sind in der Redaktion gegen die Verfolgung der Trotzlisten und Maoisten in Nicaragua und anderswo, aber wir fühlen uns der FSLN und dem nicaraguanesischen Volk zutiefst solidarisch verbunden und wollen dies in unserer "journalistischen Solidaritätsarbeit" auch klar zum Ausdruck bringen. Dies aber läßt der Leserbrief nicht erkennen und deswegen bedauern viele von uns, daß er in dieser Form und im Artikelteil der LN erschienen ist. Seinen Abdruck als Leserbrief halten wir nach wie vor für gerechtfertigt.



JAMAICA

The harder they come ...

Trotz der durch den Internationalen Währungsfond (LN 66, 72) verordneten "austerity-policy" ist der angestrebte Aufschwung der jamaikanischen Wirtschaft ausgeblieben, während die sozialen Probleme wie erwartet größer geworden sind. Auch der politische "gun war" zwischen der regierenden demokratisch-sozialistischen People's National Party und der oppositionellen konservativen Jamaican Labour Party, der im Mai 1978 mit einem "Peace Concert" unter Mitwirkung aller namhafter jamaikanischer Reggaemusiker, Politiker und Bandenführer offiziell beendet worden war, scheint erneut einzusetzen, diesmal offenbar mit verstärkter Unterstützung der Carter-Regierung.

Welche Gründe die Mini-Krise um die Stationierung sowjetischer Truppen auf Kuba auch sonst noch gehabt haben mag, die Nervosität der USA im Hinblick auf die karibische Region ist nicht ungründet. Sind doch die "roten Inseln" in der karibischen See in letzter Zeit zahlreicher geworden (LN 73), ganz zu schweigen von den politischen Umwälzungen an den zentralamerikanischen Ufern dieses "mare nostrum" der Vereinigten Staaten. Und immer bot Kuba den Aufständischen eine hilfreiche Hand.

Jemand der schon seit Jahren keinen Hehl aus seinen Sympathien für Kuba macht ist der jamaikanische Premier Michael Manley. Ihn verbindet eine persönliche Freundschaft mit dem kubanischen Präsidenten, wenngleich ihm der Freund - abgesehen von einiger technischer Hilfe bei Schulbauprojekten und im medizinischen Bereich - bisher nur wenig materielle Hilfe bieten konnte. Auf der Gipfelkonferenz der "Blockfreien" in Havanna schürte Manley das Mißtrauen der USA gegen sich und seine Regierung weiter, indem er besonders den schon lange von seiner Partei vertretenen Forderungen nach Abzug der US-Truppen aus Guantánamo auf Kuba, Aufhebung der US-Wirtschaftsblockade Kubas und Unabhängigkeit der quasi-US-kolonie Puerto Rico erneut Nachdruck verlieh.

Doch damit nicht genug. Die Äußerungen des kubanischen Botschafters in Jamaika, Ulisis Estrada, die die Entschlossenheit Kubas zum ideologischen Kampf bekräftigten, wurden von der Oppositionspartei in eine militärische Bedrohung umfunktioniert. Sie verlangte den Abzug des Botschafters sowie aller kubanischen Ärzte und Techniker. Zusammen mit den Unternehmerverbänden rief sie eine Front zur Überwachung der Kubaner ins Leben. Manleys Partei errichtete daraufhin ihrerseits eine ähnliche Front zu deren Schutz. Es kam zu Demonstrationen, Gegendemonstrationen, Schießereien und Toten. Der neu aufflackernde politische "gun war"

wird ideologisch angeheizt von der größten Tageszeitung des Landes, dem konservativen "Daily Gleaner", dem vor kurzem der Preis für Publizistik der Columbia University (New York) verliehen worden war.

Auch Edward Seaga, der Oppositionsführer, erhielt kürzlich moralischen Zuspruch von US-amerikanischer Seite. Bei seinem Besuch in Washington Ende Oktober hinterließ er im Büro des nationalen Sicherheitsberaters Brzezinski ein Dokument, in dem die Verbindung zwischen 58 Mitarbeitern in Manleys Stab zu sowjetischen Geheimdienstagenten und zu kubanischen Sicherheitsbeamten nahegelegt wird. Dies brachte ihm das Lob ein, eine der wichtigsten Quellen des US-Nachrichtendienstes in Jamaika zu sein.



Prime Minister Manley.



Opposition Leader Edward Seaga

The oppressors are trying to keep me down ...

Die USA verfolgen im Moment zwei politische Linien in der Karibik. Sicherheitsberater Brzezinski und sein enger Mitarbeiter Pastor steuern offensichtlich mit vollen Segeln in einen kalten Krieg, während Philip Habib, der Chef einer "aid task force" für die Karibik von Außenminister Vance offenbar grünes Licht für den "Kauf" der Region erhalten hat. Im Gespräch ist u.a. ein US \$ 100 Mill. Hilfspaket zur Abwehr kubanischen und sowjetischen Einflusses in der Karibik.

In Jamaika sprechen alle Anzeichen dafür, daß es im Moment eher als Testfall für die harte Linie der US-Karibikpolitik gilt. Bei einem Treffen des Interamerican Defence Board wurden von Abgesandten des Weißen Hauses Operationen vom "Typ Korea" vorgeschlagen. Brzezinskis Mitarbeiter Pastor optierte für eine Public Relations Kampagne, die den Beginn neuer Destabilisierungsmaßnahmen gegen die Regierung Manley zum Ausdruck bringt. Zusammen mit dem nationalen Sicherheitsrat arbeitet er mit Hochdruck an der Implementierung von Carters politisch-militärischem Plan für die karibische Region.

Im US Senat gibt es Forderungen zum Einfrieren der bereits genehmigten US \$ 34.6 Mill. Hilfe für Jamaika und US-AID will Jamaika von der Empfängerliste für Nahrungsmittelkredite (US \$ 10 Millionen jährlich) streichen. Ein US Bankenconsortium hat neue Verhandlungen über die Rückzahlung einer US \$ 450 Mill. Schuld Jamaikas abgelehnt ebenso wie einen US \$ 200 Mill. "stand-by"-Kredit.

Trotz dieser Destabilisierungsmaßnahmen gibt es keine Anzeichen dafür, daß die öffentliche Meinung in Jamaika zuungunsten der Regierung Manley umschlagen könnte. Auch die vielen jungen Leute, die 1981 zum ersten Mal wählen werden, dürften sich von der konservativen JLP und ihrem Führer Seaga kaum angezogen fühlen. Auf dem letzten Parteikongress von Manleys PNP wurde D.K. Duncan mit großem Enthusiasmus erneut als Generalsekretär willkommen geheißen. Duncan, der dem linken Flügel der PNP angehört trat 1977 kurz vor der Durchsetzung des Abkommens mit dem Internationalen Währungsfonds von diesem Posten zurück, ein Akt, der allgemein als Rückschlag für die fortschrittlichen Kräfte in der Partei angesehen wurde. Duncan hat die Partei bereits zweimal zum Sieg geführt, zuletzt 1976 mit überwältigender Mehrheit.



And I keep on fighting
for the things I want
Though I know
that when you're dead
you can't
But I'd rather be
a free man in my grave
than living as a puppet
or a slave
So as sure as the sun will shine
I'm gona get my share now
what's mine
And then the harder they come
the harder they fall
one and all.
(Jimmy Cliff)

Quellen:
The Guardian
Latin American Political Report
Latin American Weekly Report
Latin American Economic Report

Friedenspreise für die Mütter der »Plaza de Mayo«

Vom 15. bis 18.11. wurde vom Verband der Evangelischen Studentengemeinden und der Izquierda Cristiana (Christliche Linke) Chiles ein "Internationales Seminar zur lateinamerikanischen Theologie der Befreiung" veranstaltet. Konkretes Ergebnis dieses Treffens war der Beschluß einiger ESGs, einen Friedenspreis zu stiften, den die Mütter der Plaza de Mayo und ein weiteres argentinisches Komitee von Familienangehörigen entführter Personen erhalten sollen. Weitere Träger des Friedenspreises sind: das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile - Lateinamerika (FDCL), Westberlin, und die Kinderhilfe Lateinamerika in Köln. Mit diesem Friedenspreis soll der Mut und das Engagement der Frauen im Kampf um die Aufklärung des Schicksals ihrer verschwundenen Angehörigen gewürdigt werden. Der Friedenspreis ist mit einem höheren Geldbetrag gekoppelt, als ein materieller Beitrag zur Unterstützung ihrer Arbeit.

Spendenaufruf

Auszug aus einem Brief einer der Mütter vom Plaza de Mayo:

"Die Machtlosigkeit gegenüber dem Staat und das völlige Fehlen von Möglichkeiten auf 'legalem' Weg Nachricht über unsere Verschwundenen zu erhalten (in dieser Situation befinde ich mich als Mutter), stürzt uns manchmal in eine verzweifelte Niedergeschlagenheit. Das ständige Herumrennen während all der Jahre, in denen die Organisation existiert, verschleißt unsere Kräfte. Das ist der Grund, warum ich verzweifelt nach Unterstützung aus dem Ausland suche: Kommissionen, Solidaritätskomitees etc. Es ist dringend notwendig, der Repression, der Folter, den Entführungen und dem Verschwinden von Menschen ein Ende zu bereiten..... Als Mutter möchte ich alle Argentinier und Europäer, die in der Solidaritätsarbeit für die in Argentinien so erschreckend mißachteten Menschenrechte stehen, inständig bitten, ohne Unterlaß weiterzumachen. Wir haben bei der langen Suche nach unseren Angehörigen festgestellt, daß die individuelle und leise Suche, die sich die Junta wünscht, keine Früchte trägt. Wir kämpfen für die Wiederherstellung der Gerechtigkeit, der Freiheit und der Demokratie in Argentinien, damit jeder Bürger in den Genuß der ihm zustehenden menschlichen Rechte kommt."

Wer sich mit einer Spende an dem Friedenspreis beteiligen möchte, der kann seinen Beitrag auf folgendes Konto überweisen:
Kinderhilfe Lateinamerika
Bank für Gemeinwirtschaft, Köln, Nr. 114 065 0300
Kennwort: Friedenspreis

Mütter für Friedensnobelpreis vorgeschlagen

Das "Italienische Solidaritätskomitee mit den Angehörigen politischer Gefangener und Verschwundener in Lateinamerika" hat dem norwegischen Auswahlkomitee für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen, den Preis den Müttern der Plaza de Mayo zu verleihen. Dieser Antrag wird von zahlreichen Abgeordneten des italienischen Parlaments unterstützt, ebenso von den SPD-Abgeordneten Jungmann, Heide Simonis und Norbert Gansel.

Zwar ist der Friedensnobelpreis durch die bisherige Vergabepaxis diskreditiert - der einfachste Weg Friedensnobelpreisträger zu werden, scheint darin zu bestehen, einen Krieg anzufangen und dann einen Friedensvertrag zu unterzeichnen (vgl. Kissinger, Begin und Sadat). Aber trotzdem würde diese Verleihung des Preises eine materielle und moralische Unterstützung des Kampfes der Menschenrechtsorganisationen in Argentinien und Lateinamerika darstellen. Daher unterstützen die Argentinien-Solidaritätskomitees diesen Vorschlag.

Im folgenden dokumentieren wir Auszüge aus der Begründung des italienischen Antrags:

"Die Unterzeichner, Mitglieder des italienischen Parlaments, schlagen die Mütter der Plaza de Mayo zum Friedensnobelpreis vor.

Wir halten diesen Vorschlag für begründet. Die Bewegung der Mütter der Plaza de Mayo leistet einen wesentlichen Beitrag zur Errichtung des Friedens.

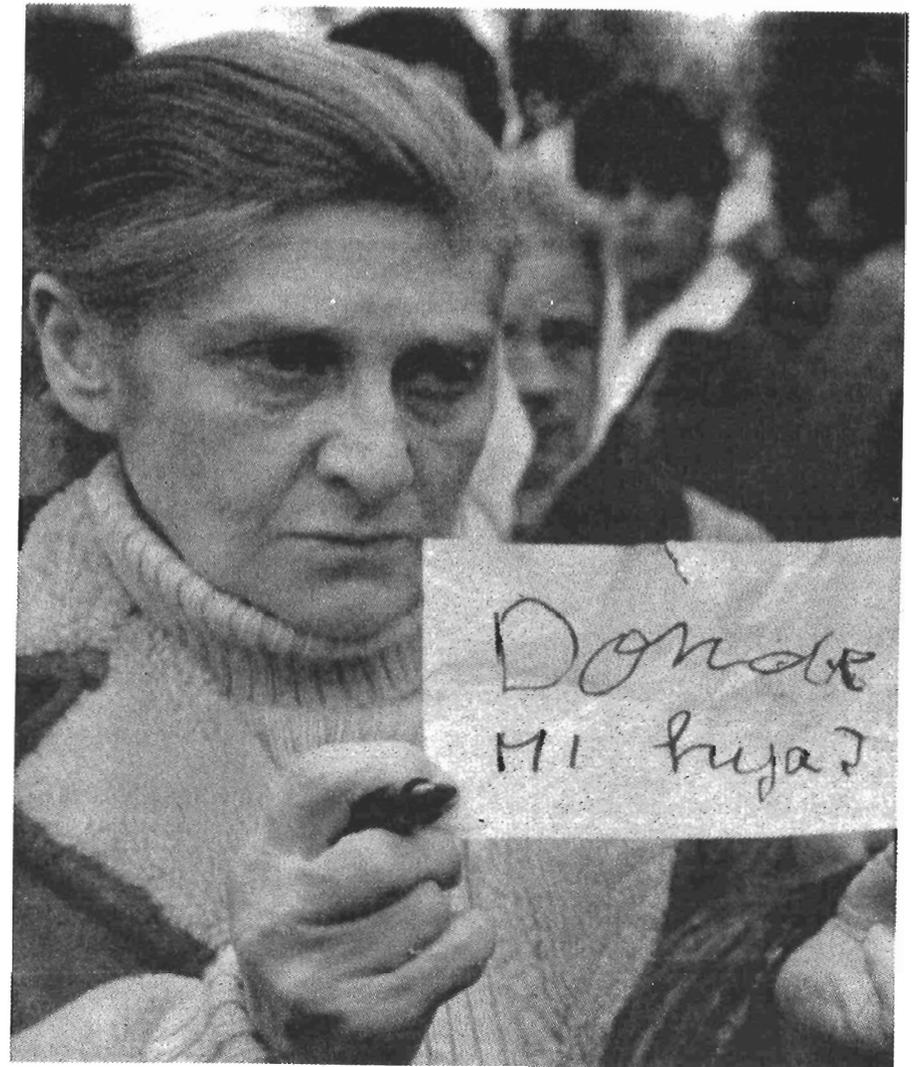
Das sozial-historische Phänomen der Mütter des Plaza de Mayo hat sich im politischen Rahmen einer brutalen und systematischen Repression entwickelt, die in der zeitgenössischen Geschichte ihresgleichen sucht. Der ungezügelt gewalt der Militärjunta setzen die argentinischen Mütter mit bewundernswerter Zivilcourage ihren gewaltlosen Protest entgegen, schweigend, voller Würde und bereit zum Opfer. Ihre Aktion ist ein einzigartiges Beispiel für das Streben nach wirklichem Frieden, der nur dann herrschen kann, wenn die grundlegenden Rechte des MENSCHEN geachtet werden.

Die Motivation der Frauen für ihren Kampf ist denkbar klar und rein: ihr Einsatz gilt der Suche nach einer Nachricht, einem Lebenszeichen ihrer Kinder und Männer, die von einem Regime verschleppt wurden, in dem weder Verfassung noch Gesetze respektiert werden. (...)

Der Kampf für den Frieden und seine Erhaltung ist für jedes Mitglied einer Gesellschaft eine Frage des Bewußtseins, des Bewußtseins, daß Aufbau und Erhaltung einer gewaltfreien Gesellschaft den bewußten Einsatz aller Menschen fordert. Gleichgültigkeit und die Tendenz zur Resignation müssen überwunden werden, denn es gibt keinen wirklichen Frieden auf der Grundlage von Resignation und Passivität der Bürger. Jeder muß bereit sein, seine Verantwortung in der Gesellschaft zu übernehmen.

Und gerade in diesem Punkt geben uns die Mütter des Plaza de Mayo ein einzigartiges Beispiel: In ihrem Kampf um die Menschenwürde sehen sie sich einem Repressionsapparat gegenübergestellt, dessen Brutalität keine Grenzen kennt.

Die Mütter verkörpern den Gegenpol zur Unmenschlichkeit der Militärjunta: Es ist die Liebe, die sich dem Terror gegenüberstellt. (...)



"WO IST MEINE TOCHTER?"

Wir sind der tiefen Überzeugung, daß die Vergabe des Friedensnobelpreises an die Mütter des Plaza de Mayo nicht nur eine Anerkennung ihrer aufopfernden Arbeit bedeuten würde, einer Arbeit, die neben ihrem individuellen moralischen Wert eine tiefe und umfassende soziale Verantwortung beinhaltet. Darüber hinaus würde eine solche Auszeichnung auch eine Aufwertung eines Beispiels von allgemeiner Gültigkeit bedeuten: des Beispiels der Notwendigkeit, durch aktives Handeln dem Despotismus die Werte des Friedens gegenüberzusetzen.

Die Verleihung des Friedensnobelpreises würde für die Mütter auch die Bedeutung einer notwendigen und gerechtfertigten Anerkennung haben. Diese Frauen, die mit stoischer Beharrlichkeit und nur mit der Waffe einer hohen moralischen Integrität ausgerüstet, sich der Militärjunta entgegenstellen, sind die legitimsten Verteidigerinnen menschlicher Rechte und menschlicher Prinzipien. Sie verteidigen die grundlegenden Werte des Christentums gegen die Zerstörung des Menschen, die die Junta unter dem Vorwand betreibt, die 'Werte des christlichen Abendlands' schützen zu müssen. (...)"

AN ALLE ARGENTINIENGRUPPEN

In Anbetracht der Vorbereitungen für die Vergabe des Friedenspreises und der Initiative zur Nobelpreisverleihung an die beiden argentinischen Menschenrechtsorganisationen, wäre es sehr gut, wenn Ihr Eure Öffentlichkeitsarbeit auf die Solidarität mit den Müttern der Plaza de Mayo konzentrieren könntet.

Die Kinderhilfe Lateinamerika, die die Koordination der - hoffentlich entstehenden - Kampagne übernommen hat, kann Euch dazu auch Material zur Verfügung stellen. Bei ihr sind zu beziehen: Postkarten, Aufkleber, Plakate (z.T. auch als Plakat mit Veranstaltungshinweisen zu verwenden).

Bezugsadresse: ARCO (Argentiniencoordination), c/o Kinderhilfe Lateinamerika Siebengebirgsallee 29, 5000 Köln 41

Petition

Wir erklären uns solidarisch mit dem Kampf der argentinischen Frauen, die bis zum 21. 12. 78 jeden Donnerstag auf der Plaza de Mayo in Buenos Aires demonstrieren und Aufklärung über das Schicksal ihrer verschwundenen Angehörigen gefordert haben.

Nach der brutalen Niederschlagung der letzten Demonstration im Dezember 78 bei der 40 Frauen festgenommen und viele verletzt wurden, kämpfen diese trotz des Verbots ihrer Versammlungen auch weiterhin darum, von der argentinischen Junta Auskunft über den Verbleib ihrer Angehörigen zu erhalten.

WIR UNTERSTÜTZEN DIE FORDERUNGEN DER ARGENTINISCHEN FRAUEN UND VERLANGEN:

- Freiheit für die 10 000 politischen Gefangenen und die sofortige Aufklärung über das Schicksal der 15 000 bis 20 000 Verschwundenen
- Veröffentlichung der vollständigen Liste der Verhafteten, Entführten und Ermordeten
- freien Zugang zu den Konzentrationslagern für international anerkannte Organisationen
- sofortige Ausreisemöglichkeit für die 500 politischen Gefangenen, deren Aufnahme die Bundesregierung zugesagt hat
- Einhaltung des in Art. 23 der argentinischen Verfassung garantierten Optionsrechts (Recht des ohne Anklage Inhaftierten, das Land zu verlassen, wenn er das Visum eines Aufnahmelandes besitzt)
- freie Rückkehr der über 300 000 politisch Exilierten

- Aufhebung des Hausarrests, der mit lebensbedrohendem Risiko verbunden ist (der unter Hausarrest Stehende ist verpflichtet, sich einmal wöchentlich polizeilich zu melden und gezwungen, alleine durch verlassene Straßen zu gehen, wobei er Gefahr läuft, entführt oder ermordet zu werden)
- Rückgabe der Gewerkschaften an die Arbeiter und Wiederherstellung der außer Kraft gesetzten Arbeitsgesetze
- volle Wiederherstellung der nationalen Verfassung, freie Betätigung der politischen Parteien und demokratische Wahlen ohne Einschränkungen.

Insbesondere verlangen wir Auskunft über den Verbleib von 98 Kindern und Jugendlichen im Alter von 2 bis 18 Jahren sowie 53 schwangeren Frauen, die nach Angabe ihrer Angehörigen von den argentinischen Ordnungskräften entführt wurden.

Wir fordern mit aller Entschiedenheit Auskunft darüber, ob diese Frauen und Kinder noch leben und wo sie festgehalten werden. Wir fordern die rasche Erfüllung der uns am 21. 6. 79 über die argentinische Botschaft in der BRD gegebene Zusicherung, jeden Fall unserer Liste einzeln zu überprüfen.

KINDERHILFE LATEINAMERIKA / KÖLN



Bitte unterstützt diese Petition mit Eurer Unterschrift. Schickt sie an den Botschafter der Republik Argentinien
Herrn Dr. Robert E. Guyer
Adenauerallee 50-52
53 Bonn 1

und einen Durchschlag an die Kinderhilfe, Siebengebirgsallee 29, 5 Köln 41

Es wäre auch sehr hilfreich, wenn Gruppen oder Einzelpersonen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Organisationen etc. ansprechen würden, damit diese die Petition unterschreiben.

URUGUAY

Rettet das Leben der politischen Gefangenen!

Im berüchtigsten Gefängnis Uruguays, PENAL DE LIBERTAD, ist möglicherweise das Leben einer großen Anzahl politischer Gefangener in Gefahr. Angehörige der Gefangenen, ehemalige Insassen und amnesty international haben in der BRD und auf internationaler Ebene dazu aufgerufen, durch öffentlichen Protest das Leben der Gefangenen zu retten.

Seit Mitte September 1979 haben sich die Haftbedingungen im Gefängnis LIBERTAD (Freiheit) durch zunehmende physische und psychische Folterungen verschlimmert. Die Häftlinge fürchten, daß damit ein Klima erzeugt werden soll, politische Gefangene auf angeblichen Fluchtversuchen zu ermorden. Bei unterstellten Fluchtversuchen sind in der Vergangenheit bereits mehrfach Gefangene erschossen worden.

Die Berichte aus dem LIBERTAD-GEFÄNGNIS sprechen von "Notstandsübungen", die zwei- oder dreimal wöchentlich stattfinden. Danach wird das Gefängnis in einen Alarmzustand versetzt, wie er zum Beispiel auch bei Ausbruchsversuchen üblich ist. Die Gefangenen werden willkürlich aus ihren Zellen geholt, getreten, geschlagen und mit Scheinhinrichtungen bedroht. Dies betrifft vor allem die Insassen des 2. Stockwerkes des Gefängnisses, wo Gefangene untergebracht sind, denen Zugehörigkeit zum bewaffneten Widerstand vorgeworfen wird. Mit besonderer Härte sollen dabei Wachoffiziere vorgegangen sein, deren Namen in den Berichten mit Grosso, Romanelli, Nuñez, Nievas, Delgado, Silveira, Sosa, Banbolla und Gurruchaga angeben werden.

Seit 1971 ist das LIBERTAD-GEFÄNGNIS das Hauptgefängnis für politische Gefangene in Uruguay. Unter schlimmsten Bedingungen sind dort 1400 Gefangene untergebracht. Nach Informationen des Internationalen Sekretariats der Juristen für die Amnestie in Uruguay (Paris) sind in der Vergangenheit in diesem Gefängnis 38 Gefangene an den Folgen von Folterungen gestorben, sechs Selbstmorde wurden bekannt und mindestens 20 weitere Gefangene starben an unzureichender medizinischer Versorgung.

Im März 1977 berichtete der "Stern" über die Situation in diesem Gefängnis, indem u. a. der Kommandant JORGE OLSINA zitiert wurde:

"17. Januar 1977: 300 Fälle von Depression, 258 Fälle von Angstzuständen und Psychose. (...) Nehmen wir irgendeinen Tag, z. B. den 24. Februar: An diesem Tag haben wir 482 Valium-Tabletten verteilt. Am 28. Februar waren es sogar mehr. Genau 500 Tabletten."

Durch breiten öffentlichen Protest muß verhindert werden, daß es nun den uruguayischen Militärs gelingt, das "Problem" der politischen Gefangenen durch einen Genozid zu lösen, um danach eine "großzügige Amnestie" einer zunehmend kritischen Weltöffentlichkeit präsentieren zu können.

BOLIVIEN

AKTUELLE ENTWICKLUNG

Die Putschistenregierung in Bolivien wurde inzwischen durch die Volksbewegung zum Rücktritt gezwungen und durch eine konservative bürgerlich-parlamentarische Regierung unter Lidia Gueiler ersetzt. Die wichtigste Aufgabe der neuen Regierung ist die Lösung der wirtschaftlichen Probleme.

Das Ende des Putsches

Unmittelbar nachdem rechte Militärführer unter Oberst Natusch Busch am 1.11.79 in Bolivien geputscht hatten, formierte sich im Land der Widerstand. Wie bereits in LN 76 berichtet, rief die COB (Gewerkschaftsdachverband) unmittelbar danach den Generalstreik aus, und auf den Straßen wurde gegen die Militärs gekämpft. Hierbei kamen insgesamt etwa 200 Personen ums Leben, 200 wurden z. Teil schwer verletzt und 100 verschwanden.

Der unerwartet starke Widerstand führte zu einer wachsenden Isolierung Natuschs. Nachdem sich bereits vorher die demokratischen Wahlfronten bis hin zum konservativen AMNR (Allianz nationalistische revolutionäre Bewegung) V. Paz Estenssoros vom Putsch distanziert hatten, distanzierte sich am 8.11. ebenfalls die ADM (Nationale demokratische Allianz, von Ex-Diktator Banzer gegründete Partei). Auch in den Streitkräften zeigten sich Spaltungen, so empfahl z. B. ein großer Teil der führenden Offiziere Natusch, doch kürzer zu treten.

Die wachsende Isolierung seines Regimes und die Gefahr eines Krieges zwischen Armeefraktionen brachte Natusch dann dazu, am 9.11. die demokratischen Freiheiten wieder einzuführen, d. h. Wiedereröffnung des Parlaments, Aufhebung des Kriegsrechts, Abschaffung der Pressezensur, Freilassung aller politischen Häftlinge und Ankündigung von Wahlen für Mai 1980. Daraufhin brach die COB, vor allem auf Betreiben der PC (kommunistische Partei, Moskau), den Generalstreik ab. Dieser hatte bis dahin 11 Mio. US\$ gekostet. Obwohl die COB den Streik abgebrochen hatte, beschloß die Bergarbeitergewerkschaft ESTMB, noch 48 Std. weiterzustreiken und erst dann aufzuhören.

Auf Betreiben Natuschs hin beginnen am 13.11. Dreier-Verhandlungen zwischen dem Militär (repräsentiert durch Natusch), dem Kongreß und der COB. Diese Verhandlungen bedeuten jedoch kein Ende der Krise. Auch die Wirtschaftskrise verschärft sich weiterhin. Zu diesem Zeitpunkt werden von der Zentralbank alle Operationen in Dollar ausgesetzt und Dollars sind nur noch auf dem Schwarzmarkt erhältlich. Die Möglichkeit einer Abwertung ist täglich gegeben. Dies führt zu einem Ansteigen der Lebensmittelpreise und einem Run auf die Geschäfte. Diese bleiben jedoch vielfach geschlossen und horten die Ware, die sie bekommen. Dementsprechend entstehen lange Schlangen vor den wenigen offenen Geschäften.

Auch bleibt latent die Spaltung innerhalb der Militärs, was zur Verhaftung von oppositionellen Militärführern wie Lopez Leyton, Gary Prado, Hermes Fellmann und Edgar Claure führt.

Am 14. 11. erklärt die COB, sie sei nicht mit der Beteiligung Natuschs am Triumvirat einverstanden; das Parlament spricht Natuschs Regierung jede Legitimität ab und fordert sie auf, sich aufzulösen. In La Paz versammelt sich die Mehrzahl der Delegierten der COB und beschließt, daß sich die COB generell nicht an einem Triumvirat beteiligen wird. Daraufhin ziehen sich die Arbeiterdelegierten aus den Verhandlungen zurück und überlassen dem Kongreß die Lösung der Krise. Damit ~~ist~~ diese Initiative gescheitert.

Am 16.11. entscheidet die Luftwaffe, angesichts der schwindenden Aussichten auf einen Erfolg des Putsches, Natusch ihre Unterstützung zu entziehen. Nicht zuletzt deshalb wird dieser gezwungen, am 16.11. seinen Rücktritt zu erklären. Nun erteilen die Streitkräfte dem Parlament alle Freiheiten, einen neuen Präsidenten zu wählen, mit Ausnahme W. Guevara Arzes. Dieser tritt daraufhin ebenfalls zurück.

Die Regierung Lidia Gueiler

Nun wird Lidia Gueiler Tejada vom AMNR vom Kongreß zur Übergangspräsidentin bis zum 8. August 1980 ernannt. L. Gueiler war seit den 40er Jahren aktiv in der Frauenbewegung tätig und gehörte bereits 1952 dem MNR (nationalistische revolutionäre Bewegung) an. Während dessen Regierungszeit wurde sie zweimal Abgeordnete. Kurz vor V. Paz Estenssors Sturz verließ sie jedoch die Partei aus Protest gegen deren Rechtsdrill und gründete gemeinsam mit dem Gewerkschaftsführer Juan Lechín Oquendo den PRIN (Partei der national-revolutionären Linken). Unter den Diktaturen Banzer und Barrientos wurde sie mehrmals verhaftet und exiliert. Nach den Wahlen von 1978 brach sie auch mit J. Lechín und ging zum AMNR zurück. Hierdurch wurde sie 1979 Abgeordnete und Vorsitzende des Abgeordnetenhauses. Nach der Wahl W. Guevara Arzes zum Präsidenten der Republik wurde sie an seiner Stelle Kongreßpräsidentin.

Bemerkenswert an der Wahl der inzwischen eine konservative Politik betreibenden Lidia Gueiler zur Präsidentin Boliviens ist, daß mit ihr zum ersten Mal eine Frau dieses Amt einnimmt.



Lidia Gueiler (Mitte) während einer Parlamentssitzung

Kurz nach der Wahl Lidia Gueilers und somit der Wiederherstellung der parlamentarischen Demokratie sagt die USA zu, ihre Wirtschaftshilfe wiederaufzunehmen. Diese soll zunächst 126 Mio. US\$ an Krediten betragen, ist somit jedoch nur eine Weiterführung des bereits vor dem Putsch angelaufenen Hilfsprogramms. Ebenfalls teilte die US-Regierung mit, daß der angekündigte Verkauf von 35 000 Tonnen Zinn auf dem Weltmarkt (ziemlich genau eine bolivianische Jahresproduktion, vergl. LN 75) zunächst ausgesetzt wird, um die "junge bolivianische Demokratie nicht zu gefährden".

Für die Zusammenstellung ihres Kabinetts bot Lidia Gueiler zunächst der UDP (demokratische Volkseinheit) und dem MNR jeweils 50% der Ämter an. Die UDP hat dies jedoch auf Grund einer Entscheidung seiner Mitglieder MNRI (linke nationalistische revolutionäre Bewegung) und MIR (Bewegung der revolutionären Linken) eine Mitarbeit in der Regierung abgelehnt. - Auch der PRIN (Partei der revolutionären Linken) lehnte es ab, mit L. Gueiler zu kooperieren. So setzt sich ihr Kabinett nun hauptsächlich aus Mitgliedern des AMNR und der PDC (Christdemokraten) zusammen und ist dementsprechend konservativ.

Kurz nach der Regierungsbildung gibt es bereits eine erneute Krise. So erklärt am 21.11. eine Gruppe von höheren Offizieren (zu denen unter anderen Gary Prado und R. SARAVIA gehören) die von Natusch eingesetzte Führung der Streitkräfte für illegal und fordert deren Absetzung. 2 Tage später ernannt Lidia Gueiler auf diesen Druck des progressiveren Teils der Streitkräfte hin neue Militärkommandeure. Dies führt zu einer erneuten offenen Spaltung der Militärs. So entsteht um den bisherigen Kommandanten der Streitkräfte, Garcia Meza, eine Gruppe, die sich gegen diese Ernennung wendet und die Kaserne von Miraflores militärisch besetzt, um ihrer Forderung nach Absetzung der neu ernannten Militärs Nachdruck zu verleihen. Lidia Gueiler bittet die Militärs um Einhaltung der Verfassung und muß am 26. 11. gegenüber Garcia Meza einlenken. Sie erklärt sich bereit, 2 von ihm ausgesuchte Männer als Kommandeure einzusetzen. Einen weiteren Coup startete das Militär, nachdem Lidia Gueiler das Departamento de Orden Politico (Politische Polizei) aufgelöst hatte. Durch einen bewaffneten Überfall auf das Innenministerium nahm es sämtliche Geheimdienstarchive an sich. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Militärs weiter verhalten.

Die neue Regierung steht unter dem Druck, schnellstmöglich Wirtschaftsmaßnahmen zu treffen und wird damit sicherlich eine erneute Krise erreichen. Das Kabinett hat sich bereits in "ständige Sitzung" begeben, um derartige Maßnahmen zu beschließen. Bei alledem bleibt die Gefahr eines erneuten Putsches bestehen.

Die aktuelle Wirtschaftslage

Wie bereits in LN 75 ausführlich dargestellt, befindet sich Bolivien seit langem in einer schweren wirtschaftlichen Krise. Hierzu gehören die hohe Auslandsverschuldung, das ständige Defizit des Staatshaushalts und der staatlichen Unternehmen, das Stagnieren der Exporteinnahmen und die wachsende Inflation. Der Übergangspräsident W. Guevara hatte im Oktober angekündigt, im Nov. ein Paket von Wirtschaftsmaßnahmen zu erlassen. Vorgezogen hatte er bereits ein Dekret, nach dem vor jedem Import von Luxusgütern 500 % ihres Wertes in ein Depot eingezahlt werden müssen, eine Maßnahme, die zunächst von der Arbeiterbewegung begrüßt und vom Unternehmerverband abgelehnt worden war.

Natusch Busch, der W. Guevara am 1.11. stürzte, begründete seinen Putsch u.a. mit dem Ausbleiben von Wirtschaftsmaßnahmen. Kaum an der Macht, annullierte er das o.g. Dekret Walter Guevara's. Er ließ ebenfalls die Banken schliessen, da eine zu große Nachfrage nach Dollars bestand. Während die Banken geschlossen waren, hat seine Regierung ca. 3,5 Mio. US \$ von der Zentralbank abgehoben, wovon der größte Teil für das Innenministerium bestimmt war. Denunziert wurde diese illegale Maßnahme durch Marcelo Quiroga vom PS - 1 (Sozialistische Partei), der als Beweis für die Richtigkeit seiner Behauptung eine Fotokopie des Belegs der Zentralbank vorlegte. Da die Banken geschlossen waren, entstand ein Schwarzmarkt des Dollars, wobei sich der Wechselkurs auf ca. 26-28 Pesos für einen Dollar einpendelte (offizieller Wechselkurs: 20 Peso = 1 US \$). Eine Abwertung schien immer wahrscheinlicher. Dementsprechend stiegen die Preise vieler Waren bis zu 25 %, und es entstand eine Lebensmittelknappheit.



Zur selben Zeit setzten sich Delegierte der Regierung Natusch, u.a. der Finanzminister, mit einer Delegation des IWF (Internationaler Währungsfonds) zusammen, um Wirtschaftsmaßnahmen für Bolivien auszuarbeiten. Der Vorschlag des IWF sah hauptsächlich Preiserhöhungen für Brennstoffe, und eine Abwertung des Peso vor. Da Bolivien in jeder Beziehung (auch in Bezug auf Grundnahrungsmittel) stark importabhängig ist, zieht eine Abwertung sofort einen ungeheuren Preisanstieg nach sich, der durch zu geringe Lohnerhöhungen nicht ausgeglichen wird. Das bedeutet, daß die Kaufkraft der ärmeren Bevölkerung erheblich sinkt. Positiv wirkt sich eine Abwertung nur für den exportierenden Sektor aus, was hier besonders die Bergbaubourgeoisie und den Staat, der über COMIBOL (Nationale Minengesellschaft) der größte Rohstoffexporteur des Landes ist, begünstigt. D.h. die Folgen der Wirtschaftskrise sollten wie üblich auf dem Rücken der ärmeren Bevölkerung ausgeglichen werden. Bevor Natusch jedoch dazu kam, dieses Wirtschaftspaket zu realisieren, mußte er bereits zurücktreten.

Die Aufgabe zur Lösung der Wirtschaftskrise ist nun auf die Regierung Gueiler übergegangen. Sie hat zunächst die Banken wieder geöffnet und das Kabinett befindet sich nun in "ständiger Sitzung" um eine Lösung zu erarbeiten. Die Regierung muß einerseits den Vorstellungen des IWF Rechnung tragen, und zum anderen wird sie von der Arbeiterschaft mit nur zu gerechtfertigten Forderungen nach Lohnerhöhungen unter Druck gesetzt. So hat die CCB bereits ein Dokument zur politischen Ökonomie erarbeitet, indem sie die Erhöhung der Löhne und Gehälter, die Mithestimmung der Arbeiter und eine Neufinanzierung der Auslandsschuldung verlangt.

Auf Grund der konservativ-bürgerlichen Zusammensetzung der neuen Regierung ist allerdings kaum mit fundamental anderen Maßnahmen als den von ihren Vorgängern angestrebten zu rechnen.

Kurz vor Redaktionsschluß erreichte uns die Nachricht, daß die "ständige Sitzung" des Kabinetts inzwischen Ergebnisse hervorgebracht hat. Die Regierung hat den Peso um 25% abgewertet, dementsprechend steigen jetzt die Preise. Gleichfalls hat sie die Preisbindung für Benzin aufgehoben und der Benzinpreis ist inzwischen fast auf das Doppelte gestiegen. Daraufhin haben Busse und Taxis ihre Preise erhöht.

Im ganzen Land gibt es Unruhen wegen dieser Maßnahmen, die, wie vorherzusehen war, die Arbeiter und Bauern am stärksten treffen. Demonstrierende Bauern haben Straßensperren errichtet und vereinzelt Plünderungen durchgeführt. In Copacabana wurden das örtliche Hotel und andere Gebäude mit Steinen beworfen und es kam zu Unruhen. Im Norden Boliviens, in den Städten Riberalta, Trinidad, Cobija und Guayara-Merin wurde gar der Generalstreik ausgerufen. Nähere Informationen über den Widerstand der Bevölkerung lagen bis Redaktionsschluß nicht vor.

Veränderung der politischen Fronten

In den letzten Wochen, bedingt durch die Ereignisse des Putsches, haben sich entscheidende Veränderungen der Parteienkonstellationen ergeben.

Der AMNR scheint zunächst samt seinem Führer V. Paz E. vom Putsch gewußt und ihn unterstützt zu haben. Paz E. hat sich jedoch schon in den ersten Tagen des Putsches, anscheinend von dessen Erfolglosigkeit überzeugt, hiervon distanziert. Dies trug ihm den Vorwurf Natuschs ein, ihn verraten zu haben. Der zweitwichtigste Mann im MNR, Guillermo Bedregal, stand jedoch weiterhin offen hinter den Putschisten und wurde daraufhin mit seinen Anhängern aus dem MNR ausgeschlossen. Die christdemokratische Partei hat während des Putsches ebenfalls den MNR verlassen, und auch der PRA (authentische revolutionäre Partei) Guevara Arzes ist ausgetreten. Somit ist von diesem ehemals breiten Bündnis der bürgerlich-konservativen Kräfte nicht viel übrig geblieben. Dafür hat jedoch die Partei Paz Estenssoros der MNR Historico die meisten und wichtigsten Kabinettsposten in der Regierung Gueiler inne.

In der UDP (demokratische Volkseinheit) haben ebenfalls entscheidende Veränderungen stattgefunden. 2 wichtige Führer, Abel Ayora vom MNRI und Edil Sandóval Morón (bei den Wahlen 1978 Vizepräsidentenkandidat der UDP), waren ebenfalls am Putsch Natuschs beteiligt und mit ihnen einige andere MNRI-Mitglieder. Die am Putsch Beteiligten wurden inzwischen alle aus der UDP ausgestoßen.

Auch ist der schwelende Zwist zwischen PC und MIR offen ausgebrochen. So hatte der PC bei den Dreier-Verhandlungen zwischen Militär, Kongreß und COB, gemeinsam mit dem MNRI und der ADN für Natusch als Mitglied eines Triumvirats gestimmt. Das führte dazu, daß der MIR sich öffentlich vom PC distanzierte und bekannt gab, daß er mit dieser Partei nichts mehr zu tun haben wollte.

Ein weiterer Konflikt innerhalb dieses Bündnisses entstand durch das Angebot Lidia Gueilers, 50% der Kabinettsitze an die UDP zu vergeben. Das wurde vom MNRI und MIR, den beiden größten Parteien der UDP, ohne Rücksprache mit den anderen 11 Gruppierungen, die

für eine Regierungsbeteiligung waren, abgelehnt. Diese verfassten daraufhin ein Dokument, in dem sie die MNRI- und MIR-Führung scharf angriffen. Das gemäßigte Linksbündnis UDP zeigt also ebenfalls Auflösungserscheinungen.

Eine neue Parteigründung gab es von seiten Roberto Jordan Pando (MNR). Diese neue Gruppe setzt sich aus Teilen des MNRI, PRA, Christdemokraten, KP, APIN (Volksallianz der nationalen Linken) und einem Teil des FSB (sozialistische Falange, rechte Partei) zusammen.

Es bleibt abzuwarten, ob sich im weiteren Verlauf die alten Wahlfronten AMNR und UDP wieder stabilisieren, oder ob es bei den nächsten Wahlen neue Konstellationen geben wird.

Während der Organisation des Widerstandes gegen den Putsch zeigten sich auch innerhalb der Arbeiterbewegung Spaltungen. So ging die Beendigung des Generalstreiks durch die COB hauptsächlich auf die KP zurück, während die anderen Parteien damit nicht einverstanden waren. Dies zeigte sich auch im Weiterstreiken der FSTMB und in Siglo XX, Catavi, wurde gar eine Generalversammlung abgehalten, bei der das Verhalten der Gewerkschaftsführung als veräterlich bezeichnet wurde und man eine Befragung der verschiedenen Sektoren über einen allgemeinen und unbefristeten Generalstreik forderte. Auch über das Verhalten der COB in den Dreier-Verhandlungen gab es Differenzen.

Quellen: Coyuntura, Presencia, FAZ, Süddeutsche, TAZ

Leserbrief

Freunde aus La Paz haben in einem Brief ihre Eindrücke während der Putschtage geschildert.

1. November

Nachts um 2.30 h. putscht Oberst Natusch Busch, der unter Banzer Landwirtschaftsminister war. In La Paz besetzt Militär die Hauptverkehrsadern, den Regierungspalast und das Innenministerium. Auf der Plaza Murillo stehen 38 Panzer. Gestern war die Konferenz der Organisation der Amerikanischen Staaten in La Paz zu Ende gegangen. Auf der Plaza San Francisco hatte sich eine grosse Menschenmenge versammelt und den Erfolg Boliviens auf dieser Konferenz gefeiert. Busse mit dem Aufkleber "Demokratisches Bolivien" durch die Stadt. Sollte dies alles nach nur etwa drei Monaten Präsidentschaft eines einigermaßen demokratisch gewählten Präsidenten zu Ende sein?

2. November

Relative Nachrichtensperre der nichtstaatlichen Sender, die Solidaritätsdurchsagen für die neue Regierung durchgeben müssen. Tageszeitungen erscheinen mit Berichterstattung über die neue Regierung und über die Pressekonferenz Guevara Arzes, der aus dem Untergrund weiterregiert und zum Widerstand aufruft. Seit gestern ist der Generalstreik ausgerufen. Es gibt kein Benzin mehr, die wichtigsten Nahrungsmittel fehlen, die Preise sind hochgeschossen. Der Ausnahmezustand ist ausgerufen, Ausgangsperre ab 22 Uhr. Die USA haben die Wirtschaftshilfe eingestellt.

3. November

Gegen 22 Uhr sendet Radio Fides Ereignisse des Tages:

- Bericht des Generalsekretärs der COB, dem bolivianischen Gewerkschaftsdachverband, über seine Unterredung mit Natusch: klare Aussage, dass die Arbeiter und Campesinos die Wiederherstellung des Demokratisierungsprozesses fordern und auf dieser Position kämpferisch verharren werden, ebenso auf der Wiedereinberufung des Kongresses.
- Telefongespräch Guevara Arzes mit Radio Fides: totale Verdammung dieser Gruppe von Abenteurern; er beschwört die Armee sich nicht von diesen Leuten erpressen zu lassen.
- Botschaft Padillas an Militärs: Putsch sei Betrug am Volk, grosser Schaden für die Armee und das bolivianische Volk.
- Kabinett Guevaras trifft sich mit COB; Guevara will auf der Seite der Arbeiter kämpfen.
- Polizisten der Guardia Nacional de la Seguridad Pública überreichen der COB ein Kommuniqué, in dem sie den Putsch verurteilen.
- COB verlängert den Generalstreik um 48 Stunden bis einschliesslich Montag, 5. November.
- Natusch trifft sich mit Oberbefehlshabern, politischen Führern und Bürgern der verschiedensten Sektoren.
- Berichte aus anderen Städten Boliviens über Antiputsch-Manifestationen

Deutsche Welle: Situation Boliviens ist unklar. Teile des Militär seien gegen die neue Regierung. Wir hegen, wie viele, die Hoffnung, dass am nächsten Morgen der Putsch nur noch ein böser Traum war.

4. November

Aber im Gegenteil: In der Nacht hatte Natusch in einer Fernsehansprache die Massnahmen der Regierung und ihre strikte Anwendung bekanntgegeben: Kriegsrecht, Ausgangsperre, Aufrechterhaltung der Sperrung des Kongresses. Die COB wird als kriminelle terroristische kommunistische Gruppe dargestellt.

Im Radio laufend Durchsagen über Gruppen, die sich mit der neuen Regierung identifizieren. Es herrscht totale Pressezensur; das Fernsehen ist in Regierungshand, ebenso die Radiosender, die gleichgeschaltet sind oder aber gar nicht mehr senden. Zeitungen sind nicht erschienen.

Der Markt ist geöffnet, rappe voll von Leuten, die sich noch eindecken. "E" ruft an, ist ziemlich fertig, da ihr Mann, politisch sehr aktiv, über schlimme Dinge berichtete: anscheinend mindestens 200 Tote bei Schiessereien in der Nacht. Auf Menschen mit erhobenen Armen wurde brutal geschossen. Die Haltung von Teilen der Militärs sei noch unklar. Die Polizei stehe auf Seiten des Volkes, jedoch habe sie, obwohl darum gebeten, keine Waffen zur Verfügung gestellt; sonst wäre es schon in der Nacht richtig losgegangen.

Um 12 Uhr donnern Düsenjäger über die Stadt und schießen (wahrscheinlich mit Platzpatronen zum Einschüchtern); immer wieder im Laufe des Nachmittags Schüsse und Düsenjäger.

Nachts wieder Schüsse. Einige hundert Meter von unserem Haus wird ein Haus belagert und beschossen. Man vermutet Regimefeinde darin. Mit aller Deutlichkeit versuchte man die Bevölkerung darauf hinzuweisen, dass am nächsten Tag (Montag) der Streik, der seit Tagen die Stadt lahmgelegt hatte, zu beenden sei - unter Androhung kategorischer Anwendung des Kriegsrechts.

5. November

Der Markt ist geschlossen, aber kleine Lebensmittelläden haben noch Konserven, aber Brot, Butter, Bier, Hefe, Mehl Fleisch... gibt es nirgends mehr.

Um 10 Uhr war Juana zurückgekommen.

Auf der Calle Buenos Aires sei alles voller Blut, Läden ausgebrannt ihr Vater sei mit anderen Campesinos nach La Paz zum kämpfen gekommen; ihr Onkel sei wohl tot, da er nicht mehr aufgetaucht sei (kämpfte als Polizist gegen die Militärs): Ihre Schwester, die bei einem bekannten Politiker arbeitet, sei mit deren drei Kindern allein, da die ganze Familie untergetaucht sei. Auch Juana durchschaut ganz klar die ganze Lügenpropaganda im Fernsehen.



Das Volk kämpft mit Steinen gegen Panzer

"G" erzählt, dass am Samstag Abend anscheinend eine riesige Menschenmenge (man spricht von 30.000) auf der "Buenos Aires" demonstriert habe, das Volk habe nach Waffen geschrien. Panzer rollten die Leute, die sich nicht mehr retten konnten, nieder. Der Plan sei es nun, sich aus Überfällen auf Kasernen Waffen zu beschaffen.

Der Streik soll trotz Drohung mit Kriegsrecht am Dienstag aufrecht erhalten werden.

Im Radio und Fernsehen offizielle Propaganda-Berichterstattung mit Solidaritätserklärungen für das neue Regime. Es herrsche totale Ruhe und Normalität im Lande; Filmbereich über La Paz haarsträubend: Busse fahren, kein Wort von Barrikaden, Toten, Widerstand. Ausländische Terroristen würden gegen Bolivien arbeiten und auf Frauen und Kinder schießen. 800 Kubaner und extremistische Scharfschützen brächten Blut über die bolivianische Familie. Nachrichten im Fernsehen lassen uns das Blut in den Adern stocken: Costa Rica, Frankreich, Italien, BRD, Belgien, Holland, Grossbritannien hätten die neue Regierung anerkannt, laut Reuter. (Auch dies war eine Falschmeldung)

Das Volk ist aufgebracht; es versucht, in selbstmörderischer Verzweiflung gegen das Regime zu kämpfen: mit Stöcken und Steinen werden Panzer angegriffen.

Auch die Bourgeoisie ist über den Putsch entsetzt, nicht, weil sie so viel zu verlieren befürchten müsste, da gelten andere Gründe wie Prestigeverlust im Ausland.

Im Fernsehen wieder Lügenmärchen:

Dazu Zeichentrickfilme, Spiel ohne Grenzen aus Deutschland und James Last Starparade, und auch ein altes Bundesligaspiel.

6. November

Juanas Vater und Bruder kommen und erzählen allein von 5 Toten aus ihrem Freundeskreis! Man habe sie in einer der Kliniken gefunden. In diesem Moment zittern Tausende von Menschen, verhaftet zu werden, weil sie für mehr Gerechtigkeit eingetreten sind. Wie viele sitzen schon in den Gefängnissen und werden gefoltert? Wie viele beweinern ihre Toten und wie viele leiden unter ihren Schmerzen?

Heute Morgen erscheint zum erstenmal wieder die liberale Tageszeitung der Katholiken "Presencia".

7. November

Der Generalstreik scheint doch ganz massiv weiterzugehen. Die wichtigsten Sektoren - Minenarbeiter, Industriearbeiter, Banken - streiken.

"B" berichtet, dass viele Mütter ins Zentrum Don Bosco kommen, um für Milch für ihre Kleinkinder zu bitten, die zum Teil im Sterben liegen.

Er habe von Augenzeugen gehört, dass ganze Lastwagen voller Leichen nach Rio Seco transportiert würden. In Alto Lima, eines der grössten Armenviertel des Alto, hat gestern Nacht anscheinend ein Massaker mit 50 Toten stattgefunden, bei Hausdurchsuchungen seien die Leute nur so abgeknallt worden.

In einer Fernsehansprache um 20 Uhr fordert Natusch das Parlament und die COB auf, zu einer Zusammenarbeit zu kommen, hebt die Pressensur und den Ausnahmezustand auf.

Im Fernsehen verfolgen wir das Communiqué der COB, die ihre Bedingungen bekanntgibt: Entlassung aller polit. Gefangenen, Autonomie der Uni, freie Gewerkschaftsentfaltung, freie Parlamentsarbeit...

"G" ruft um 21 Uhr an: es sei möglich, dass eine Regelung zustande käme. Lechin sei aus dem Untergrund aufgetaucht; Vorschlag der Putschistenregierung, ein Triumvirat aus Militär/COB/Parlament zu bilden. COB habe diesem Vorschlag zugestimmt; Lechin wolle zwar nicht Mitglied des Triumvirats sein, COB habe aber das Ende des Generalstreiks für den kommenden Tag ausgerufen.

Inzwischen stellt sich die Zustimmung zur Mitarbeit der COB im beabsichtigten Triumvirat als Fälschung heraus. Lechin distanziert sich eindeutig davon; COB wird seine Unabhängigkeit bewahren. Über den von der COB ausgerufenen Abbruch des Generalstreiks herrscht jedoch allgemeines Unverständnis. Erste Reaktionen des Unwillens aus den Minen und der Universität. Der Streikabbruch wird als Verrat an denen betrachtet, die unter Einsatz ihres Lebens erbittert gegen das Terrorregime gekämpft hatten. Minen- und Fabrikarbeiter, mit Unterstützung der Studentenvereinigung, kündigen die Fortsetzung des Generalstreiks für den nächsten Tag an und fordern eine Erklärung der COB-Führer über ihre Entscheidung.

Über die neue Perspektive sind wir völlig aufgeregt, aber auch skeptisch und mit gespaltenen Gefühlen. Wie kann die COB del Generalstreik abbrechen, ohne die Gewissheit zu haben, dass erreicht wird, Natusch wegzufegen und zumindest einen fortschrittlichen Militär ins Triumvirat zu bekommen? Nach dem vielen Blutvergießen tendiert man dahin, einen Kompromiss zu akzeptieren und so die schärfste Repression abzumildern. Aber was nun, wenn Natusch nicht zurücktritt?

8. November

Der Kongress hat nichts erreicht bis jetzt. Die Minen und Fabrikarbeiter streiken. Padilla, der aus dem Untergrund aufgetaucht ist, stellt sich als Vermittler zwischen Regierung und Kongress zur Verfügung.

Guevara Arze spricht vor dem Kongress und hält internationale Pressekonferenz ab. Sofort mit Einsetzen der Pressefreiheit, am Vorabend setzte eine mutige kompromisslose Berichterstattung mit den härtesten Angriffen auf Putschisten und Armee in den unabhängigen Radiosendern ein - eine in der derzeitigen ungeklärten Situation bewundernswerte Form des verbalen Widerstands!

Auszug aus SAGO Informationsblätter über Bolivien

Spendet für die fortschrittlichen Kräfte im Kampf für die Demokratie in BOLIVIEN

Postscheckkonto Berlin - West, E. Kohut
Nr. 380 087 - 108; Kennwort: BOLIVIEN

CHILE

Proteste, Streiks — Vorbeugend zuschlagen

Kaum hat die chilenische Oppositionsbewegung einige Zentimeter an Boden gewonnen, zeigt Staatspräsident Pinochet, wer der Herr im Hause ist: Auf die beiden ersten Streiks seit 6 Jahren, an denen sich ca. 5000 Arbeiter beteiligten und auf eine Massendemonstration von ca. 15 000 Menschen anlässlich der Beerdigung von 19 "Verschwundenen", die in einem Massengrab bei Yumbel entdeckt wurden, antwortete Pinochet mit einer Presseerklärung, in der er äußerte: "Ich will nicht, daß wir zur alten Demokratie zurückkehren. Die Militärregierung wird den eingeschlagenen Weg fortsetzen." Zwei Wochen später läßt Pinochet 104 Christdemokraten bei einer Tagung festnehmen, bei einer Großrazzia werden 400 Personen verhaftet, ein Mann, der sich angeblich seiner Verhaftung widersetzt, wird erschossen. Und auch dem Zorn der Carter-Administration zeigt die Militärregierung die kalte Schulter.

Beerdigung als Massendemonstration

Vor einem Jahr wurde die chilenische Öffentlichkeit von einem Leichenfund in einer stillgelegten Kalkmine unweit von Lonquén erschüttert, bei dem es sich um Menschen handelte, die von der Polizei kurz nach dem Militärputsch ermordet wurden und seitdem als "verschwunden" galten. Die nachlassende Angst in der Bevölkerung führte im letzten Monat zu zwei weiteren Entdeckungen von Massengräbern. Auf dem Zentralfriedhof von Santiago wurden 300 Tote gefunden, die "außerhalb legaler Verfahren" beerdigt worden waren. Ein anderes Massengrab mit den sterblichen Überresten von 21 Menschen wurde in Yumbel (500 Km südlich von Santiago) entdeckt. Die Beisetzung der Urnen nach der gerichtsmedizinischen Untersuchung führte zur größten Demonstration seit 1973.

Am Morgen der Beerdigung zelebrierte der Hilfsbischof von Concepción, Alejandro Goic, in der Pfarrei San José eine liturgische Messe zu Ehren der Toten. In seiner Predigt verglich er die Ermordeten mit dem Heiligen Stefan, der von dem größten Christenverfolger der römischen Geschichte, Diokletian, zum Tode verurteilt worden war. Der Heilige Stefan sei aus demselben Grund wie die Toten von Yumbel ermordet worden, nämlich weil er, genauso wie jene, die Wahrheit, die Gerechtigkeit, die Freiheit und Jesus liebte. Ein solcher Vergleich besagt nichts anderes, als daß die Mörder und ihre Befehlshaber gottlose Christenverfolger sind, die größte Beschimpfung, die sich ein Bischof einfallen lassen kann. Im Anschluß an die Messe formierte sich der Beerdigungszug zur Kirche von Laja. An diesem Zug nahmen allein aus der 500 Km entfernten Hauptstadt Santiago mehrere hundert Personen teil, die mit großen Reisebussen angereist waren. Nach dem Abschlußgottesdienst in Laja begann das eigentliche Begräbnis. Statt des Trauerzuges bildete sich eine Demonstration von ca. 15 000 Personen, die ihren Protest gegen die Verbrechen der Militärregierung mit politischen Parolen zum Ausdruck brachten. Da sich während des

Marsches kein einziger (!) Polizist zeigte, zogen die Demonstranten vor das Hauptquartier der Polizei und machten ihrer Empörung durch laute Sprechchöre Luft.

Lohnraub und Raublohn

Sehr gelegen mußte wohl den chilenischen Militärs ein Überfall kommen, der sich am Samstag, den 24. November ereignete. Ungefähr 70 bewaffnete Personen postierten sich am Nachmittag vor dem Supermarkt 'Agas'. Die Waffen brachten sie nicht etwa in ihren Fahrzeugen mit, sondern entnahmen sie einem schon vorher abgestellten Speiseeiskarren. Kurz danach traf der von ihnen erwartete Geldtransporter der "Banco de Concepción", der die Tageseinnahmen des Supermarktes abholen sollte, ein.

Bei dem dann beginnenden Feuergefecht, das ca. 5 Minuten dauerte, wurde ein Begleitpolizist getötet und ein anderer schwer verletzt. Bei dem Versuch, die Tür des Geldtransporters zu öffnen, und die darin befindlichen 4,5 Mio. Pesos zu rauben, trafen weitere Polizisten ein, so daß den Tätern nur noch die Flucht blieb. Nach Darstellung der chilenischen Tageszeitung El Mercurio blieb den "jugendlichen Räubern" aber noch Zeit genug, eine chilenische Fahne mit dem Widerstandssymbol 'R' an die Fassade des Supermarktes anzubringen.

Von der chilenischen Rechtspresse wird dieser Überfall eindeutig als "kriminelle" Aktion der linksextremen 'Movimiento de Izquierda Revolucionaria (MIR) bezeichnet. Diese Darstellung liegt durchaus im Bereich des Möglichen, genauso möglich ist aber auch, daß die Täter nicht das Geringste mit irgendeiner Partei der Linken zu tun haben. Eine dritte Möglichkeit ist, daß der Geheimdienst selbst hinter dieser Aktion steckt, um den Vorwand zu haben, gegen die Linke erneut zuschlagen zu können. Welche dieser drei Versionen die wahrscheinlichste ist, läßt sich heute noch nicht sagen. Fest stehen jedoch bereits die ersten Folgen der einsetzenden Fahndung.

Die Opfer der Fahndung

Bei einer "routinemäßigen" Straßenkontrolle wurde am Dienstag, den 27. November, von der Polizei ein Taxi gestoppt, in dem, so El Mercurio, der "gefährliche Extremist Andrés Fernando Fuenzalida Z., Aktivist des MIR" saß. Nach Darstellung der Polizei war Fuenzalida bis an die Zähne bewaffnet, nämlich mit einer Maschinenpistole, einer Handgranate und einer Pistole. Unglaublich ist diese Version allein deshalb, weil wohl kaum ein Extremist drei Tage nach einem aufsehenerregenden Überfall und der zu erwartenden Fahndung mit einer MP in einem Taxi spazieren fährt. Laut Polizei zog Fuenzalida die Pistole und eröffnete aus dem Taxi heraus das Feuer. Ohne jedoch einen der Carabiferos verletzt zu haben, wurde Fuenzalida erschossen. Über eine Verletzung des Chauffeurs wurde nichts bekannt.

Zwei weitere Personen, von der Presse ebenfalls als Angehörige des MIR bezeichnet, suchten am gleichen Tag vor solchen Fahndungsmethoden Schutz in der kanadischen Botschaft. Im Fall der Ablehnung des Asylgesuchs drohten sie mit Selbstmord und baten um die Vermittlung eines Priesters. Da für den kanadischen Botschafter in Chile, Glenn Buick, das politische Asyl nicht existiert, weil es zwischen beiden Staaten kein Abkommen über Asylpraxis gibt, übergab der Botschafter die Flüchtlinge nach knapp 12 Stunden kurzerhand der Polizei. Damit ist nicht "Völkerrecht" gebrochen, sondern lediglich die Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen. Und wen

interessieren schon die Menschenrechte?

Zum größten Schlag im Zuge dieser Fahndung holte die Polizei am Tag darauf, am Mittwoch, den 28. November, aus. In einem Vorort von Santiago wurden im Verlauf einer Großrazzia zwischen 400 (AFP) und 600 (IPS) Personen verhaftet. Über das Schicksal dieser Menschen ist bis zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses (6.Dez.) nichts bekannt.



An die Öffentlichkeit
Herr Pinera, dies ist Ihr Arbeitsgesetz
Weil wir gerechte Löhne fordern, nehmen
sie uns, was wir in so vielen Jahren
gewerkschaftlichen Opfers gewonnen haben.
Heute streiken wir – und morgen was?
(Das Gewerkschaftslokal trägt noch den alten Firmennamen INSA)

5000 Arbeiter im Streik

"Eigentlich" waren die beiden Streiks, die im November in Chile stattfanden, nicht zu erwarten gewesen – denn dasselbe Arbeitsgesetz, das sie theoretisch erlaubte, schloß sie praktisch aus. Was der Arbeitsminister angesichts der Boykott-Drohungen internationaler Gewerkschaftsverbände Anfang dieses Jahres zugesagt hatte, ist natürlich nur eine Atrappe, nicht eine wirkliche Waffe im Klassenkampf. Daß chilenische Arbeiter trotz – dem zu dieser "Waffe" griffen, ist vor allem politisch zu verstehen. (Zu den wesentlichen Bestimmungen dieses Arbeitsgesetzes vgl. LN 74, S.14 f)

Fast gleichzeitig begannen die Streiks – der eine bei der US-Reifenfirma "Good Year" am 8. November in Santiago, der andere einen Tag später im (staatlichen) Stahlwerk CAP bei Concepción. Vor allem die Good-Year -Arbeiter erwiesen sich als militant und – relativ – erfolgreich. Ihrer Forderung auf Erhöhung der Löhne um 50 % stellte Good Year nur das Angebot gegenüber, einen Inflationsausgleich zu zahlen aufgrund des realitätsfernen staatlichen Preisindex. Erst in einer zweiten Runde bot das Unternehmen 6,8% reale Erhöhung; ein Teil der Arbeiter, die ebenfalls den Streik beschlos-

sen hatten, nahmen dieses Angebot in letzter Minute an. Die "Betriebsgewerkschaft Nr. 1" ,620 Mitglieder, trat jedoch in Streik.

Zu erläutern ist folgendes: Seit dem Putsch 73 haben die Arbeiter im Schnitt einen Einkommensverlust von 40% erlitten (das ist die niedrigste der uns vorliegenden nicht-staatlichen Berechnungen); die Forderung nach Lohnerhöhung um 50 % ist daran zu messen.

Was die chilenischen Arbeiter in diesem Fall zusätzlich erbittern muß: Good Year gehört zu den staatlichen Betrieben, die unter der Diktatur an privates, meist ausländisches Kapital verschleudert werden. Die Ausbeutungsbedingungen kann man sich anhand folgender Einstellungsbedingungen vorstellen: wer nach 30 Tagen nicht die gleiche Produktivität erreicht wie ein erfahrener Arbeiter, wird nicht angestellt; außerdem wird verlangt 1,70 m Mindestgröße und bundesdeutschem Abitur entsprechender Schulabschluß (HOY 121).

Die Arbeiter stellten aber nicht nur wirtschaftliche Forderungen, sie protestierten auch gegen das Arbeitsgesetz. Um dem Nachdruck zu verleihen, organisierten sie mit ihren Frauen und Kindern einen Marsch durch Santiago zum Arbeitsministerium (wo sie natürlich nicht angehört wurden) - die erste Protestkundgebung dieser Art in den 6 Jahren Diktatur. Außerdem richteten sie nach alter Tradition eine Gemeinschaftsküche ein, um die Streiktage besser durchzustehen. Schon früher konnten streikende Arbeiter in der Regel nicht auf Gelder aus der Gewerkschaftskasse rechnen; heute müssen sie auf alle Fälle erst einmal zu-zahlen: nämlich den Arbeitgeberanteil an den Sozialabgaben. 16 Tage dauerte der Streik, dann nahmen die Arbeiter das neue Angebot an: 26-27% einschließlich Inflationsausgleich.

Unter wesentlich anderen Voraussetzungen verläuft der Streik im Stahlwerk CAP; die erste Schwierigkeit: die Gewerkschaftsführung für den Arbeitskampf zu gewinnen, die ihn als "selbstmörderisch" ablehnt. Erst als mit 84 % der Stimmen der Streik beschlossen wird, vertritt sie widerstrebend die Forderungen der Arbeiter.

Auch dieser Streik hat seine Vorgeschichte: Bereits im August hatten die Stahlarbeiter einen Inflationsausgleich gefordert, als Protestmaßnahme hatten sie gleichzeitig die Werkskantine boykottiert und Überstunden verweigert (vgl. LN 75, S. 43 f.). Zähneknirschend akzeptierten sie damals nach 14 Tagen mit knapper Mehrheit die 3,6 %, die das Unternehmen bot - was fast genau dem Preisanstieg eines Monats entsprach! - akzeptierten u.a. in der Erwartung, bei den im Oktober fälligen Lohnverhandlungen gerechte Löhne durchsetzen zu können.

Die CAP-Arbeiter wissen, daß ihr Streik ein Mittel der Verzweiflung ist - von der Lohnlücke her gesehen ein selbstmörderischer Streik. Aber es geht auch darum, gegen das Arbeitsgesetz zu protestieren.

"Den ken Sie nicht an Ihre Zukunft?" fragt ein Journalist einen Arbeiter. - "Genau deshalb streike ich, und wegen der Kinder." 100 % Lohnerhöhung verlangen die Arbeiter, 15 % bietet das Unternehmen, einschließlich Inflationsausgleich (für den entsprechenden Zeitraum beträgt die Inflation 11 %).

Das Unternehmen zeigt sich unnachgiebig, nach neun Tagen stimmt eine knappe Mehrheit (52 %) für Beendigung des Streiks. Aber was alle wissen, wird mit zunehmender Offenheit jetzt ausgesprochen: mit diesem Gesetz zu streiken, ist sinnlos; es kann nur gegen dieses Gesetz geschehen, wenn z.B. der Streik über den einzelnen Betrieb hinausgreift. Einige Gewerkschaftsführer offiziell verbotener, aber de facto existierender Gewerkschaftsverbände haben sich bereits in diesem Sinn ausgesprochen.

Diese nächste Phase organisatorisch vorzubereiten ist die schwierige Aufgabe der chilenischen Arbeiterführer. Es ist auch eine Aufgabe für uns, sie darin - zumindest materiell - zu unterstützen.

Streikfonds

Es sollte deutlich geworden sein, daß die chilenischen Arbeiter nicht nur für berechnete ökonomische Interessen gestreikt haben, sondern daß ihr Streik auch eine politische Stoßrichtung hat: verlorene Rechte wiederzuerobern.

Andererseits ist leicht einzusehen, daß angesichts der seit Jahren gezahlten Hungerlöhne ein Streik erst einmal eine Katastrophe für den einzelnen Arbeiter und seine Familie bedeutet! Und wir wissen bis jetzt nur wenig darüber, wie sie die neun bzw. 16 Tage ohne Lohn durchgestanden haben).

Es besteht jedoch aller Grund für die Annahme, daß diese Streiks nicht die einzigen bleiben werden. Die chilenischen Arbeiter in diesem Kampf zu unterstützen, erscheint uns zwingend notwendig. Aktionen auf lokaler Ebene haben aber gezeigt, daß kostbare Zeit verloren geht, wenn erst nach dem Bekanntwerden eines Streiks zu Spendenaktionen aufgerufen wird. Wir können jedoch nicht davon ausgehen, daß wir zu einem x-beliebigen Zeitpunkt auf unserm Konto über einen Betrag verfügen, um einen Streik in der notwendigen Form zu unterstützen. Deshalb rufen wir Euch zu Spenden für einen STREIKFOND auf.

SPENDET FÜR DEN WIDERSTAND IN CHILE

Pschk. Berlin-West E.Kohut Nr. 380 087-108

KENNWORT: STREIKFONDS

Wer den Haß sät...

Der Handlungsspielraum, den sich die chilenischen Christdemokraten in den letzten Monaten erworben hatten, ist wieder eingeengt worden. Eine Versammlung, die die Jugendorganisation der Christdemokratischen Partei Chiles, Movimiento Juvenil Democrático, am 24. November abhielt, wurde von Polizeikräften abgebrochen, während gerade der Ex-Präsident Eduardo Frei eine Rede hielt. Dabei wurden 104 von 200 Personen festgenommen.

Der Präsident der MJD versicherte, daß dies nicht die letzte Versammlung gewesen sei, und man sich bemühen würde, künftig ein Kommunikationsforum für die "Jungdemokraten" einzurichten.

Eduardo Frei sagte bezüglich des Eingreifens der Polizei: "Wir säen keinen Haß, diejenigen, die den Haß säen, sind die, die nicht hören wollen, sind die, die das Wort und das Denken der Jugend ersticken wollen, und das ist nicht gut für Chile, das macht uns Sorge." In einem Interview mit RadioCooperativa forderte Frei schon drei Tage zuvor die Wiederherstellung von Wahlregistern, die bekanntlich nach dem Putsch 1973 vernichtet wurden. (Bei dem Plebiszit vor zwei Jahren wurde per Personalausweis abgestimmt.) Frei: "In einem Land, wo die Bürger keine Wahlregister haben, sind sie praktisch keine Bürger..."

Erstmals konnten sich auch die bundesrepublikanischen Christdemokraten (Strauß war gerade nicht in der Nähe) dazu durchringen, die Verhaftung ihrer Parteikollegen in Chile "aufs Schürfst" zu verurteilen. CDU-Sprecher Henrich wertete die Aktion der chilenischen Regierung als politischen Willkürakt. Sie offenbare den wirklichen Charakter der Militärregierung und zeige, daß ihre Ankündigung einer schrittweisen Liberalisierung des Landes lediglich verbalen Charakter habe.

Politik des Knüppels?

Inzwischen hat die US-Regierung tatsächlich die wirtschaftlichen Sanktionen gegen Chile verhängt, die von den Senatoren Kennedy und Church gefordert worden waren - als Reaktion auf die Nicht-Auslieferung der Letelier-Mörder Contreras & Co (vgl. LN 75, S. 41).

Wichtiger als die Kürzung von Militär- und Wirtschaftshilfe dürfte in dem Bündel von Maßnahmen sein, daß in Zukunft keine staatlichen Bürgschaften für private Investitionen geleistet werden. Vermutlich hat der chilenische Außenminister Cubillos jedoch recht, wenn er erklärt, Chile (gemeint ist offenbar die Diktatur) könne diesem Druck widerstehen. Wenn er außerdem erklärt, diese Repressalien seien "einfach eine Rückkehr zu den alten Praktiken des nordamerikanischen Imperialismus", so ist wohl auch das richtig. Zu erinnern bleibt nur, daß sich hier ein Sprecher der chilenischen Rechten über eine Politik empört gibt, mit deren Hilfe sie sich selbst an die Macht geputscht hat.

SPENDET FÜR DEN WIDERSTAND IN CHILE



Pschk. Berlin-West E. Kohut Nr. 380 087-108
Kennwort: Hilfe für Chile

PERU

Die verschlungenen Pfade der APRA — III. Teil

Dies ist der letzte Teil des Überblicks über die Geschichte der APRA. Er schließt an die Texte in den Nummern 74 und 75 der LANachr. an und behandelt die Haltung der APRA während der elf-jährigen Regierungszeit der Militärs 1968-79. Während sie von 1968-75 - während der sog. "Ersten Phase der Revolution" - eine vorsichtig abwartende, oppositionelle Haltung einnahm, entwickelte sie sich - in altbewährter opportunistischer Flexibilität - in der "Zweiten Phase" rasch zur Hauptstütze des stark nach rechts gerückten Regimes. Sie gilt heute als Vorzugskandidat der Militärs für die 1980 vorgesehene Übergabe der Regierungsgewalt an eine Zivilregierung. Nach dem Tod des "Chefs" Víctor Raúl Haya de la Torre im August dieses Jahres sind innerhalb der Partei harte Führungskämpfe und Auseinandersetzungen um die künftige politische Strategie, vor allem im Hinblick auf den bevorstehenden Wahlkampf, offen ausgebrochen.

Der Putsch von '68

Am 3. Oktober 1968 rief die APRA das peruanische Volk vorgeblich zur Verteidigung einer prooligarchischen und proimperialistischen Regierung auf, deren zaghafte Reformpolitik sie als stärkste, im Parlament vertretene Partei, stets blockiert hatte. Dieser Aufruf war die erste Reaktion der APRA auf den Staatsstreich der Militärs, mit dessen Hilfe General Juan Velasco Alvarado den zivilen Präsidenten Belaúnde nach fünfjähriger Regierungszeit stürzte. Belaúnde war mit seiner populistischen Politik gescheitert. Seine Regierung hatte sich als unfähig erwiesen, die Macht der Oligarchie zu brechen und die sozialen und wirtschaftlichen Strukturen in einem Land zu verändern, in dem

- 5 % der Erwerbsbevölkerung 43 % des Nationaleinkommens auf sich konzentrierten,
- 1,2 % der Grundbesitzer 75,2 % des Bodens besaßen,
- ausländische Unternehmen 80 % der Industrieinvestitionen, 85 % der Investitionen im Bergbau und 40 % der Investitionen im Fischereisektor tätigten (Peru war in den 60er Jahren noch der größte Fischmehlproduzent auf dem Weltmarkt),
- die großen agroindustriellen Zuckerlaciendas sich zu 67 % in Händen ausländischen Kapitals befanden
- und ausländische Firmen das Monopol in Baumwoll- und Kaffeege- schäft besaßen.

Für diese Situation war die APRA mitverantwortlich, denn sie hatte in den 50er und 60er Jahren die oligarchischen und imperialistischen Interessen mitvertreten, indem sie die Leistungsfähigkeit des Privatsektors und die Rolle des ausländischen Kapitals als unverzichtbar für Fortschritt und Entwicklung propagiert hatte. Gleichzeitig besaß sie noch einen relativ starken Einfluß auf die Gewerkschaftsbewegung im Industriesektor und im Agroexportsektor, denn sie durch ihre Gewerkschaftszentrale CTF (Confederación de Trabajadores del Perú) ausübte. In der von ihr kontrollierten Gewerkschaften machte sie "freie Gewerkschaftspolitik" nach nordamerikanischem Vorbild: hier wurde um Lohnerhöhungen und zusätzliche Sozialleistungen gekämpft, ohne daß je die Eigentums- und Produktionsverhältnisse in Frage gestellt wurden.

Während der Regierungszeit Belaúndes blockierte die APRA, im Bündnis mit der Partei der Grundbesitzeroligarchie UNO (Unión Nacional Odrriista), die ohnehin begrenzten Reformansätze der Regierungspartei Acción Popular (AP), so daß die entsprechenden Gesetze bei ihrer Verabschiedung - z.B. das Agrarreformgesetz von 1964 - ihren ursprünglichen Inhalt fast völlig eingebüßt hatten. Die Einigung zwischen APRA, einem Teil der UNO und dem rechten Flügel der AP setzte den Hoffnungen auf Reformen ein Ende und bedeutete den Fortbestand der alten oligarchischen Ordnung.

Der Militärputsch war die Reaktion auf diese Absprache. Die Regierung Velasco setzte einen nationalistischen und reformistischen Prozeß in Gang, der eine "friedliche Revolution" mit dem Ziel einer "gerechteren Verteilung des nationalen Reichtums" auslösen und den "Lebensstandard soweit verbessern" sollte, "daß die Mehrheit der Bevölkerung ein würdiges Dasein führen kann". Velasco sah seinen Weg als die beste Lösung des Problems der wachsenden, allgem. Armut, die sonst alternative Formen der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Organisation, die wir nicht wollen, unvermeidlich machen könnte". (1969).

Das Ziel der Revolution war die Industrialisierung des Landes. Der Staat übernahm die Kontrolle über die Schlüsselsektoren der Wirtschaft: Verstaatlichung des Rohstoffsektors (Bergbau, Erdöl, Fischerei), weitgehende staatliche Kontrolle des Bankwesens, des Außenhandels usw. Durch eine im Vergleich zur Belaúndeschen Reform relativ weitreichende Agrarreform wurde der Agroexportoligarchie ihre materielle Machtbasis entzogen. In dieser "weder kapitalistisch noch kommunistisch" orientierten "Revolution" sollte auch der Privatssektor durch ein Beteiligungs- und Mitbestimmungsmodell (Comunidad Laboral) reformiert werden und ein spezieller Sektor mit einem umfassenden Selbstverwaltungsmodell (Propiedad Social) geschaffen werden.

APRA gegen Militärreformismus

Die APRA nahm eine ablehnende Haltung gegen das Programm der Militärregierung, durch das sie sich in ihren eigenen Machtinteressen bedroht fühlte, ein. Wie auch die anderen rechten Parteien, forderte sie immer wieder Neuwahlen und die Achtung der in der Verfassung niedergelegten Grundsätze und Rechte. Dabei ging es ihr im Grunde um die Rückkehr zur alten wirtschaftlichen und politischen Ordnung. Allerdings ging sie nicht zu so direkten Attacken über wie Belaúnde: "Das Militär muß die Regierung kontrollieren und die ehrsüchtige Clique, die den internationalen Kommunismus unterstützt, ausschalten und sofortige Neuwahlen ausrufen..." (Belaúnde in Miami, Juli 1969). Die APRA wählte eine vorsichtigeren Terminologie, um sich genügend Spielraum zu bewahren. Sie, die seit den 50er Jahren zur rückhaltlosen Verteidigung der Oligarchie und des Imperialismus übergegangen war, begann nun, öffentlich auf ihre Urheberrechte an den Reformen der Militärs zu pochen. Dazu holte sie ihre längst vergessenen antioligarchischen und antiimperialistischen Parolen der 20er Jahre wieder hervor. Velasco wies diese Versuche der APRA, sich ins Rampenlicht zu rücken, als Demagogie zurück. Die Aufforderung zum Dialog beschied er kurz und bündig: "Wir verhandeln nicht mit denen, die das Volk verraten haben!"

Die APRA beschränkte sich in ihren Oppositionsäußerungen lange Zeit hindurch auf Presseverlautbarungen, in denen sie sich als Verteidiger von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit präsentierte und Wahlen im Namen von "Freiheit" und "Revolution" forderte: "Wir fordern unser Recht auf Beteiligung. Ohne Beteiligung der Bevölkerung... ohne

Presse- und Meinungsfreiheit gibt es nichts... Es gibt keine Revolution ohne Volk... und kein Volk ohne Vertretung..." Die APRA sah sich während der ersten Jahre der Velasco-Ära zu einer abwartenden Haltung gezwungen, da sie - wie auch die übrigen politischen Parteien - ihrer traditionellen Einfluß- und Machtkanäle, durch die Ausschaltung des parlamentarischen Systems und der Interessenverbände der Oligarchie, beraubt worden war. Als im Juni 1969 die Agrarreform mit der gleichzeitigen Enteignung der acht größten agroindustriellen Zuckerhaciendas eingeleitet wurde, vertrat sie die gleiche Position wie der Großgrundbesitzerverband SNA (Sociedad Nacional Agraria), derzufolge eine "konstruktive und effiziente Agrarreform die Unantastbarkeit der leistungsfähigen Unternehmen und den Anreiz zu Investitionen in der Landwirtschaft berücksichtigen muß... deshalb betrachten wir die vorhergehende Reform als ausreichend." In ihrer Koalition mit der Oligarchenpartei UNO hatte die APRA im Parlament dafür gesorgt, daß die Agrarreform durch zahllose Zusatzanträge zu einem völlig wirkungslosen Instrument geschwächt und die "effizienten" agroindustriellen Großunternehmen nicht angetastet wurden. So erklärte sie 1969, das Problem im Agrarsektor sei "nicht der Besitz, sondern Wasser und Produktivität", und Velascos Reform könne "weder vom demographischen, noch vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt her" begründet werden. In den agroindustriellen Zuckerunternehmen, die im Zuge der Agrarreform der Militärs in Kooperativen umgewandelt wurden, versuchte sie, die Arbeiter gegen die Militärs zu mobilisieren. Hier - im "soliden Norden", der traditionellen Bastion der Partei, wo sie stets zwischen 50%-70 % der bei den Wahlen abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt hatte - besaß die APRA nach wie vor noch starken Rückhalt bei den Zuckerarbeitern, deren Gewerkschaften mehrheitlich von ihr kontrolliert wurden. Diese Gewerkschaften waren auch durch die Reform von 1969 betroffen, da sie durch die Einführung des Selbstverwaltungsmodells in den Kooperativen und eine Reihe von Dekreten, in denen die Beteiligung von Parteipolitikern und Gewerkschaftern ausgeschlossen wurde, in ihren klassischen gewerkschaftlichen - und politischen - Funktionen neutralisiert worden waren. So prangerte die APRA hier die Kooperativisierungspolitik der Militärs als "Verstaatlichung und Militarisierung" an und stellte sich als Verteidiger eines Modells dar, das "von unten nach oben, und nicht umgekehrt..." konzipiert sein müsse - so wie sie es zwar 1931 in ihrem ersten Wahlprogramm gefordert, aber in den Reformdebatten der 60er Jahre konsequent verhindert hatte.

Die Pressereform der Militärs kommentierte die APRA mit Hinweisen auf Freiheit und Menschenrechte. Als 1970 die Limaer Tageszeitungen EXPRESO und EXTRA - deren Eigentümer Manuel Ulloa ein mit der Rockerfeller-Gruppe verbundener Unternehmer und während der Belaúnde-Regierung Wirtschaftsminister war - enteignet und in Genossenschaften umgewandelt wurden, erklärte der damalige Generalsekretär der APRA, Armando Villanueva: "Die APRA lehnt die Enteignung der Zeitungen EXPRESO und EXTRA kategorisch ab und ist der Auffassung, daß diese Maßnahme illegal ist und die Menschenrechte verletzt." Julio Cruzado, Generalsekretär der apristischen Gewerkschaftszentrale CTP (Confederación de Trabajadores del Perú), beehrte sich hinzuzufügen: "Die CTP respektiert die Pressefreiheit und kann deshalb diesen Verstoß, den die Enteignung von EXPRESO und EXTRA darstellt, nicht akzeptieren, selbst wenn es heißt, daß die Zeitungen den Arbeitern übergeben werden."

Ähnliche Argumente brachte die APRA zur Reform des Privatssektors vor, der sie die Verteidigung der "freien Initiative" und die Unantastbarkeit des Privateigentums entgegenstellt und damit die von den Militärs als Hauptpfeiler ihres Unternehmensreform bezeichneten Selbstverwaltungs- und Mitbestimmungsmodelle ablehnte.

Ab 1968 verlor die APRA ständig an Einfluß in den Gewerkschaften. Aus Statistiken des Arbeitsministeriums wird deutlich, daß 1974 53 % der Gewerkschaften, die die Zentrale gewechselt hatten, vorher zur CTP gehört hatten, daß jedoch keine Gewerkschaft von einer anderen Zentrale zur CTP übergewechselt war. Während die CTP ständig Mitgliedsgewerkschaften und Einfluß verlor, stärkte die unter moskauorientierter Führung stehende CGTP (Confederación General de Trabajadores del Perú) ihre Position. Schon 1974, 3 Jahre nach ihrer offiziellen Ankererkennung, war sie die größte Gewerkschaftszentrale des Landes.



Bedoya, Belaúnde und Villanueva in guter Eintreucht

Strategie der Anpassung

Ab 1974 geriet Peru in eine schwere politische und wirtschaftliche Krise, die einen Rechtsruck in der Regierung auslöste. Die "peruanische Revolution" zeigte eine verschärfte antikommunistische Tendenz, und es gab die ersten Anzeichen für einen Abbau des Reformprozesses. Die APRA nutzte die Konjunktur, indem sie ihre verbale Opposition mäßigte und alles daran setzte, den Rechtsruck zu verstärken und den Prozeß, den sie vorher angegriffen hatte, weiter zu destabilisieren. So nutzten die Apristen am 5. Februar einen Streik der Polizei, um Unruhen im Stadtzentrum von Lima anzuheizen, die mehr als 100 Tote forderten. Hinterher bestritt die APRA ihre Beteiligung und wandte sich in demokratischer Gebärde gegen die "falschen und verleumderischen Versionen, die von den Agenten des internationalen kommunistischen Imperialismus verbreitet werden." Währenddessen wurde an einer Strategie gearbeitet, mit der sich die APRA als plausible, demokratische Alternative für einen Ausweg aus der Krise präsentieren wollte. Die CTP zog mit öffentlichen Ergebnisauftritten an den "revolutionären Prozeß der Militärs" nach und unterstrich die "zum Wohle des Landes erreichten Erfolge" (März 75). Julio Cruzado: "Die strukturellen Veränderungen sind unwiderruflich... aber verbesserungsfähig..." Zur "freien Initiative": "Das Unternehmen ist Privat- und Staatskapitalismus ein unentbehrliches Instrument... Beide brauchen seine Leistungsfähigkeit, ohne die kein Fortschritt möglich ist... Die demokratische Gewerkschaftsbewegung fördert die Vereinigung der Arbeiter, die im 'Klassenkampf', der in unseren lateinamerikanischen Ländern keinen wirklichen Ansatzpunkt

findet, wenn man sich von den Imperialismen befreien will, verhindert wird... Außerdem ist er unvereinbar mit dem gegenwärtigen revolutionären Prozeß, der die Mitbestimmung institutionalisiert (Mai 75).

Unterstützung der »2. Phase«

Die politische Krise führte am 29. August 1975 zur Ablösung Velascos durch General Francisco Morales Bermúdez, der die "Zweite Phase der Revolution" verkündete, in der man "den Prozeß vertiefen und die Fehler der 'Ersten Phase' korrigieren" wollte. Die Korrektur bestand darin, das "Peruanische Modell" mit seinen Reformen abzubauen und zu privatwirtschaftlichen Prinzipien zurückzukehren. Die Ideologie der 2. Phase wird an zwei Zitaten Morales' deutlich (1976): "Wir können Peru nicht voranbringen, wenn wir nicht die Initiative der Peruaner akzeptieren. Ist es Sünde, die Initiative von Privatleuten zu akzeptieren? Nein, Señores!... Wir müssen die Fehler eingestehen... sie ist eine Kraft, die wir eingeschüchert haben, weil man an, wer weiß, welche Theorien gedacht hat... Wir sind dabei, in der Gesetzgebung, an den Bestimmungen, die Privatinvestitionen verhindert haben, die notwendigen Veränderungen vorzunehmen. Die Gesetzgebung zur Unternehmensreform garantiert den Investitionswilligen nicht die Stabilität... und sie bei mancherlei Anlässen zu verschärfter Gewerkschaftsaktivität geführt".

Sofort nach dem institutionellen Putsch gab die APRA "dem neuen Kurs der Peruanischen Revolution" ihre "verantwortungsbewußte Unterstützung" (Sept. 75). Sie gab ihrer vollen Zustimmung zur neuen Linie der Militärregierung, die klar das Großkapital bevorzugte und dem Imperialismus gegenüber eine versöhnliche Haltung einnahm, Ausdruck. Im Kampf gegen die Wirtschaftskrise, der die zunehmende Unterdrückung und Verarmung des Volkes beinhaltete, versprach Haya de la Torre der Regierung die Unterstützung seiner Partei in der "Verteidigung der Wirtschaft des Landes" und erklärte, man werde all die "bekämpfen, die die Erholung der Wirtschaft verhindern wollen" (Mai 76).

Zur Verelendung des Volkes schweigt die APRA. Natürlich hat sie keinen der zahlreichen Arbeitskämpfe, Streiks und Protestkundgebungen gegen die Austeritätspolitik der Regierung unterstützt. Stattdessen haben die Militärs in ihren Bestrebungen, die für 1980 vorgesehene Übergabe der Regierungsgewalt an eine zivile Regierung in ihrem Sinne zu sichern, einen flexiblen Partner gefunden. Die APRA ist auch heute noch die einzige Partei, die über einen straff organisierten, landesweiten Apparat verfügt. Schon heute wird klar, wie die APRA gedenkt, die parlamentarische "Demokratie" zu sichern, falls sie an die Regierung kommt: sie beteiligt sich aktiv an der Repressionspolitik der Regierung Morales, indem sie Streikbrecher einsetzt und rücksichtslos von politischem Terror Gebrauch macht, indem sie bei Veranstaltungen der Linken, bei Demonstrationen und anderen Anlässen ihre bewaffneten Schlägertrupps, die "búfalos", einsetzt. So half die APRA während des diesjährigen, viermonatigen Lehrerstreiks der SUTEP der Regierung nach Kräften, die Bewegung zu bekämpfen. Sie verurteilte den Streik mit der Begründung, er sei politisch motiviert, schickte ihre "búfalos" zu Veranstaltungen und Kundgebungen, setzte apristische Studenten als Streikbrecher in den Schulen ein und unterließ es als einzigste Partei, die Regierung zu einer Lösung des Konflikts aufzufordern.

Das wesentliche Ziel der "Zweiten Phase" war die Wiederherstellung der privatwirtschaftlichen alten kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Dieses Ziel ist - nach weitgehendem Abbau der Reformen und umfassenden Entstaatlichungsmaßnahmen - erreicht worden. Derzeit

scheinen die Militärs, dem von Washington ausgehenden Druck der "Menschenrechtskampagne" und der auf den politischen Abnutzungsprozeß folgenden Regenerationsnotwendigkeit folgend, bereit, 1980 formell die Regierungsgewalt - aber "nicht die Macht"... - in zivile Hände zu legen. Den ersten Schritt hierzu stellten die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung im Juni 1978 dar, aus denen die Linke deutlich gestärkt hervorging. Die linken Parteien (FOCEP, UDP, PCP, PSR...) erhielten insgesamt ca. 30 % der Stimmen.

Dies war angesichts der undemokratischen Maßnahmen, mit denen die Regierung die Wahlkampagne der Linken behinderte (Deportation der linken Parteiführer, Versammlungsverbote, Medienzensur usw.), ein beachtliches Ergebnis. Jedoch verhalten diese Repressionsmaßnahmen, vor allem die der APRA in den von der Regierung kontrollierten Massenmedien eingeräumte Vorzugsbehandlung, der Rechten zum entscheidenden Erfolg, die APRA gewann 35 %, und die PPC (Partido Popular Cristiano), die eine der chilenischen Variante auffallend ähnlichen "soziale Marktwirtschaft" eintritt, erhielt 26 % der Stimmen. Jedoch ist der relativ hohe Stimmenanteil der Linken ein bedeutsamer neuer Aspekt in der politischen Szene Perus, denn er verdeutlicht die tiefe Ablehnung des Volkes gegen die dem Diktat des IWF unterworfenen Wirtschaftspolitik der Militärs. Die verstärkte Kampfbereitschaft und Organisation des Volkes stellt heute für die Rechte - und besonders für die APRA - ein Schlüsselproblem dar.

Die neue Verfassung, zu deren Ausarbeitung sich die APRA mit der PPC verbündete, enthält keine neuen Elemente für eine Lösung der Wirtschaftsprobleme des Landes. Nach klassischem Muster wird die Vorherrschaft der Privatwirtschaft bestätigt und damit die Tendenz zur Reprivatisierung der verstaatlichten Betriebe gutgeheißen. Den Artikeln über die Grundrechte kann man entnehmen, daß weder die APRA, noch die PPC besonders demokratische Auffassungen hegen. So wird zwar das Recht auf Meinungsfreiheit ausdrücklich verankert, jedoch durch eine Bestimmung über "mißbräuchliche Ausübung" wieder stark eingeschränkt. Damit bleibt die Auslegung der jeweiligen Staatsmacht überlassen. Der Polizei werden ohne Festlegung irgendwelcher Justizkontrollen weitgehende Rechte eingeräumt, aufgrund derer sie Hausdurchsuchungen bei "Verdunkelungsgefahr" durchführen u. Festnahmen und Einzelhaft bis zu vierzehn Tagen, "im Falle von Verdacht auf Terrorismus" anordnen kann. Die Bestimmungen zum Arbeitsrecht geben der Justiz das Recht zur Auflösung von Gewerkschaften. Damit wird die enge Verbindung von Justiz und Regierung festgeschrieben. All diese Bestimmungen lassen eine legale Unterdrückung der Volksbewegung erwarten.

Die APRA nach Haya de la Torre

Die neue Verfassung wurde im Juli 1979 von der Versammlung verabschiedet. Zur Zeit wird die politische Szene von den Vorbereitungen der für den 18. Mai 1980 vorgesehenen Wahlen beherrscht. Der Tod von Haya de la Torre am 2. August dieses Jahres hat eine Führungskrise in der APRA ausgelöst und ihre Stellung innerhalb der Rechten geschwächt. Immerhin hatte Haya im Juni 78 90 % der apristischen Stimmen auf seine Person vereinigt. Inzwischen ist ein harter Kampf um die Nachfolge des "Chefs" entbrannt, in dem sich zwei Tendenzen gegenüberstehen: die Fraktion um Armando Villanueva ("Armandistas") und die von Andrés Townsend ("Andresistas") angeführte Gruppe. Außer persönlichen Machtambitionen geht es bei dieser Auseinandersetzung - die trotz Villanuevas Wahl beim Parteikongreß im Oktober noch nicht entschieden ist - um eine taktische Orientierung der Partei, nachdem die Integrationsfigur Haya nicht mehr den äußeren Zusammenhalt bietet. Es geht einerseits um die kurzfristige Sicherung des Wählerpotentials, das für den Wahlsieg erforderlich ist, und lang-



Armando Villanueva und F. Morales Bermudez unter sich

fristig um die Bestimmung einer Strategie, mit der eine APRA-Regierung eine Politik des Krisenmanagements bei starker Kampfbereitschaft des Volkes verfolgen kann, ohne das Risiko eines neuen Militärputsches zu provozieren.

Die Gruppe um Townsend vertritt eine klassische Lösung durch Bildung einer "nationalen Union" der rechten Parteien APRA, Acción Popular und PPC: "Die zukünftige Zivilregierung braucht eine starke politische Basis. Ich glaube, daß unsere Partei das Hauptgewicht in dieser Basis hat, doch ich glaube auch, daß die Regierung unter den gegenwärtigen Umständen ein Mindestmaß an Rückendeckung durch die anderen Parteien braucht".

Die Gruppe um Villanueva versucht, der Partei wieder ein linkes Image zu geben und die verlorene Kontrolle über die Volksbewegung zurückzugewinnen. In den letzten Jahren stand die APRA abseits bei der zunehmenden, von der marxistischen Linken getragenen Mobilisierung des Volkes. Nach dem Vorbild der europäischen sozialdemokratischen "Volksparteien" präsentiert er - indem er sich vom rechten Block und der marxistischen Linken gleichermaßen distanziert - die APRA als eine Alternative der "verantwortlichen Linken". Dabei greift er, wenn nötig, auf die radikale, antiimperialistische Rhetorik der frühen APRA-Jahre zurück.

Das Ziel ist klar und entspricht dem Wesen des Aprismus: die Volksbewegung wieder für sich zu gewinnen und sie im Sinne der Bourgeoisie zu kontrollieren. Für den Fall, daß die APRA die Wahlen gewinnt, muß sie die Kampfberedtschaft des Volkes neutralisieren, um ihre kapitalfreundliche Wirtschaftspolitik durchsetzen zu könne, ohne auf eine Repressionspolitik im Stile der Militärdiktatur zurückgreifen zu müssen. Mit einer "gemäßigt linken", an die europäische Sozialdemokratie angepaßten Linie versucht Villanueva, Anschluß an die Sozialistische Internationale zu gewinnen, die die APRA bislang noch nicht als Vollmitglied aufgenommen hat - dies unter Hinweis auf deren "rückständige Postulate". Sowohl Villanueva als auch der Sohn des Präsidenten, Remigio Morales - dessen kürzlicher Beitritt zur APRA Aufsehen in der peruanischen Presse erregte - haben in den letzten Monaten in diesem Sinne bei der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn vorgesprochen.

Nach einigen Monaten intensiver Auseinandersetzungen konnte sich Villanueva als vorläufiger Sieger durchsetzen. Auf dem APRA-Parteitag im Oktober wurde er zum Präsidentschaftskandidaten der APRA für die Wahlen 1980 nominiert. Dieser Parteitag verlief in bester apristischer undemokratischer Tradition: Schußwechsel unter den "büfalos" beider Seiten und gegenseitige Wahlfälschungsbeschuldigungen. Im Namen der von den Apristen so häufig beschworenen Brüderlichkeit - oder doch eher um der Wahrung der "inneren Einheit" willen - trug man Townsend die Vizepräsidentschaftskandidatur an. Die innerparteilichen Querelen halten jedoch an, und vieles deutet darauf hin, daß in dieser Auseinandersetzung noch nicht das letzte Wort gesprochen ist.

Wie auch immer die neue Taktik und Strategie der APRA im kommenden Wahlkampf aussehen mag: es wird die Aufgabe der marxistischen Linken sein, die Demagogie der sogenannten "verantwortlichen Linken" zu demaskieren.

Brief von Raimundo Sanabria

Ende Oktober erreichte uns ein Brief aus dem peruanischen Gefängnis Penal del Sexto. Es ist ein Dankesbrief von Raimundo Sanabria, der - nach dreijähriger Haft - im August unter der Anklage, den Tod eines Polizeibeamten verschuldet zu haben, vor ein Militärgericht gestellt wurde. Daß der Staatsanwalt die Todesstrafe forderte, obwohl nach Zeugenaussagen der Polizist durch einen im Handgemenge versehentlich gelösten Schuß starb, löste im ganzen Land eine Welle der Solidarität mit dem "jungen Studenten und militanten Revolutionär" (Amauta Nr.219) aus, der sich Peru-Komitees in Europa und Amnesty International im Rahmen ihrer Aktion gegen die Todesstrafe anschlossen. Am 18. September wurde Sanabria dann wegen der peruanischen und internationalen Proteste zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe (25 Jahre) verurteilt. - Im August erhielten drei Polizeibeamte, die für schuldig befunden wurden, durch Folterungen den Tod des Studenten Lozano verursacht zu haben, eine zweijährige Haftstrafe. -

In Sanabrias Brief, in dem er sich für die internationale Solidarität bedankt, weist er auch noch einmal auf das Verfahren gegen die vier noch verhafteten Cromotex-Arbeiter hin.



Cromotex-Arbeitern droht Todesurteil

Wie sehr durch die Sparmaßnahmen des Weltwährungsfonds (IWF) die Kaufkraft der peruanischen Bevölkerung eingeschränkt wurde, und weiterhin wird, haben wir schon oft deutlich gemacht. Daß darunter natürlich auch die Industrien zu leiden haben, die Produkte für den Verkauf in Peru selbst herstellen, daß also nicht wie vom IWF verkündet seine Rezepte zu einer Stärkung der nationalen Wirtschaft, sondern im Gegenteil in die große Krise führen, wird an den vielen Konkursen kleiner und mittlerer Unternehmen deutlich. Die Beispiele der beiden Textilfabriken Cromotex und Lolas wurden besonders bekannt (s.a. LN Nr.69), weil in diesen Fällen die Arbeiter zur Eigeninitiative griffen und - was unter bestimmten Bedingungen vom peruanischen Gesetz her durchaus möglich ist - die Fabriken besetzten mit dem Ziel, den Abtransport des Inventars zu verhindern und die Produktion wieder aufzunehmen. Beide Fabriken wurden jedoch unter Einsatz brutaler Gewalt wieder geräumt. So

prügelten die berüchtigten Apra-Schläger (búfalos) im September '78 die Arbeiterinnen von Lolas vom Werksgelände und im Februar '79 wurde durch einen quasi-militärischen Polizeieinsatz die Cromotex-Fabrik gestürmt, wobei 6 Arbeiter und ein Polizist getötet wurden. Wegen diesem "Angriff auf die Streitkräfte" saßen bis in den September 26 Arbeiter in Haft.

Erst nachdem sie in einen Hungerstreik getreten waren und ihre Frauen das erzbischöfliche Ordinariat in Lima so lange belagert hatten, bis Hilfsbischof Beuzeville sich zur Vermittlung in dem Fall bereiterklärte, wurden bis auf die vier, denen der Tod des Polizeibeamten zur Last gelegt wird, alle entlassen. Diesen vier Arbeitern H. Menacho, T. Rosales, L. Ottivo und P. Acevedo droht nach peruanischem Recht die Todesstrafe. Mittlerweile sind drei Verfahren gegen sie eröffnet worden: vor dem Militärgericht wegen "Angriffs auf die Streitkräfte mit Todesfolge", vor dem Zivilgericht wegen Verletzung des Privateigentums der Cromotex-Besitzer und - als Gipfel des Zynismus - wegen des Hungerstreiks, den diese vier 58 Tage lang bis Ende Oktober durchhielten, wird wegen "Vergehens gegen die öffentliche Gesundheit gegen sie ermittelt. Nachdem im Zivilverfahren durch Gutachter längst bestätigt wurde, daß die Erstürmung der Textilfabrik durch die Polizei gesetzeswidrig war und die Arbeiter mit vollem Recht die vorübergehende Kontrolle über die Fabrik übernommen hatten, fordern die Anwälte der vier die sofortige Haftentlassung ihrer Mandanten und Einstellung des Militärgerichtsverfahrens.

Auch in diesem Fall sollte der Militärregierung in Peru noch einmal nachdrücklich klar gemacht werden, daß der Fall Cromotex in Europa bekannt ist und man ihnen kritisch auf die Finger schaut. Wir bitten Euch Euren Protest gegen das Verhalten der Militärs im Fall Cromotex und Eure Sorge um das Schicksal der vier noch verhafteten Arbeiter zu formulieren und in einem Brief zu schicken an:

General Francisco Morales Bermúdez
 Presidente de la República del Perú
 Palacio Presidencial
 Plaza de Armas
 Lima/Perú



KOLUMBIEN

»Lieber kämpfend sterben...«

Obwohl die Unzufriedenheit unter den Arbeitern wächst, und sich zunehmend Ausdruck verleiht, bleibt die Bewegung als solche inkohärent und es fehlt an Koordination. Der Nationale Gewerkschaftsbund (vgl. LN 68/9) bedauert es, die in den letzten Monaten vorhandenen günstigen Gelegenheiten, sich zu konsolidieren und die Basis zu erweitern, versäumt zu haben. Trotzdem wird erwartet, daß der Übergang von einfachen Protesterklärungen zu einheitlichen Forderungskatalogen in der nächsten Zeit in einem erneuten Nationalen Zivilen Streik vollzogen wird. Wie die anwachsende Entwicklung oppositioneller Kräfte - die sich auch auf dem Nationalen Konvent von Firmes ablesen läßt - von hier aus zu stützen ist und wie die Arbeit für politische Gefangene - in diesem Jahr wurden über 5 Tausend Personen verhaftet - vorangebracht werden kann, kommt in dem Schlußdokument des Treffens der Kolumbienkomitees zum Ausdruck.

Trotz privatunternehmerischer und staatlicher Repression - Ermordungen und Verhaftungen von Gewerkschaftsführern - findet seit geraumer Zeit eine Welle von Streiks statt. Die Lehrer streikten gegen eine Reform des Erziehungswesens, die Angestellten der Elektrizitätswerke konnten nach über 2-monatigem Bummelstreik eine 26%ige Lohnerhöhung durchsetzen, die Angestellten der Bank von Bogotá, der Handelsbank und der Anglo-Columbianischen Bank verabschiedeten einen einheitlichen Forderungskatalog unter dem Slogan: "Lieber kämpfend sterben als leidend leben!" Die Forderungen lauten: Lohnerhöhung, Essenszulage und zwei jährliche Zulagen. Mit der Begründung, der Katalog enthielte politische Zielsetzungen, weigerten sich die Bankiers, in Verhandlungen einzutreten. Nach mehreren kurzen Drohstreiks sahen sich die Unternehmer dann doch zu Verhandlungen gezwungen. In dem Industriebetrieb Gabrielof y Britilana wird seit sechs Monaten gestreikt, sieben weitere Industriebetriebe werden bestreikt, der Streik der Finanzbeamten radikalisiert sich (vgl. LN 74). Die Forderungen sind immer wieder: Arbeitsplatzsicherheit, Lohnerhöhung, Sozialversicherung und gewerkschaftliche Rechte. Die Forderung nach dem Recht auf kollektive Verhandlungen und Streikrecht steht bei den staatlichen Angestellten im Vordergrund, da ihnen seit einer Verwaltungsreform von 1968 diese Rechte genommen wurden.

Der Streik der Finanzangestellten

In diesem Sinne wurde der Streik der Angestellten des Finanzministeriums für illegal erklärt und die Streikführer wurden entlassen. Allein in den ersten zweieinhalb Monaten des Streiks wurden 300 Angestellte auf die Straße geworfen. Am 3. Oktober, nach 43 Streiktagen, war das Ministerium bereit, unter zwei Bedingungen Verhandlungen einzugehen: erstens sollte der Streik vor Beginn der Verhand-

lungen abgebrochen werden, zweitens dürften die Entlassenen nicht an den Verhandlungen teilnehmen. Diese Bedingungen konnten von der Gewerkschaft nicht akzeptiert werden.

Eine Gruppe streikender Angestellter besetzte Anfang Oktober eine Kirche in Bogotá, wo sie einen Hungerstreik begannen. Nach 4 Tagen wurden sie dort gewaltsam vertrieben, setzten aber den Hungerstreik in der Polizeiwache fort. Ende Oktober wurden vier Kirchen und die mexikanische Botschaft von den Streikenden besetzt, um die Öffentlichkeit über den Kampf zu informieren. Bis Anfang November, also nach ca. 70 Tagen Streik, war die Regierung nicht zu Verhandlungen bereit. Die Härte der Regierung läßt sich nur dadurch erklären, daß nicht nur die Gewerkschaft zerschlagen werden soll (der Organisationsgrad der staatlichen Angestellten liegt in Kolumbien mit 40-50% relativ hoch), sondern es wird ein Präzedenzfall geschaffen, um das wachsende Unbehagen der staatlichen Angestellten im Keim zu ersticken. Anders ist es nicht zu erklären, daß der Staat kein Interesse an einer Lösung des Konflikts zeigt, der ihn inzwischen schon mehrere Millionen Dollar gekostet hat. Allerdings führte die Brutalität, mit der gegen den Streik vorgegangen wurde, zu einer breiten Solidaritätsbewegung mit den Streikenden: sie fanden Unterstützung bei weiten Teilen der kolumbianischen Arbeiterschaft, Solidaritätsstreiks führten die Hafenarbeiter und die Arbeiter der Zollbehörde durch. Anfang November starteten Gruppen von Delegierten Protestmärsche aus Cali, Medellín und Cúcuta. Während die Gruppe aus Cúcuta durch die militärische Verfolgung gezwungen wurde, umzukehren, erfuhren die anderen beiden Gruppen einestärke solidarische Anteilnahme von seiten der Bevölkerung der Ortschaften, die sie durchwanderten.

Internationale Denunzierung:

Nichteinhaltung von Gewerkschaftsrechten

Der kolumbianische Delegierte der CLAT (Lateinamerikanische Gewerkschaftskonföderation) konnte erneut die systematische Verletzung von Gewerkschaftsrechten vor einem internationalen Gremium denunzieren,

als er Anfang Oktober auf der XI. Regionalkonferenz der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) darauf hinwies, daß von 45 ratifizierten Abkommen zwischen IAO und Regierung nur 13 eingehalten werden. Vor den Vertretern von Arbeitern und Angestellten aus 33 Ländern und den Arbeitsministern aus 22 Ländern griff er hart die Regierung an und wies auf antidemokratische



Dekrete wie das Sicherheitsstatut vom 6. September '78 hin (vgl. LN 63), das wesentliche Gewerkschaftsrechte einschneidet. Die anwesenden Vertreter der Regierung konnten sich nur dadurch verteidigen, den Delegierten als den Repräsentanten einer radikalen Minderheit zu bezeichnen.

Stadtteilbewegungen

Die relative Schwäche von Stadtteilbewegungen liegt sicherlich nicht daran, daß es an objektiven Problemen fehlt:

- Wasserversorgung haben nur 64,5 % der Bevölkerung, davon wird nur 15 % ausreichend aufbereitet. Dementsprechend ist Durchfall die Haupttodesursache der Kinder.
- In Bogotá kann nur 1/3 des täglich produzierten Mülls abgeholt werden, da es an Personal und Müllwagen fehlt. Nur 5 % dieser Abfälle werden adäquat gelagert.
- Nur 1% der Schlachthöfe entspricht den sanitären und hygienischen Anforderungen; nur 10 % der Nahrungsmittelindustrie wird hygienisch überwacht.
- 37 % der Bevölkerung haben keinen Zugang zu medizinischer Versorgung.
- Das Defizit an Wohnungen ist immens und die billigsten Wohnungen des staatlichen Wohnungsbaus sind für die unteren Lohngruppen nicht erreichbar. (Dazu gehören über 50 % der Bevölkerung). Im Durchschnitt bewohnen ca. 5 Personen ein Zimmer.

Wenn man auch davon ausgehen kann, daß wohl in allen Vierteln Komités bestehen, so fehlt bei vielen die Erkenntnis der Ursache dieser Probleme und damit natürlich auch die Bereitschaft, Aktivitäten zu koordinieren und gemeinsam Strategien auszuarbeiten.

Wir werden in den nächsten Nummern versuchen, die Entwicklung von Stadtteilbewegungen historisch aufzuarbeiten, diesmal beschränken wir uns auf die Darstellung von zwei neuen Tendenzen, die sich in den letzten Monaten andeuteten.

Das Komitee derer, die kein Dach über dem Kopf haben

- In Pereira entstand eine breite Bewegung, die kollektiv Land aufkauft und kollektiv den Hausbau durchführt.
- In Cartagena, Barranquilla und Bogotá entstanden lokale zivile Komités, die ihre Aktivitäten zu koordinieren beginnen und Kampferfahrungen austauschen.

Dem "Komité derjenigen, die kein Dach über dem Kopf haben Camilo Torres" sind 1000 Familien angeschlossen. Der Präsident des Komités, das vor einem Jahr entstand, erklärt, weshalb unter den heutigen Bedingungen Landbesetzungen nicht effektiv sind: "unsere Erfahrung im letzten Jahr in Pereira, wo 12 Besetzungen stattfanden, endete in Niederlagen, da man nicht mit ausreichender Unterstützung der Volkssektoren und der linken Kräfte rechnen kann. Das Problem der Landbesetzungen wird in erster Linie durch das Kräfteverhältnis bestimmt und angesichts der fehlenden Stärke unsererseits entschieden wir uns dazu, eine neue Methode anzuwenden: Land zu kaufen und den Hausbau kollektiv zu organisieren." (Alternativa Nr. 230, s.20)

Allein in Pereira herrscht ein Defizit von 30 000 Wohnungen. Bis heute kaufte das Komité Camilo Torres zwei Grundstücke von 10 000 und 14 000 m². Der wesentliche Unterschied zwischen dieser Methode und sowohl den Landbesetzungen als auch den staatlichen Selbstbauinitiativen besteht darin, daß letztere zwar kollektiv besetzen oder bauen, aber individuell das Risiko tragen. Ein Ingenieur und ein Architekt beraten die Planung. Bei der gemeinsamen Arbeit wird jeder entsprechend seinem Beruf eingesetzt.

Finanzielle Probleme werden durch Monatsbeiträge der Mitglieder, Versteigerungen und Tombolas zu lösen versucht.

Das Komité wurde von Mitgliedern der Bewegung FIRMES ins Leben gerufen, was aber nicht heißt, daß alle Mitglieder des Komités mit FIRMES übereinstimmen müssen. Diese Methode, das Wohnungsproblem zu lösen, bedeutet nicht, daß die Organisation den Konflikt mit dem Staatsapparat vermeiden will, sondern im Gegenteil, die kollektive Arbeit ist bewußtseinsbildend und somit wird die Gruppe zu einer politischen Kraft, die Druck ausüben kann.

Zusammenschluß von Bürgerkomitees

Ein Grund für die Schwierigkeit der Herausbildung einer breiten Bürgerbewegung ist sicherlich das Problem der Kommunikation bzw. Inkommunikation in den überbevölkerten und weitausgedehnten Vierteln, die ja oft zehntausende von Bewohnern umfassen. Selten nur haben diese Bewohner ein Recht darauf, an den Entscheidungsprozessen teilzunehmen, die doch immerhin ihren Wohnbereich, ihre Interessen treffen.

Trotz alledem lassen sich Anzeichen einer zunehmenden Bewußtseinsbildung feststellen: z.B. die Bildung von Bürgerkomitees, die die Aktivitäten der verschiedenen Nachbarschaftsorganisationen koordinieren. In einigen Zonen Bogotás sind dreißig und mehr Nachbarschaftsorganisationen in einem Bürgerkomitee vertreten, viele davon entstanden erst während der letzten Monate.

Ebenso koordinierten sich die Viertel im Südosten Cartagenas, die von der Stadtanierung betroffen werden. In Barranquilla schlossen sich die südlichen Viertel in einer Assoziation zusammen, um gemeinsam gegen die Korruption in der Verwaltung und die fehlende Wasserversorgung anzugehen.

In erster Linie sind es die Elendsviertel, die sich in dieser Bürgerbewegung organisieren, langfristige Lösungen suchen und konkrete Alternativen ausarbeiten, um ihren Forderungen größeren Druck zu verleihen.

Sie versuchen, die Organisation so zu gestalten, daß Kontinuität gewährleistet ist. Das Bewußtsein, daß die Probleme permanent sind erfordert eine kontinuierliche Arbeit und einen ständigen Druck auf die Regierung, der nur unter wirklicher Beteiligung der Bevölkerung stattfinden kann.

Im Juli dieses Jahres fand eine erste Versammlung der Vertreter von Elendsvierteln aus 10 Zonen Bogotás statt. Es wurde beschlossen, die Komités enger zu koordinieren und ein provisorisches Koordinationskomité wurde benannt, das aus jeweils einem Vertreter eines Stadtteils besteht. Seit diesem Treffen hat die Zahl der angeschlossenen Komités rapide zugenommen.

Die Erfolge waren bis jetzt: Anerkennung durch den Bürgermeister als legitime Vertreter der Gemeinden. In einem Viertel wurde der Bau einer Mittelschule begonnen, die von den Behörden anerkannt wird, die auch Material und technische Hilfe zur Verfügung stellen.

Bis heute haben sich 8 Zonenkomités herausgebildet, die über das provisorische Koordinationskomité 90 Viertel vereinigen.

Geplant ist ein Forum über die Probleme der Elendsviertel, ihre Ursachen und langfristige Lösungsstrategien. Die Untersuchung der Probleme sieht eine echte Beteiligung der Bevölkerung vor, die auch bei der Ausarbeitung von Alternativen zur Stadtplanung zutage treten soll und in der Forderung nach einer Verwaltungsreform, die Interessenvertreter aus Elendsvierteln in der Stadtverwaltung vorsieht.



Volkskirche und Volksbewegung

Die eindeutige Stellungnahme von Sektoren der Kirche zugunsten der Unterdrückten hat zwar in den letzten Monaten sicherlich zugenommen, aber ein weiterer wesentlicher Faktor ist, daß ihr nun auch verstärkt Ausdruck verliehen wird: die Volkskirche schafft sich Öffentlichkeit. Die Monatszeitschrift Solidaridad berichtet über Kämpfe der Ausgebeuteten und staatliche Willkür, ebenso über Stellungnahmen der Kirche; öffentliche Veranstaltungen finden statt. In diesem Sinne wird die Kirche immer wichtiger für diejenigen, die sich für eine Veränderung der Situation einsetzen: sie können sich z.B. bis zu einem gewissen Grad Schutz vor Repression. Denn die Möglichkeit, sich Öffentlichkeit zu verschaffen, werden immer geringer: seit einem Jahr bestimmt die Radio- und Fernsehzensur, daß über die Öffentliche Ordnung und Unordnung nicht berichtet werden darf; die Zeitungen sind für die meisten unerschwinglich und berichten selten aus der Sicht der Betroffenen.

So ist es auch zu verstehen, daß die Diffamierungskampagne gegen die Jesuiten weiterläuft. Man greift an, daß sie in einem Brief, der vor 10 Jahren von 30 in Europa studierenden Jesuiten unterzeichnet wurde, einen "radikalen Wandel zur Änderung des Systems der Ungerechtigkeit nicht nur für unvermeidlich, sondern absolut notwendig" erachteten und verkennt dabei, daß eben dies dem Wortlaut laut des Schlußdokuments der lateinamerikanischen Bischofskonferenz von Medellín entspricht.

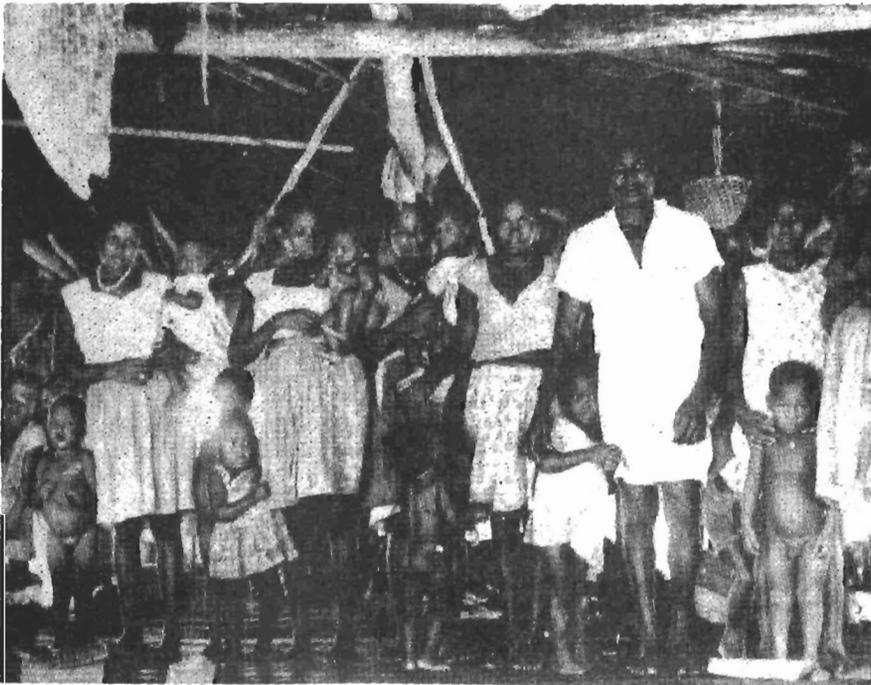
Auf der Flucht vor staatlicher Repression suchten streikende Arbeiter und Studenten Schutz in Kirchen:

- Eine Gruppe streikender Angestellter des Finanzministeriums (s. o.) besetzte nach 52 Tagen erfolglosen Streiks eine Kirche, wo sie einen Hungerstreik begannen. Auf Anordnung des Kardinals und Brigadegenerals h.c. Muñoz Duque wurden sie gewaltsam von der Polizei vertrieben.



streikende Lehrer

- In Cali besetzten etwa 100 Studenten eine Kirche, um ihren Forderungen nach der Freilassung von verhafteten Kommilitonen, einer Wasserversorgung für ein Dorf und einer Busverbindung für ein Elendsviertel Gehör zu verschaffen.
- In Manizales wird seit einem Monat eine Kirche von streikenden staatlichen Angestellten besetzt gehalten, die auf diese Weise ihre Forderungen nach gewerkschaftlichen Rechten und der Wiedereinstellung entlassener Kollegen Druck verleihen wollen.
- In Armenia besetzten Lehrer die Kathedrale, um somit gegen die völlig unzureichende Sozialversicherung zu protestieren.



Repression gegen Laien

Die Taktik des Staates gegenüber der Volkskirche verändert sich: die direkte Konfrontation mit der Institution Kirche ist zu aufwendig; es findet eine verstärkte Verfolgung von Laien statt, die in Basisgemeinden aktiv sind.

Diese Laien werden häufig von zivilen, schwerbewaffneten Trupps verschleppt, so wie es am 14. September in Bolívar in der Provinz Santander geschah, wo, seit 8 Jahren Basisgemeinden bestehen, in denen die Verschleppten aktiv mitarbeiteten.

In einem anderen Dorf derselben Diözese wurden vier Landarbeiter und Bauern entführt und einige Tage darauf von einem Suchtrupp des Dorfes gefunden: in einem Feld in der Nähe hatte man die verstümmelten, enthaupteten Leichen verscharrt. Andere Mitglieder der Gemeinde wurden der Mitgliedschaft einer Guerrillaorganisation verdächtigt und verhaftet. Alle diese Personen sind seit Jahren aktive Mitarbeiter der Pastoral- und Kommunikationsgruppe der Gemeinde.

Auf einer Versammlung der Priester und Nonnen der Diözese, die angesichts dieser erschreckenden Vorfälle einberufen wurde, bezog der Bischof eindeutige Stellung zugunsten der unterdrückten Bevölkerung. Es wurden Schritte geplant, um die Bewusstseinsbildung der Bevölkerung voranzutreiben die dauerhafte Fundamente für eine Änderung der Situation darstellen und eine ständige Denunzierung der Unsicherheit und staatlich institutionalisierten Gewalt ermöglichen.

»Tag der Rechte des Volkes«

In Bogotá fand im Oktober ein "Tag für die Rechte des Volkes" statt, der von christlichen Gruppen organisiert wurde, Es nahmen Vertreter der Volksektoren teil, wo Christen im Sinne der Theologie



der Befreiung den Bewusstseins- und Organisierungprozeß der Bevölkerung vorantreiben, Die 400 Teilnehmer diskutierten die Situation in Elendsvierteln und Dörfern, tauschten Kampferfahrungen aus und gründeten ein Komitee zur Koordinierung der Aktivitäten. Sie verfaßten ein Glaubensbekenntnis das wir aus Platzgründen leider nicht im vollen Wortlaut abdrucken können. Sie stellen dort ihre politischen Ziele dar, die wir kurz zusammenfassen möchten: Das herrschende internationale Wirtschaftssystem schafft eine Gesellschaftsordnung, die dem Volk das Recht auf Leben abspricht. Die wichtigste Voraussetzung für eine Zukunft, in der sich die Kreativität aller entfalten kann, ist die Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Die unterdrückten Sektoren, die Arbeiter, Bauern, Indianer und Elendsviertelbewohner schaffen in ihren Kämpfen und Organisationen ein System der Gerechtigkeit für alle.

Vereinte Opposition stellt sich den Wahlen

Wo normalerweise Abgeordnete der beiden traditionellen Parteien Kolumbiens sitzen, Konservative und Liberale, erwartete einen am Wochenende vom 9.-11.79 ein vollkommen anderes Bild.

Im Capitolio der Republik fand der 1. Nationale Konvent der Bewegung "Firmes" statt, (vgl. LNNr. 65), unter Spruchbändern wie: "Für die demokratischen Freiheiten, die nationale Befreiung und den Sozialismus", "Für die Einheit aller Ausgebeuteten", "Freiheit für die politischen Gefangenen" oder auch "Nicaragua Sandinista siegt", neben dem offiziellen anerkannten Helden der Republik Simon Bolivar, fehlten nicht Bilder von Lenin, Che Guevara, Camilo Torres und der populistischen Leitfigur der 40er Jahre: Jorge Eliecer Gaitan.

Nationaler Konvent der Firmes-Bewegung

Drei Tage breiter Diskussion zwischen den 500 Delegierten aus allen Teilen des Landes stärkten die Bewegung beträchtlich.

Auf Initiative einiger Teile der kolumbianischen Linken entstand Anfang letzten Jahres vor den Präsidentschaftswahlen in Kolumbien die Bewegung "Firmes". Man hatte sich zum Ziel gesetzt, die zersplitterte Linke auf einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten zu verpflichten. Obwohl dies nicht erreicht wurde, gelang es jedoch, sich als Bewegung, - denn man wollte und will eine Alternative zur traditionellen Struktur der systemoppositionellen Parteien bieten-, zu verankern und immer weitere Kreise der Opposition zu integrieren.

Die Zusammensetzung von "Firmes" ist sehr heterogen, so findet man Mitglieder der verschiedensten Fraktionen der Linken, oppositionelle Kräfte der traditionellen Parteien, Gewerkschaftler, unabhängige Intellektuelle, Mitglieder der Landarbeiter und der Indio-Bewegung, Teile des Klerus.

Wenn man vor einem Jahr noch sehr skeptisch sein mußte, ob es langfristig möglich sein würde, eine Bewegung voranzutragen, die sich letztlich nur durch einen Minimalkonsens zusammenhält, so kann man auf Grund der gemachten Erfahrungen heute doch wesentlich optimistischer in die Zukunft blicken. Bisher ist ein Gleichgewicht zwischen den einzelnen politischen Ausrichtungen gewahrt geblieben, was ermöglicht hat, sich erstrangig an der politischen Praxis in den verschiedenen Bereichen in den Gewerkschaften, den Universitäten, in den Elendsvierteln, auf dem Land etc. zu orientieren und gleichzeitig offen an den Bedürfnissen der Basis anzusetzen.

Trotz alledem erscheint es notwendig, auf Grund der Zusammensetzung der Bewegung einer möglichen populistischen Entwicklung von "Firmes" ins Auge zu blicken, was heute jedoch nur als Spekulation bezeichnet werden kann.

Schon am 3.8.79 hatte die Nationale Leitung von "Firmes" dazu aufgerufen, eine "Demokratische Front" für Demokratie und Nationale Unabhängigkeit" aufzubauen. Dafür benötige man: "die Parteien und politischen Bewegungen der Linken, Demokraten und Revolutionäre, und die gremialen Organisationen der Arbeiterklasse und anderen Volkssektoren. Ebenso richten wir uns an alle demokratischen Persönlichkeiten, Berufstätigen, an die Vertreter aus Kunst, Kultur, Wissenschaft und Sport, schließlich an alle Patrioten Kolumbiens."

Auf dem Nationalen Konvent wurde die Bildung einer Nationalen Front und die Partizipation an den Departements-Wahlen 1980 und den Präsidentschaftswahlen 1982 bestätigt. Man wandte sich ein weiteres Mal an alle demokratischen Kräfte, "die sich heute gegen die wachsende Faschistisierung des kolumbianischen Staates erheben."

"Wir werden nicht eine historische Beharrlichkeit aufgeben, sondern den Weg für die kolumbianische Revolution öffnen".

Neben den Vertretern des Komitees für die Menschenrechte, Beobachtern aller Parteien, Mitgliedern verschiedener Gewerkschaften, einem Vertreter des Indio-Rats des Cauca nahmen 500 Delegierte aus allen Provinzen des Landes am Konvent teil.

In der vom Konvent gebilligten politischen Erklärung heißt es, "Firmes" versteht sich als "unabhängig von den Divergenzen der sozialistischen Länder und kämpft dafür, die kolumbianische Nation von der Herrschaft durch die USA und durch die multinationalen Monopole zu befreien, das oligarchische Regime der herrschenden Klassen zu stürzen und dafür einen demokratischen Staat zu errichten, der eine weitestgehende Partizipation der gesamten Volksklassen ermöglicht."

Innerhalb der Diskussion über die einzuschlagende Taktik von "Firmes" wurde die Wichtigkeit der Demokratischen Front betont, als weitere Aufgaben bezeichnete man die vollständige Erlangung der politischen Freiheiten, die Eliminierung des Monopols bei der Handhabung des Staates durch die beiden traditionellen Parteien, die Aufhebung des Ausnahmezustands, die Abschaffung des Sicherheitsstatuts (was mit einer verfassungsmäßigen Institutionalisierung des Ausnahmezustands gleichzusetzen ist), die demokratische Reform der Justiz, die Energiepolitik, die Arbeits-, Erziehungs- und Verwaltungsgesetzgebung und schließlich den Kampf für Lohnerhöhungen und gegen die Übertourismus.

Weitere Themen, die diskutiert wurden, waren die Ziele der Basisbewegung, die Situation der politischen Gefangenen, die zunehmende Militarisierung auf dem Land und in den Städten, die Situation der Frau und die Frage der Schwangerschaftsunterbrechung, die Arbeitsreform, ferner einige Aspekte im Kultur- und Kunstbereich.

Wenn auch nicht alle diese Themen in Ausführlichkeit behandelt werden konnten, so hat doch ein beträchtlicher Erfahrungs- und Gedankenaustausch stattfinden können. Die bisherige Nationale Leitung von "Firmes" wurde bestätigt, jedoch um einige Personen erweitert, so wurde u.a. dem Indio-Rat CRIC ein eigener Vertreter zugesprochen. Der neu in die Nationale Leitung gewählte Priester Everardo Ramírez hatte das letzte Wort auf diesem 1. Konvent von "Firmes" und erhielt tosenden Beifall, als er die Christen aufforderte, sich bei der Transformation des Landes zu beteiligen und meinte: "Wir können ihnen garantieren, daß Gott Selbstkritik geleistet hat, und daß er erkannt hat, daß er selbst auch ein Ausgebeuteter ist. GOTT IST MÜDE EIN NÜTZLICHER IDIOT FÜR DIE HERRSCHENDEN KLASSEN ZU SEIN! UND ER HAT SICH ENTSCHIEDEN SICH AUF DIE SEITE DER UNTERDRÜCKTEN ZU STELLEN!"

Zweites Treffen der Kolumbienkomitees im Ausland

Vom 23. bis zum 25. November 1979 waren Kolumbienkomitees in Lovaina la Nueva (Löwen/Belgien) versammelt. Im folgenden drucken wir ihre gemeinsame Erklärung ab.

Wir, Mitglieder von Kolumbienkomitees im Ausland, gehören verschiedenen Nationalitäten an und haben unterschiedliche ideologische Ausrichtungen. In Lovaina la Nueva haben wir uns erneut versammelt, um uns die zunehmende Übertretung der Menschenrechte in Kolumbien vor Augen zu führen und um die Effizienz unseres Engagements, das wir bei einem ersten Treffen entwickelt hatten, zu überprüfen, um die Solidarität zu koordinieren, die jenen gilt, die zur Zeit in Kolumbien unter der Gewalt eines sehr repressiven Regimes leiden.

Wir stellen fest, daß sich die ökonomische und soziale Situation der Mehrheit der kolumbianischen Bevölkerung in den 6 Monaten, die seit unserem ersten Treffen vergangen sind, sehr alarmierend verschlechtert hat, daß die Unkenntnis und die Mißachtung sogar der geringsten legalen Garantien bereits ein schwerwiegendes Ausmaß erreicht hat und daß sich zunehmend ein Terrorregime etabliert.

Die gewerkschaftlichen Rechte wurden in dem Augenblick aufgelöst als die Löhne eingefroren, Preissteigerungen bei Konsumgütern täglichen Bedarfs eingeführt und Streikbewegungen der Arbeiter unterdrückt wurden, so z.B. der Streik bei Acerios Paz del Rio (Eisenhüttenwerk), der Arbeiter im Gesundheitswesen und der Angestellten des Finanzministeriums.

Die Repression des Volksprotestes wurde der militärischen Strafjustiz übertragen und diese wird in Verfahren vollzogen, die die internationalen Verträge zum Schutz der Menschenrechte, die von Kolumbien unterzeichnet wurden, flagrant verletzen.

Zwischen Gefangennahme und Gerichtsprozeß befinden sich die Gefangenen unter militärischer Zuständigkeit ohne daß die Möglichkeit der Überwachung durch andere Organisationen gegeben ist, die einen gewissen Grad der Unparteilichkeit wahren könnten. Daher ist es sicher, daß die begangenen Rechtsverletzungen – angefangen von Hausdurchsuchungen bis hin zu den Kriegsgerichten – nicht bestraft werden.

Die kolumbianische Regierung gibt heute vor, die repressiven Maßnahmen, die im Sicherheitsstatut vorgesehen sind, in die normale Rechtssprechung zu integrieren durch eine Reform der Justizverwaltung, des Strafgesetzbuches und Strafvollzugs, sodaß dann – da eine eigene Meinung zu haben bereits ein Delikt ist – die politischen Gefangenen in die Kategorie der gewöhnlichen Straftäter gestuft werden, die Prozeßgarantien aufgehoben werden und die Justizverwaltung den Militärs übergeben wird.

Heute werden Kriegsgerichtsprozesse geschickt vorangetrieben gegen mehrere Hundert Kriegsgefangene, denen nicht nur die elementaren Verteidigungsrechte verweigert wurden, sondern wo die einfachsten Prozeßgarantien, die innerhalb der Normen der normalen Justiz geheiligt sind, aufgehoben wurden.

Foltern, massive Festnahmen, massive systematische Repression findet weiterhin in Kolumbien statt, trotz direkter Zeugnisse von Hunderten von gefolterten Personen, trotz der Denunzierung durch das ständige Komitee zur Verteidigung der Menschenrechte, trotz des Berichts der Kommission des Abgeordnetenhauses und der Gutachten des Gerichtsmedizinischen Instituts. Dies kommt in neuen Zeugnissen und Erklärungen, wie denen des Stadtrates von Bogota und Medellin und der Departmentsversammlung von Antioquien zum Ausdruck.



Die Regierung und die Parteien der herrschenden Klassen konnten jedoch den demokratischen Protest nicht zum Schweigen bringen. Viele Sektoren der Arbeiter, angeführt von dem Nationalen Gewerkschaftsrat, von Volksorganisationen, von linken Parteien und demokratischen Persönlichkeiten entwickeln Tätigkeiten, die auf die Vorbereitung eines zweiten nationalen zivilen Streiks hinzielen, der eine konkrete Kampfform darstellt mit Hilfe derer es möglich ist, dieser Reihe von Verstößen und Angriffen gegen die demokratischen Freiheiten der kolumbianischen Arbeitermassen ein Ende zu setzen.

Angesichts dieser Situation haben wir eine minimale Aktionsplattform aufgestellt, die besagt, daß wir kämpfen wollen für:

- Die Respektierung der Menschenrechte und der demokratischen Garantien und Freiheiten, konkret für das Recht der Meinungsfreiheit, der Versammlung und der Organisation.
- Sofortigen Abbruch von Foltern.
- Freilassung aller politischen und gewerkschaftlichen Gefangenen und den Abbruch der Verfolgung der Regimegegner.
- Die Aufhebung des Ausnahmezustandes und aller Maßnahmen, auf denen die Institutionalisierung der Repression beruht, insbesondere das Sicherheitsstatut, die Kriegsgerichte und die Justizreform.
- Gegen die Reform des Arbeitsrechts und für die uneingeschränkte Respektierung aller gewerkschaftlichen Freiheiten und Rechte und die internationalen Abkommen in bezug auf arbeitsrechtliche Fragen, insbesondere die Vereinbarungen der O.I.T..
- Für den Abbruch der Verfolgung der Asylanten und politischen Flüchtlinge, die von anderen Ländern gekommen sind, und dafür, daß man ihr Recht in Kolumbien zu leben garantiert und respektiert.

- Für die Entwicklung der breitest möglichen politischen und materiellen Solidarität mit den politischen und gewerkschaftlichen Gefangenen und mit den Organisationen und Kämpfen des kolumbianischen Volkes. In diesem Sinne unterstützen wir den zweiten Nationalen Zivilen Streik, der mit dem Ziel ausgerufen worden ist, daß die größtmögliche Zahl von gewerkschaftlichen, politischen und Volksorganisationen teilnimmt.

Abschließend möchten wir alle demokratische, gewerkschaftlichen, politischen und religiösen Organisationen sowie die internationale öffentliche Meinung dazu aufrufen, sich mit den Kämpfen des kolumbianischen Volkes für die Respektierung der Menschenrechte und die demokratischen Freiheiten in Kolumbien zu solidarisieren.

Aus diesem Schlußdokument von Lovaina la Nueva folgern wir für unsere Arbeit hier die folgenden Prioritäten:

1. Heute ist es wichtiger denn je die Informationen, die wir aus Kolumbien erhalten, untereinander - den Komitees und Menschenrechtsgruppen - weiterzugeben und alle erdenklichen Anstrengungen zu unternehmen, um mehr Informationen über Kolumbien an die Presse weiterzugeben. Dies ist erforderlich, um die internationale Weltöffentlichkeit auf die jetzt stattfindenden Kriegsverichtsprozesse aufmerksam zu machen, und um durch die internationale öffentliche Meinung einen Druck auszuüben, der mit daraufhin wirkt, daß in Kolumbien wieder die demokratischen Garantien respektiert werden, Foltern sofort abgebrochen und politische und gewerkschaftliche Gefangene freigelassen werden. Nur diktatorische Regime haben es nötig, ihre Opposition einzukerkern und zu liquidieren.
2. Eine akute Aufgabe besteht jetzt und hier darin, Geld für die politischen Gefangenen zu sammeln, da sie in den Gefängnissen keinerlei Überlebenschancen haben, wenn ihnen nicht ihre Familienangehörigen helfen und diese sind gerade jetzt, wo der Verdienst der Gefangenen ausfällt mitunter in großen finanziellen Nöten. Die Gefangenen brauchen Matratzen, Nahrungsmittel... Erste Gelder, die dort herüberschickt wurden, wurden bereits für den Kauf einiger Matratzen verwandt.

Nach Mitteilung von amnesty international verschwanden in Kolumbien in den letzten Monaten nicht weniger als 20 Personen: Führer der Volksbewegung, Freiberufliche, Studenten, ein Priester und mehrere Indianer, niemand weiß, wo sie sind. Diese Tatsache unter anderen bewegte eine Gruppe in Paris in einer Kirche aus Protest und um die Weltöffentlichkeit auf die Repression aufmerksam zu machen in den Hungerstreik zu treten.

SPENDEN FÜR DIE POLITISCHEN GEFANGENEN BITTE AUF DAS FOLGENDE KONTO
PSchKto. FDCL, Nr. 17 69 66 - 104 PSch Amt Berlin West KENNWORT: Kolumbien
Gefangene

(Spendenbescheinigungen können zugesandt werden)

Quellen: Alternativa, BINA, Solidaridad, Die Neue

LATEINAMERIKA

Werkzeuge Gottes... oder anderer Herren

"...Ist jemand von Euch von der Obrigkeit ermordet worden, so ist es die Aufgabe der Überlebenden, die Toten zu begraben. Ihr sollt keine Rache üben. Gott selbst hat die Obrigkeit über uns gestellt. Darum müssen wir für sie beten..."

So lehrt auf "Altväterweise" das Instituto Lingüístico del Verano (ILV) nicht nur die mexikanischen Indios. Seit Jahren erheben sich in vielen Teilen Lateinamerikas Proteste gegen diese Organisation; von Indianerorganisationen, Anthropologen, hin und wieder selbst von Politikern. In einigen Ländern stand das ILV kurz vor seiner Ausweisung, aber die Regierungen scheuten, aus welchen Gründen auch immer, letzten Endes doch diesen Schritt. Während aber derzeit beispielsweise in Peru unter Lobpreis und guten Wünschen der gleichgeschalteten Presse der Vertrag zwischen Regierung und ILV erneuert wird, führten die Proteste in Mexiko dazu, daß jetzt der Vertrag, der Grundlage für die Tätigkeit des ILV in Mexiko seit 1935 ist, nicht mehr verlängert wird.

Das ILV, oder wie es in seinem Ursprungsland, den USA heißt, das SIL (Summer Institut of Linguistics), wurde 1934 durch die evangelikale Missionsgesellschaft der Wycliffe Bible Translators (WBT) gegründet, als die Missionsabsicht der Wycliffe-Bibelübersetzer in Lateinamerika an den teils katholisch orientierten, teils säkularen Staaten zu scheitern drohte. Mit Hilfe eines "wissenschaftlich-neutralen" Sprachforschungsinstitutes, dem ILV, fanden die Wycliffe-Missionare doch Eingang in die lateinamerikanischen Länder. Sie arbeiten vor allem mit Indio-Stämmen des Tieflands und zwar in Brasilien, Mexiko, Guatemala, Honduras, Panama, Kolumbien, Ekuador, Peru, Bolivien (von dort aus auch in Argentinien und Paraguay) und planen, auch in Chile tätig zu werden. Die Basis in den jeweiligen Ländern liegt in wirtschaftlich und geo-politisch wichtigen strategischen Gebieten. Wenige Jahre nach Beginn der jeweiligen Missionsarbeit kommen dann US-amerikanische Konzerne und beginnen mit ihrer Arbeit: der Ausbeutung der Rohstoffvorkommen beispielsweise.

Allein in Mexiko hatte die Organisation vor ihrem jetzt erfolgten Rausschmiß 372 Mitarbeiter, die in 105 Sprachgruppen arbeiteten, vorwiegend mit Gruppen in solchen Gebieten, in denen die sozialen Konflikte in den letzten Jahren enorm zugenommen hatten.

Das ILV und die hinter ihm stehende Organisation ist heute nicht nur eine der wichtigsten protestantischen Missionsgesellschaften, sondern auch die größte Einzelorganisation dieser Art, die sich speziell mit der Missionierung der indigenen Bevölkerungsgruppen befaßt. Es reicht also bei weitem nicht mehr aus, über die Invasion der Prediger von Mexiko bis Bolivien hochmütig oder auch mitleidig zu lächeln und zur Tagesordnung überzugehen. Das wird auch erschreckend klar, wenn man die jetzt von der "Gesellschaft für bedrohte Völker" vorgelegte Dokumentation über Art und Umfang des Einflusses des Instituts auf die lateinamerikanischen Indios liest. Fest steht, daß wir in der Solidaritätsarbeit diesen Aspekten bisher viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt haben.

Sind wir Opfer unserer eigenen Unkenntnis über die "modernen" Missionare nordamerikanischer Prägung, nicht nur des WBT/ILV, die mit reichlich Geld, Personal und neuesten Techniken des Kulturimperialismus eine "unpolitische" Arbeit machen? Warum ist in Solidaritätsgruppen immer noch recht wenig bekannt über die Tätigkeit dieser "Sendboten des Kapitalismus", die trotz ihrer strikten "politischen Neutralität" den nordamerikanischen Way of life letztlich als gottgefällig preisen und verteidigen - und Anstrengungen zur Veränderung der ungerechten Strukturen als Satanswerk bekämpfen? Die Aktivitäten der Sprachforschungsmisionare haben mit unseren veralteten Vorstellungen von einer "Glasperlen-Mission" kaum noch etwas gemeinsam.

- Das WBT/ILV rühmt sich, daß ohne seine Hilfe der Ölkonzern Shell nicht so einfach in das Gebiet der Auca (im ekuadorischen Urwald) hätte eindringen können;
- Die mexikanische Zeitung El Día behauptete, daß das ILV vom CIA mit benützt werde, um in die einheimischen Gemeinschaften einzudringen und verschiedene medizinische Experimente ausführen zu können;
- Der Chef einer Abteilung des kolumbianischen Staatssicherheitsdienstes kam in einem Untersuchungsbericht zu dem Schluß, daß die Duldung der ausländischen Missionare einem kulturellen Selbstmord Kolumbiens gleichkäme und daß diese Organisationen ein Problem der nationalen Sicherheit seien.

Wie die Missionare mit ihrer kombinierten Methode aus Sprachforschung und Evangelisierung vorgehen, ist in den einzelnen Ländern verschieden. Überall aber wird die Sprache erforscht, um (ausgewählte) Teile der Bibel übersetzen zu können. Gleichzeitig nützt das Studium von Sprache und Kultur der Indianer, um sie von eben dieser Sprache und Kultur entfremden zu können. Die Entfremdung kann beispielsweise eingeleitet werden, indem nach der ersten Kontaktaufnahme den Indianern einfache Medikamente wie Aspirin angeboten werden, um das als "Teufelstreiben" verstandene Tun des Medizinmannes einzudämmen. Haben die Indianer einmal Interesse an der Medizin der Fremden gefunden, müssen sie sie bezahlen und werden so an die Geldwirtschaft herangeführt. Im Lauf der Zeit wird eine "Elite" aufgebaut, die mit dem Medizinmann und den Werten, die er verkörpert, in Konkurrenz tritt; der Stamm wird gespalten.

Aber es geht nicht allein darum.

Die gegen das ILV erhobenen Vorwürfe sind zahlreich und liegen auf ganz unterschiedlichen Ebenen: Das ILV zerstört die Kultur der Indianer und nimmt ihnen ihre Sprache, vermittelt Normen des nordamerikanischen Kleinbürgertums und zwingt eine fremde Lebensweise auf. Es arbeitet mit den repressiven Militärdiktaturen zusammen, ließ sich von diesen sogar bei militärischen Vernichtungsaktionen gegenüber den Indianern benützen und verhilft Konzerninteressen zur Durchsetzung, wenn die Indianer diesen im Weg stehen.

Immer mehr Indianerorganisationen fordern die Ausweisung des ILV. Die Versammlung aller Indianerstämme des Dpt. Vaupes (Kolumbien) verlangte schon am 13.4.1972 von der Regierung, die Arbeit des ILV zu verbieten. "Wir wollen sie nicht mehr, denn sie sagen, sie kämen, um uns zu helfen, und dann schicken sie uns zum Pistenbauen für ihre Flugzeuge und halten die Alten, die Kinder und so-

gar die Frauen zur Arbeit an und zahlen uns nichts. Sie nehmen alles mit, unsere Geheimnisse, aber sie zeigen uns überhaupt nichts."

Die FOIN und die Shuar-Föderation (Ecuador) äußern sich zur Arbeit des ILV: "...Es wird die kulturelle Selbstzerstörung der Indianer bewirkt; sie sollen zu Staatsbürgern ohne eigene Kultur gemacht werden - dazu verdammt, mit einer zivilisierten Gesellschaft zusammenzuleben, die voll solcher Probleme ist, die Indianer nicht kannten... Sie ... machen die Bevölkerung selbst mit Versprechungen von einem besseren Leben funktionabel, sie stossen sie in Arbeitslosigkeit, Elend, Krankheit und lassen sie als Slumbewölkerung der Städte zurück ... Wir bitten alle fortschrittlichen Menschen und wir bitten die ekuadorianische Regierung, sie möge Maßnahmen ergreifen: So die Ausweisung des ILV aus unseren Gebieten, die uns seit undenklichen Zeiten gehören."

Der von der peruanischen Regierung geschaffene departamentale Zusammenschluß der Urwaldbewohner, FARTAC, schrieb 1976 in einem offenen Brief an Präsident Morales Bermudez: "...Das ILV ist ein Instrument der kulturellen Verfremdung, womit uns Ideologien und Religionen gelehrt werden, die unserer eigenen Weltanschauung fremd sind. ... Unsere eigenen ideologischen Modelle lehren uns eine solidarische Moral und Bewußtsein ... was diese Ausländer nicht wollen. Diese Leute geben uns eine egoistische Ausbildung, die uns zu Menschen machen will, die nicht mehr ein gemeinschaftliches System wollen. Das machen sie sehr subtil durch die einheimischen, zweisprachigen Lehrer, die als Instrument für ihre Zwecke benutzt werden ... Wegen all dieser Tatsachen, Herr Präsident, weil es nichts Schlimmeres für uns gibt, wenn das zerstört wird, was unsere Väter uns gelehrt haben, wenn uns Scham gegenüber unserer eigenen Kultur eingegeben wird, bitten wir um die Ausweisung dieser ausländischen Organisation ... Wir bitten um die Ausweisung... damit wir nicht gezwungen werden, sie mit unseren eigenen Händen rauszuwerfen..."

Aus bestimmten Kreisen der deutschen protestantischen Kirchen wird die Arbeit von WBT/ILV finanziell unterstützt. Daher ist es umso erforderlicher, uns mit der Tätigkeit von Organisationen wie WBT/ILV auseinanderzusetzen und im Sinne einer fundierten Solidaritätsarbeit mit Sachargumenten in die Diskussion einzuschalten.

Die lateinamerikanischen Indianderorganisationen wären froh, wenn aus Deutschland kein "evangelischer Kirchenpfennig" mehr an WBT/ILV gelangen würde.

Dieser Artikel entstand aufgrund folgender Quelle :

- Die frohe Botschaft unserer Zivilisation. Evangelikale Indianermission in Lateinamerika. Eine Dokumentation der Gesellschaft für bedrohte Völker, Reihe program Nr. 62/63, Juli 1979. Diese Dokumentation kann zum Preis von DM 7,80 zzgl. Porto bestellt werden bei: GfBV, Bramscher Str. 200, 4500 Osnabrück.

INFORMATIONEN

Seminar über Theologie der Befreiung

Als die Evangelische Studentengemeinde in der BRD und Berlin (West) gemeinsam mit der Izquierda Cristiana, der Christlichen Linken Chiles für die Zeit vom 15. bis 18. November zu einem Seminar über die Theologie der Befreiung nach Siegen einlud, hatten die Veranstalter mit einem relativ kleinen Kreis von Interessenten gerechnet. Umso größer war die Überraschung, als insgesamt 250 Anmeldungen zur Teilnahme eintrafen.

Das Interesse an der Theologie der Befreiung entspringt ganz offenbar einem weitverbreiteten Unbehagen sowohl an herkömmlicher politischer Praxis als auch an tradierter, bürgertumsorientierter Theologie. Viele scheinen zu erwarten, daß ihnen aus Lateinamerika so etwas geliefert werden könnte wie eine systematische theologische Grundlegung einer basisorientierten politischen Praxis.

Sie konnten während dieses Seminars zuerst einmal lernen, daß die Theologie der Befreiung kein fertiges System anzubieten hat, aus dem praktische Schlußfolgerungen abzuleiten wären, sondern daß es sich im Gegenteil um die situationsgebundene theologische Reflektion einer existierenden konkreten Praxis des Widerstands und des Kampfes um Menschenrechte und soziale Veränderungen handelt.

Um die Theologie der Befreiung überhaupt verstehen und ihre mögliche Bedeutung für die politische Praxis in der Bundesrepublik und in Europa einschätzen zu können, hatten die Veranstalter zunächst Luis Maira, den Auslandssekretär der Christlichen Linken Chiles, gebeten, die wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung Lateinamerikas in den letzten 20 Jahren nachzuzeichnen und die Vielfalt der konkreten Situationen zu benennen, in denen dort Christen heute am Kampf um die soziale und politische Befreiung teilnehmen. Maira machte dabei besonders auf die zwar in Einzelheiten unterschiedlichen, im Kern aber ähnlichen Projekte der internationalen Sozialdemokratie, der europäischen Christdemokratie und der US-amerikanischen Regierung aufmerksam, für die lateinamerikanischen Länder das Modell einer beschränkten und kontrollierten Demokratie als Alternative zu repressiver Militärdiktatur und sozialer Revolution zu entwickeln und durchzusetzen.

Ein weiterer wesentlicher Beitrag kam von dem chilenischen Jesuiten Gonzalo Arroyo, der 1972 in Santiago an der Gründung der Bewegung Christen für den Sozialismus wesentlichen Anteil gehabt hatte. Er versuchte zu zeigen, wie die sogenannte Abhängigkeitstheorie der lateinamerikanischen Sozialwissenschaftler und ihre Weiterentwicklung und Selbstkritik in den 70er Jahren zur Diskussion über Aufgaben, Möglichkeiten und Grenzen einer Theologie der Befreiung beigetragen haben. Auf dem Hintergrund dieser und anderer Beiträge war es dann möglich, überhaupt erst zu diskutieren, was denn die lebendigen Anstöße dieser Theorie hier in Europa bedeuten können. Diese Diskussion, für die leider in Siegen wegen des mühseligen und langwierigen Übersetzens aller Beiträge viel zu wenig Zeit blieb, ist doch wenigstens so angestoßen worden, daß sie in vielen Studentengemeinden mit Sicherheit weitergeführt werden wird. Wenn der Sinn dieses Seminars von den Teilnehmern richtig verstanden worden ist, wird das keine rein theoretische Diskussion bleiben, sondern auch ein Beitrag zur politischen Praxis hier und zur Solidarität mit dem politischen Kampf der lateinamerikanischen Christen sein.

Gesellschaft für entwicklungspolitische Bildung e.V.
Dritte Welt Lehrerinitiative



Loseblattsammlung

Materialien für Unterricht und Bildungsarbeit

— Themenbereich Dritte Welt —

Jede Lieferung umfaßt ca. 30 Seiten + Umschlag, Format Din A4, zum Kopieren geeignet.
In unregelmäßiger Folge erscheinen zu den einzelnen Themen Nachlieferungen mit aktuellen Informationen.

Bisherige Lieferungen :

- Nr. 0 : **Argentinien** und die Fußballweltmeisterschaft (vergriffen)
- Nr. 1 : **Nicaragua** — Unterdrückung und Widerstand
Die Lieferung enthält unter anderem einen geschichtlichen Abriss, das Sofortprogramm der FSLN, Berichte über Menschenverletzungen und die Septemberkämpfe, den Hilferuf Ernesto Cardenas, Material zur Entwicklungshilfe der BRD und zur Haltung der USA, Hinweise auf Literatur und Medien.
- Nr. 2 : Sonja Schulte, **Unterrichtsprojekt**: "Praktische Unterstützung für die Frauen und Kinder in den Flüchtlingslagern der Westsahara"
Mit diesem Titel führten zwei Bremer Lehrerinnen einen Kurs im Rahmen einer Projektwoche an der Gesamtschule Bremen - Ost durch (8./9. Jahrgang).
Die Schülerinnen konnten sich eine Woche lang über den Westsahara - Konflikt informieren und unterstützten die Flüchtlinge, indem sie im Technik - Unterricht Kinderspielzeug für sie herstellten und einen Bildband über ihre eigene Lebenssituation für die sahrauischen Kinder zusammenstellten.
Die Lieferung enthält einen Bericht über das Unterrichtsprojekt und Materialien über den Sahara - Konflikt, Marokko und Mauretanien.

in Vorbereitung :

- Nr. 3 : Wolfgang Reiche, **Peru** — Kolonialgeschichte / Wirtschaft / der "Dritte Weg" und seine Ergebnisse / das Eingreifen des IWF
- Nr. 4 : Projektgruppe Multis und Dritte Welt, **Iran** — Die revolutionären Ereignisse / Beziehungen zur BRD / die Rolle der Multis
- Nr. 5 : Heinz-Georg Lenz, **Die Dritte Welt Story** — Comic über 500 Jahre Ausbeutung der Dritten Welt, mit Hintergrundinformationen

Einzelpreis (incl. Porto) : 4,- DM

Abonnement für 6 Nummern einschl. aktuelle Nachlieferungen : 24,- DM

Kontaktadresse / Redaktion : Christian Neven-du Mont
Elsässerstr. 43
78 Freiburg

Bestellungen an : CON-media
Osterstr.36
28 Bremen

Probexemplar anfordern !

Bestellkarte für ein Abonnement
(Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Neubestellung ab Heft Nr.
- Verlängerung
- Ich bestelle ein Abonnement der Zeitschrift WECHSELWIRKUNG. Den Bezugspreis von DM 20,- (incl. Versandkosten) für 4 Hefte habe ich auf das Postscheckkonto Reinhard Behnisch, Nr. 3831 65-108 Berlin-West, überwiesen. Das Abonnement verlängert sich um weitere 4 Hefte, wenn es nicht 14 Tage nach Erscheinen das zuletzt abonnierten Heftes gekündigt wird.
- Ich bestelle ein Geschenkabonnement für (Name und Anschrift bitte in Druckbuchstaben). Geschenkabonnements laufen automatisch aus.
-
-
-

WECHSELWIRKUNG

Zeitschrift für
Technik Naturwissenschaft Gesellschaft

Reinhard Behnisch
Hauptstraße 31 - 1000 Berlin 62
Telefon: (030) 7817903

Der Kalender ist so breit wie eine Postkarte und im Querformat. Jedes Monatsmotiv kann nach Abriß als Postkarte verwendet werden.

Preise: (zuzüglich Porto)

1 Kalender zu 4,--DM
ab 10 Kalender je 3,--DM.

Chile Arbeitsgruppe Pforzheim
Büro: Hügelstr. 2, 7530 Pforzheim.



Stoffbilder

Solidaritäts-
kalender Nr. 3

Wer hat den Kalender gemacht?

Wir, die Chile Arbeitsgruppe Pforzheim, sind eine Gruppe von etwa zehn Personen, die sich aus Schülern, Studenten, Lehrern und Kaufleuten zusammensetzt und seit über 3 Jahren auf dem Gebiet Lateinamerika zusammenarbeiten.

Wir sehen unsere Aufgabe darin, den unterdrückten Menschen in den Ländern Lateinamerikas in ihrem Kampf um Befreiung zu helfen. In Chile unterstützen wir ein Mütterzentrum durch Kleider- und Geldspenden. Zur Fußball-WM haben wir die bundesweite Aktion „Fußball ja – Folter nein“ tatkräftig unterstützt. Durch Spendensammlungen haben wir die Widerstandsorganisation FSLN in Nicaragua unterstützt. Nach 45 Jahren Diktatur hat sich das Volk von Nicaragua befreit. Zur Zeit sammeln wir Kleider für Nicaragua.

Chile Arbeitsgruppe Pforzheim – Hügelstr. 2 – 7530 Pforzheim.

KOMITEE "SOLIDARITÄT MIT CHILE"
c/o PDCL
Savignyplatz 5
1000 Berlin 12

Westberlin, Dezember 79

Liebe Spenderinnen und Spender,

unseren letzten Kontobericht bzw. Spendenaufwurf haben wir im Oktober 78 verschickt. Wir hatten damals drei Projekte vorgestellt: ein gewerkschaftliches Ausbildungsprojekt, den Aufbau von Arbeitslosen-Komitees und Polikliniken. Genauere Informationen stehen im Kontobericht von 1978, der auf Wunsch zugeschickt werden kann. Wir versuchen auch weiterhin diese Projekte zu unterstützen und bitten um Eure Hilfe.

Es gibt einige Spender/innen, die gerade zur Weihnachtszeit Beträge überweisen mit dem Hinweis: STATT WEIHNACHTSGESCHENKEN. Vielleicht läßt sich diese Aktion verbreitern?!

Vom Nov. 78 - Nov. 79 sind DM 38.727,- auf unserem Solidaritätskonto verbucht worden. Davon haben wir DM 36.158,- an die Projekte weitergeleitet.

So sehr auch das Spendenaufkommen insgesamt zurückgegangen ist, so bemerkenswert ist die Zuverlässigkeit unserer Dauerspender. DANKE!

Solidarische Grüße
Für das Komitee:
Elfriede Kohut
Elfriede Kohut

Sonderkonto Elfriede Kohut
"Hilfe für Chile"
Konto Nr.: 38 00 87-108
PSCHA Berlin West
Kennwort: je nach Projekt

LIEBE FREUNDE!

Ob wir es wollen oder nicht - WEIHNACHTEN steht mal wieder vor der Tür. Und hier unser Geheimtip für alle, die sich in Geschenknöten befinden: Ein Jahr die LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN für Eure Lieben! Noch ist Zeit! Bestellt schnell ein Geschenkabonnement, damit Euer Weihnachtsgeschenk 11 mal im Jahr ankommt!!!!!!!!!!!!

